Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Karl-Hermann Flach
Unser Beitrag zum Frieden

Dr. Achim von Borries
Neuer Kanzler – und eine neue Politik?

Aus der Wirtschaft:
Erhebliche Zunahme des Ost-West-Handels

Dokumente zum Zeitgeschehen:
u. a.: Das Abrüstungsthema in der internationalen Diskussion

2,50 DM **VIII. Jahrgang** **Oktober** **10/63**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats September 1963 S. 741

Berichte und Kommentare:
Moskau, Peking und die Koexistenz –
Unbehagen in Rom – Polen und wir S. 744

Die Lage:
Dr. Achim v. Borries
Neuer Kanzler – und eine neue Politik? S. 750

Karl-Hermann Flach
Unser Beitrag zum Frieden S. 758

Dr. Otto Ankenbrand
Gewissensfreiheit, Kriegsdienstverweigerung
und Notstandsrecht S. 764

Felix Molitor
Restauration und Reaktion in westdeutschen
Geschichtsbüchern (II) S. 775

Wolfgang Baranowsky
Der Mensch und die kybernetische Maschine (II) S. 783

Aus der Wirtschaft:
Erhebliche Zunahme des Ost-West-Handels S. 790

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften:
Vehikel der Freiheit? – Eine Leserzuschrift S. 793

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 797

Buchbesprechungen:
Neuerscheinungen – Die Unzulänglichkeit der
optischen Historie S. 798

Dokumente zum Zeitgeschehen:
Das Abrüstungsthema in der internationalen Diskussion.
Eine Übersicht nach Dokumenten der Vereinten Nationen. –
Kennedy vor den Vereinten Nationen – Der Weltkirchenrat
zum Moskauer Abkommen – Erklärung des Ökumenischen
Rates zur Rassenfrage – Das Telegramm an Prof. Erhard –
Zum Fall „Bundesamt für Verfassungsschutz“ S. 804

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

VIII. Jahrgang | Oktober 1963 | Heft 10

Chronik des Monats September 1963

1. 9. — Irak. Die in bewaffnete Auseinandersetzungen mit Regierungstruppen verwickelte kurdische Minderheit proklamiert einen unabhängigen Staat, dessen Vertretung zunächst der Kurdische Nationalrat unter General Mullah al-Barzani wahrnehmen soll. Falls eine friedliche Lösung des Konfliktes möglich sei, so erklärt der Rat, werde man nicht auf einer Sezession bestehen, sondern „auf einer Basis der Gleichberechtigung mit den Arabern innerhalb des irakischen Staates" zusammenarbeiten. (Vgl. „Blätter" Heft 9/1963, S. 665 ff.)

2. 9. — Kanzlernachfolge. Vizekanzler Erhard skizziert vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU das Programm eines von ihm geführten Kabinetts. — Am 18. und 19. 9. stattet Dr. Adenauer Rom und am 20. und 21. 9. Paris einen „Abschiedsbesuch" ab. — Am 19. 9. erklärt Professor Erhard auf einer Wahlkundgebung in Bremerhaven, es werde „auch künftig keinen neuen Kurs in der deutschen Politik" geben.

3. 9. — Berlin. In einem Neun-Punkte-Programm wendet sich Bürgermeister Brandt gegen jede Anerkennung der DDR. Der Senat werde an der bisherigen Politik festhalten und sei lediglich zu „technischen Kontakten innerhalb Gesamtberlins" bereit. In Ostberlin heißt es dazu, Voraussetzung solcher Kontakte seien die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und Verhandlungen mit der „einzig kompetenten Stelle, der Regierung der DDR". — Am 5. 9. lehnt das Abgeordnetenhaus den Mißtrauensantrag der CDU gegen Bürgermeister Albertz vom 21. 8. ab. — Am gleichen Tag teilen die drei westlichen Kommandanten den sowjetischen Behörden mit, die Errichtung einer Handelsmission der UdSSR in Westberlin sei unerwünscht und werde nicht zugelassen.

4. 9. — Deutschlandfrage. Die sowjetische Regierung weist in einer Stellungnahme zu der anläßlich der Unterzeichnung des Moskauer Teststop-Vertrages in Bonn am 19. 8. abgegebenen Erklärung den Anspruch der Bundesregierung zurück, für ganz Deutschland zu sprechen. DDR und Bundesrepublik hätten den gleichen internationalen Status. Am gleichen Tag wird Bundestagsvizepräsident Dehler (FDP) im Kreml von Ministerpräsident Chrustschow zu einem mehrstündigen Gespräch empfangen. — Am 19. 9. reist Bundesaußenminister Schröder zu Verhandlungen mit Präsident Kennedy und Außenminister Rusk in die Vereinigten Staaten.

6. 9. — Verfassungsschutz. Ein Hamburger Wochenblatt veröffentlicht Einzelheiten über die Praxis der Verfassungsschutzämter, trotz entgegenstehender Bestimmungen des Grundgesetzes mit Hilfe ausländischer Nachrichtendienste eine Telefon- und Postüberwachung auszuüben. Für einige dieser „Abhöraktionen" sei der ehemalige SS-Hauptsturmführer Theodor Wenger verantwortlich. Bundesinnenminister Höcherl, der zunächst eine „strenge Untersuchung" zusagt, bestreitet in späteren Erklärungen vor der Presse und dem Innenausschuß des Bundestages die Inanspruchnahme der Westalliierten nicht. Eine Rechtsverletzung sei darin jedoch nicht zu sehen. Als am 19. 9. der Sachbearbeiter im Verfassungsschutzamt Werner Pätsch dem Dienst fernbleibt, verfügt der Minister bei der Bundesanwaltschaft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts des Landesverrats. Pätsch berichtet in einem zunächst nicht gesendeten Fernsehinterview über seine Beteiligung an den Abhör- und Postkontrollmaßnahmen seiner Dienststelle. Eine Sendung der Fernsehreihe „Panorama" am 23. 9., in der die Installation einer Abhöranlage im Bundeshaus in den Jahren 1952 bis 1962 behauptet wird, löst scharfe Dementis des Bundestagspräsidenten aus. (Vgl. „Die Lage" und „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

7. 9. — „Aktion Spiegel". Justizminister Bucher erklärt in Freiburg, mit der Rückgabe „der meisten Unterlagen" des Hamburger Verlages, die seit Herbst des vergangenen Jahres den Ermittlungsbehörden vorliegen, sei in den nächsten Tagen zu rechnen.

8. 9. — Algerien. Mit Mehrheit billigt die Bevölkerung die neue Verfassung mit der Einführung eines Präsidialsystems. Rund 16 Prozent der Wahlberechtigten befolgen den Aufruf einer Oppositionsgruppe um Aid Ahmed zum Boykott der Abstimmung. Erster Präsident der Volksdemokratischen Republik Algerien wird mit weitreichenden Vollmachten der bisherige Regierungschef Ben Bella. — Am 23. 9. erläutert die Regierung Pläne für eine beabsichtigte umfangreiche Agrarreform. — Am 30. 9. rufen Aid Ahmed und seine Anhänger in der Provinz Kabylien zum Kampf gegen die „Diktatur Ben Bellas" auf.

9.—20. 9. — Welthandel. In Genf berät ein Expertengremium im Auftrage der UN-Wirtschafts-Kommission für Europa (ECE) Empfehlungen über die Ausweitung des Ost-West-Handels (Vgl. „Aus der Wirtschaft".)

10. 9. — USA. Auf Weisung des Präsidenten wird die Nationalgarde von Alabama der Bundesregierung unterstellt, um dem Widerstand des Gouverneurs George C. Wallace gegen die Rassenintegration in den Schulen des Staates zu begegnen. — Am 19. 9. kommen bei einem Bombenanschlag auf eine Baptistenkirche in Birmingham und einem späteren Zusammenstoß mit der Polizei sechs farbige Kinder ums Leben. Zehn Organisationen, die am 28. 8. den „Marsch auf Washington" durchgeführt hatten, rufen zu einem Schweigemarsch auf, um gegen die Morde zu protestieren. (Vgl. den Beitrag von Oberkirchenrat D. Kloppenburg in diesem Heft.)

12. 9. — Frankreich. Das Kabinett verabschiedet einen „Plan zur Bekämpfung der Inflation", der „Maßnahmen gegen den Preisauftrieb" und eine Verringerung der Militärdienstzeit von 18 auf 16 Monate vorsieht.

12.—20. 9. Interparlamentarische Union. Abgeordnete und Senatoren aus 59 Staaten fassen auf der Jahreskonferenz der IPU in Belgrad Entschließungen zum Weltraumrecht, zur Rassendiskriminierung und zu wirtschaftlichen Problemen. In einer politischen Resolution wird die Schaffung atomwaffenfreier Zonen befürwortet, falls die betreffenden Staaten ihre Zustimmung erteilen.

13. 9. — Rhodesien. Großbritannien bringt durch Veto im Sicherheitsrat eine Resolution zu Fall, die die „Fortdauer einer weißen Herrschaft über Millionen von Afrikaner" in Süd-Rhodesien als Gefährdung des Friedens bezeichnet.

16. 9. — Malaysia. Die auf britische Initiative aus 11 Bundesstaaten gebildete Malayische Föderation konstituiert sich als neuer Staat. Indonesien und die Philippinen verweigern der Föderation die Anerkennung.

17. 9. — UNO. In Anwesenheit zahlreicher Außenminister beginnt in New York die 18. UN-Vollversammlung ihre Herbsttagung. Als erster der Delegationschefs schlägt der sowjetische Außenminister Gromyko am

19. 9. für das Jahr 1964 eine Konferenz der Regierungschefs der dem 18-Mächte-Abrüstungsausschuß angehörenden Staaten vor. Präsident Kennedy nennt am 20. 9. ein Abkommen gegen Überraschungsangriffe und den Austausch von militärischen Beobachtern als nächstes Gesprächsthema zwischen Ost und West und lanciert den Gedanken einer gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Mondexpedition. — Am 28. 9. beginnen die ersten Sondierungsgespräche zwischen den Außenministern Großbritanniens, der USA und der UdSSR. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

18. 9. — Finnland. Zur Überwindung der gegenwärtigen Regierungskrise empfiehlt Staatspräsident Kekkonen ein Allparteienkabinett unter Einschluß der Kommunisten, die im Reichstag die zweitstärkste Fraktion stellen. Kekkonen lehnt ein Minderheitskabinett ab.

20. 9. — Norwegen. Nach nur 23tägiger Amtszeit demissioniert die unter Führung der Konservativen Partei stehende Regierung. Die Nachfolge tritt der langjährige sozialdemokratische Ministerpräsident Gerhardsen an.

21. 9. — Tschechoslowakei. Regierungschef Siroky wird vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei wegen „Mängeln in seiner Arbeit" und „Fehler in seiner früheren politischen Tätigkeit" seines Postens enthoben und aus dem Parteipräsidium ausgeschlossen. Gleichzeitig verlieren sechs weitere Minister ihre Posten.

— Spanien. Für 877 politische Gefangene gewährt die Regierung eine Amnestie. Die Zahl der weiterhin aus politischen Gründen inhaftierten Personen wird in Madrid mit 12 000 angegeben.

23. 9. — Südvietnam. Im Auftrag Präsident Kennedys begeben sich Verteidigungsminister McNamara und Generalstabschef Taylor nach Saigon, um die militärische und innenpolitische Lage des Landes zu sondieren. In der südvietnamesischen Hauptstadt war es im Laufe des Monats September wieder zu Demonstrationen gegen die Buddhisten-Verfolgung und anschließenden Verhaftungen durch Regierungsorgane gekommen.

24. 9. — Kernwaffen. Der amerikanische Senat stimmt dem Moskauer Teststop-Abkommen mit 80 gegen 19 Stimmen zu. Einen Tag später ratifiziert der Oberste Sowjet der UdSSR.

25. 9. — Dominikanische Republik. Eine Militärjunta stürzt die amtierende Regierung und nimmt Präsident Bosch in Haft. Bosch hatte erst kürzlich Maßnahmen gegen Nutznießer des früheren Diktators Trujillo angeordnet. An der Spitze des neuen „Direktoriums" steht Emilio de los Santos. — Die Vereinigten Staaten geben den Abbruch ihrer Beziehungen und die Einstellung ihrer Wirtschaftshilfe bekannt.

26. 9. — Gewerkschaften. Die Delegierten der IG Chemie, Papier, Keramik ermächtigen ihren Vorstand zur Einleitung von Streikmaßnahmen einschließlich des politischen Streiks, notfalls ohne Urabstimmung. Der Gewerkschaftstag befürwortet die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und wendet sich gegen die Einführung einer neuen Kostenbeteiligung in der sozialen Krankenversicherung.

— Großbritannien. Der von Lord Denning erstattete Bericht über die Profumo-Affäre enthält Vorwürfe hinsichtlich der Behandlung des Falles durch „den Premierminister und seine Kollegen".

28. 9. — Arabische Republik. In Damaskus wird ein neuer Plan für eine Föderation zwischen Syrien und dem Irak publiziert. Der neue Staat, so heißt es, werde nach seiner Gründung allen arabischen Staaten einschließlich Ägypten zum Beitritt offenstehen.

29. 9. — Landtagswahlen. Aus den Wahlen zum bremischen Landesparlament geht die SPD wieder als stärkste Partei hervor. Die CDU kann Stimmen vor allem auf Kosten der Deutschen Partei gewinnen. Mandatsverteilung in der neuen Bürgerschaft: SPD 57, CDU 31, FDP 8, DP 4 Sitze.

30. 9. — Vatikan. Das im Dezember 1962 unterbrochene 2. Vatikanische Konzil tritt zur ersten Arbeitssitzung seiner zweiten Session im Petersdom zusammen. Auf Entscheidung des Papstes, der am 22. 9. eine „Reform der Kurie" und eine „Internationalisierung der vatikanischen Sekretariate" in Aussicht gestellt hatte, können zum erstenmal auch Laien an den Beratungen teilnehmen.

Moskau, Peking und die Koexistenz

Der Abschluß des Moskauer Teststopp-Vertrages vom 5. August 1963 hat einen weltumfassenden Test der Erfolgs-Chancen gegenwärtiger und zukünftiger Koexistenz-Politik ausgelöst. Wenn man ihn allein nach der „Beitritts-Lawine" des ersten Monats nach der Unterzeichnung beurteilen wollte, müßte man ihn als völlig positiv verlaufen bezeichnen. Das Konzept weltweiter Koexistenzpolitik hat sich auf allen Kontinenten im wesentlichen durchgesetzt, der Gedanke der Entspannung der internationalen Verhältnisse und Beziehungen gewinnt Anziehungskraft und Unterstützung. Der von manchen Regierungen mühsam gedämpfte, von anderen wiederum selbst scharf formulierte Ausdruck der Entrüstung ihrer Bevölkerungen über die Wiederaufnahme der Atom- und Wasserstoffbombenversuche durch die beiden Weltmächte konnte sich endlich in einer positiven politischen Maßnahme manifestieren. Der Schock der Kuba-Krise vom Oktober 1962, den Washington und Moskau angesichts ihrer beiden Vernichtungs-Arsenale selber am stärksten verspürt haben müssen, war offenbar der große Beschleuniger der weltpolitischen Vernunft. „Heißer Draht" zwischen beiden Hauptstädten und andere in Aussicht genommene Einrichtungen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen und militärischen Fehleinschätzungen bezeichnen ebenso wie der Teststopp-Vertrag den ersten wirklich alle Welt betreffenden Wendepunkt der international-politischen Entwicklung seit 1948.

Der Kalte Krieg zieht sich langsam von den Ebenen der Weltpolitik „in die Berge und Täler zurück". Die Konsequenzen dieses globalen Vorganges werden überall spürbar, vor allem in den ehemaligen sogenannten Blöcken in Ost und West. Die einst so leicht zu findende Orientierung in Fragen der Weltpolitik, die bis etwa 1960 das Ergebnis einer geographischen und ideologischen Zweiteilung der Welt zu sein schien, ist wieder zum schwierigen Geschäft, zur Maßarbeit von Fall zu Fall geworden.

Die Zuspitzung des Konfliktes zwischen den kommunistischen Parteien, aber in zunehmendem Maße auch zwischen den Regierungen Volks-Chinas und der Sowjetunion ist dafür ein lehrreiches Beispiel. Man kann geradezu sagen, daß sie das Ergebnis der fortgeschrittenen Durchsetzung des Prinzips der nicht-kriegerischen Koexistenz in den internationalen Beziehungen der Staaten ist. Solange nämlich der Westen in der Stalin-Ära innere Aufstände, wie sie in seiner Optik, z. B. im griechischen Bürgerkrieg, vorzuliegen schienen, oder aber äußere Überfälle, wie er sie nach dem entsprechend interpretierten Beispiel des Korea-Krieges auch für Europa prophezeien zu müssen glaubte, ernsthaft — d. h. auch im großen Durchschnitt der öffentlichen Meinung — von seiten „der Kommunisten" bzw. „der Russen" oder ihrer Anhänger befürchtete, — solange der Osten analog und entsprechend in der fast lükkenlos auf die Stalin-Ära folgenden Dulles-Ära die Konsequenzen der von ihm vielleicht zu ernst genommenen „roll-back"-Doktrin als Bedrohung seiner Existenz einschätzte, so lange konnten das Prinzip und das Bewußtsein der Koexistenz verschiedenartiger Staaten noch nicht als zuverlässige Basis nichtkriegerischer internationaler Beziehungen vorausgesetzt werden.

Am Ende der durch Dulles' letzte

Interpretationen weltpolitischer Konflikte beschleunigt abgeschlossenen „roll-back"-Ära im Westen war der Weg schließlich frei zur Akzeptierung und Erprobung des Koexistenz-Prinzips und zu seiner Praktizierung in einer systematischen Koexistenz-Politik auf beiden Seiten. In einer gewissen Symmetrie haben sich seit 1959 Fortschritte und relative Rückschläge bei der Verwirklichung dieser neuen Politik in Ost und West gezeigt. Dabei wurde die Eindeutigkeit der Termini „Ost" und „West" immer fragwürdiger. Die 1948 begonnene zweite Periode der Nachkriegspolitik ging spürbar ihrem nunmehr — im August 1963 — erreichten Ende entgegen.

Volks-China ist nicht mehr akut existenziell bedroht, außer durch Hunger und wirtschaftliche Schwierigkeiten; Formosa ist nicht ernsthaft von einer Invasion bedroht, viel eher durch die Soldatenspielereien seines Staats-Chefs Tschiang-Kai-Schek; die NATO wird nicht vom Warschauer Pakt bedroht, eher schon durch das Disengagement de Gaulles, das ihre Manöverstärken erheblich vermindert, ohne indes als Abrüstung verbucht werden zu können. West-Berlin wird von der DDR eher umworben als bedroht, und die Bundesrepublik wird in der Politik der osteuropäischen Länder als fixe Größe in Europa vorausgesetzt, aber keinesfalls in Frage gestellt. Über Kuba diskutieren nur noch Moskau und Peking recht heftig, aber auch sie nur noch zur Rechtfertigung ihrer historischen Rollenverteilung im Krisen-Oktober 1962. Kurz — die Koexistenz ist Wirklichkeit geworden, und es kann sich jetzt für jeden willig oder widerwillig Beteiligten nur noch darum handeln, sich mehr oder weniger vorteilhaft mit dieser neuen Wirklichkeit abzufinden.

Der Sinn der alten Pakte des monolithischen oder „Blockzeitalters" von 1948 bis 1963, nämlich die Sicherung der Existenz der jeweils Angeschlossenen vor den möglichen Zugriffen des anderen Blockes mit militärischen Mitteln, ist gegenstandslos geworden. Solche Sicherung funktioniert besser durch Anschluß an das Koexistenz-Arrangement der USA und der SU. Zugriffe des anderen Blockes sind unmöglich, weil die Blöcke als solche gar nicht mehr bestehen.

Es ist sehr verständlich, daß diese tiefgreifenden Veränderungen in einem von der internationalen Politik so stiefmütterlich behandelten Lande wie Volks-China noch nicht eindringlich genug registriert werden konnten, zumal das Ansteigen wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine Anspannung seiner inneren Lage mit sich gebracht hat. Man kann sich auch vorstellen, daß die Leiter der volks-chinesischen Politik ihr Eingehen auf den neuen Kurs der zwei Weltmächte spürbar honoriert erhalten möchten, etwa in Form einer UNO-Aufnahme ihres Landes, vor allem aber in Form gleichberechtigter Behandlung und Beteiligung ihrer diplomatischen Vertreter bei Abrüstungsverhandlungen und -maßnahmen in der nahen Zukunft; schließlich auch in Form nichtdiskriminierender wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den großen Industrieländern. Was dem europäischen Betrachter wenig verständlich ist an der Haltung der chinesischen Politiker, betrifft vornehmlich die von ihnen allem Anschein nach erstrebte Behinderung der sowjetischen Koexistenz-Politik. Es wäre möglicherweise vorstellbar, daß sie sich und ihr Volk in dieser neuen Situation dem sowjetischen Beispiel nicht anzuschließen wünschen. Diese Entscheidung aber dürfte sie — nach dem Koexistenz-Prinzip der Nichteinmischung — niemals dazu verleiten, ihrerseits den sowjetischen Politikern Schwierigkeiten zu machen bei der Praktizierung eben derselben Koexistenz-Politik, die auch Volks-China vor dem einstmals gefürchteten Atom-Zugriff der Amerikaner wie überhaupt vor allen von außen kommenden militärischen Bedrohungen von vornherein zu sichern einzig und allein imstande ist. Das ist der wirklich gefährliche Punkt

des jetzt vom Ideologischen ins Staats-Politische übergreifenden Konfliktes zwischen Moskau und Peking. Früher stritten sich die beiden Gegenspieler noch auf dem Umweg über Belgrad und Tirana. Noch auf dem XXI. Parteitag Anfang 1959 ergriff Chrustschow ideologisch gegen Tito Partei, noch 1960 wurde im Herbst auf dem „Moskauer Konzil" der marxistischen und leninistischen Parteiführer der „jugoslawische Revisionismus" verdammt. Nach dem XXII. Parteitag der KPdSU von 1961 wurden dann in Moskau mit der definitiven Verurteilung des Stalinismus und des „Dogmatismus", d. h. der auf alten Positionen undialektisch verharrenden Haltung, die internen Konsequenzen aus der veränderten koexistenzfreundlicheren Weltsituation gezogen. Obwohl Peking in seiner Politik stets auch betont koexistenzbewußt verfahren ist, wie etwa bei den zahlreichen Grenzregelungs-Abkommen mit seinen Nachbarländern, sogar mit dem SEATO-Staat Pakistan, mochte es nicht das Eindringen der Koexistenz-Praxis in den Bereich der marxistischen Ideologie dulden. Dieses Argument liegt im wesentlichen seiner Kritik an der Moskauer Position zugrunde; es ist aber fraglich, ob es im Bereich der Politik überhaupt anwendbar ist. Chrustschows Hinweis auf Volks-Chinas Koexistenz-Politik gegenüber Hongkong und Macao machte dies deutlich.

Die Richtungskämpfe in den kommunistischen Parteien nähmen einen sehr gefährlichen Kurs, wenn sie die Sowjetregierung direkt oder indirekt dazu veranlassen oder zwingen könnten, ihre globale Koexistenz-Politik abzubrechen. Der erneute Ausbruch des weißen Terrors der Atombomben wäre mit allen negativen innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Begleiterscheinungen die Folge solchen Verhängnisses.

Es ist darum sehr zu begrüßen, daß Chrustschow bei seinem Jugoslawien-Besuch vor allem das Wirtschaftliche und Politische der Zusammenarbeit beider Länder und wohl auch beider Parteien betonte, d. h. die Hauptgebiete friedlich-koexistenziellen Wettbewerbs im Gegensatz zu den „absoluten Kampfgebieten" des Ideologischen und Militärischen. Ideologien sind zu allgemein formulierte Lehren, als daß sie einer Welt der kaum faßbaren Erfahrungsfülle fruchtbare Verhaltensregeln liefern könnten. Sie können allenfalls Beurteilungskriterien bilden, die wohl notwendig, aber — wie der Mathematiker sagt — allein keinesfalls hinreichend sind, um die Wirklichkeit zu erfassen und zu bestimmen.

Diese Wirklichkeit mit ihren immer neuen Faktoren, überraschenden Wendungen und Veränderungen ist uns jetzt im politischen Bereich recht deutlich vor Augen getreten. Der gemeinsame Nenner aller scheinbar so widersprüchlichen Phänomene aber — sei es der indisch-chinesische Grenzkonflikt, der mehr eine Grenzdemonstration war, sei es der amerikanisch - europäische Hähnchenkonflikt, der ernster ist, als sein Name vermuten läßt —, die gemeinsame Voraussetzung all dieser Neuerungen ist die erfolgreiche Anerkennung und Verwirklichung friedlicher Koexistenz in aller Welt. Die Umwertung der ehemaligen Blöcke zu wirtschafts- und handelspolitischen Koordinationssystemen, die Aufwertung des Neutralismus durch Übernahme seiner Forderungen und Methoden durch die zwei Weltmächte, der in aller Welt zu beobachtende Trend zur Vorrangigkeit der jeweiligen inneren Probleme — nicht nur in den USA (Rassenfrage), sondern auch in Süd-Vietnam (Konfessionsfrage) —, diese mit Sinn und Konsequenz sich vordrängende Entwicklung kann durch einen unglücklichen Ausgang der Kontroverse zwischen Moskau und Peking erheblich beeinträchtigt werden. Das sollte auch in den Ländern des Westens rechtzeitig verstanden werden: hämische Freude steht niemandem in dieser Situation gut an, ebensowenig die Aufwärmung der Legende von der „gelben Gefahr". Auch die Theorie des lachenden Dritten, der beide gegeneinander aus-

zuspielen hofft, erweist sich letzten Endes als sehr gefährlich. Man sollte dazu beitragen, den Chinesen alle Gründe zu nehmen, ihre gefährliche Kritik an Moskau zu üben: sie gleichberechtigt behandeln; sie an Abrüstungskontrollposten beteiligen, damit ihr Atomprestige sich nicht eines Tages in Testexplosionen Bahn zu brechen braucht; sie voll in ein Welthandels- und -entwicklungssystem einbeziehen, das allein internen Wirtschaftsnöten den Boden entzieht.

Auf lange Sicht wird Koexistenz-Politik nur dann erfolgreich zu betreiben sein, wenn ihr auch die entsprechende „Infra-Struktur" in den koexistierenden Staatskörpern und im Bewußtsein der Menschen allmählich geschaffen wird. Politische und soziale Wirkungen dürfen dann nicht mehr Funktionen der Herrschaft und ihrer Ausübung sein, sie müssen sich schlicht aus der Existenz und Präsenz der einzelnen Menschen und sozialen Gruppen ergeben können.

Von daher gesehen ist der Konflikt Moskau—Peking weit mehr als ein gleichgültiger ideologischer Hausstreit zweier marxistischer Parteien. Er ist auch eine Frage an uns Außenstehende, die wir zu begreifen suchen, daß Koexistenz als *Prinzip* ein Wesenselement der Struktur des Friedens und der Demokratie, als Politik die gegenwärtige Grundvoraussetzung unseres Lebens und unserer Zukunft ist.

k. eh.

Unbehagen in Rom

Adenauers Abschiedsbesuch in Rom hat nicht nur in der öffentlichen Meinung Italiens, sondern auch in politischen und Regierungskreisen gemischte Gefühle hervorgerufen. Die Anwesenheit des Staatssekretärs Hans Maria Globke im Gefolge des Kanzlers mußte der extremen Linken einen willkommenen Anlaß zu scharfer propagandistischer Stellungnahme gegen das „unverbesserlich nazistische Deutschland" geben, und in den gemäßigten Linkskreisen hat man sich nicht zu Unrecht gefragt, warum Bonn den Kommunisten diese Propagandawaffe in die Hände spielen mußte. Ja, man ging so weit, auch die Kompetenzstreitigkeiten, die zu einer „Enthaltung" der deutschen Journalisten anläßlich des Kanzler-Besuches führten, eher auf das Konto eines politischen Unbehagens zu schieben, dem sich die deutschen Kollegen in Italien nicht entziehen konnten.

Der Adenauer-Besuch stand alles in allem sozusagen im Zeichen der Verlegenheit, was noch bestätigt wurde durch das Verhalten des Vatikans. Papst Paul VI. hat sich in den ersten sechs Monaten seines Amtes sehr diskret und zurückhaltend gezeigt, so daß das Rätselraten über seine Einstellung zu der „Revolution" seines Vorgängers nicht abbricht. Die Maßnahmen, die Papst Montini bisher ergriffen, hat erhellen die Situation nur wenig, und man hatte den Eindruck, daß er zwar vorsichtiger und behutsamer, auch konventioneller vorzugehen gedenkt als Johannes XXIII., aber dennoch in den großen Linien einer liberalen Auflockerung der Kirchenpolitik fortzufahren entschlossen sei.

Adenauers Papst-Audienz, die Anwesenheit Globkes im Vatikan, Montinis Hinweis auf die besonderen und andauernden Sympathien Pius' XII. für das deutsche Volk und nicht zuletzt die unprotokollarische Verleihung des höchsten Ordens, der nur Staatsoberhäuptern zugedacht ist, an den scheidenden Bundeskanzler (ganz zu schweigen von der historischen Parallele der Verleihung desselben Ordens an den „Eisernen Kanzler", die Adenauer mit Vergnügen betonte) haben von unvorhergesehener Seite ein Licht auf die päpstliche Haltung geworfen, das all jene Kreise Italiens mit Besorgnis erfüllt, die sich über die engen Zusammenhänge zwischen der „Öffnung nach Links", der augenblicklich besonders

scharfen Gegenoffensive der wirtschaftlichen Rechtskreise und der Politik des Vatikans im Klaren sind.

Die italienische gemäßigte Presse war zurückhaltend und kargte mit Informationen, was zur Folge hatte, daß „Indiskretionen" aller Art zirkulierten über den politischen Inhalt der Gespräche, die Adenauer in Rom führte. Es konnten daher die obligaten Hinweise nicht fehlen, daß der Bundeskanzler beim Papst auf die Oder-Neiße-Grenze zu sprechen kam, die Johannes XXIII. bekanntlich anerkannt hatte und daß er bei der italienischen Regierung deutliche Kritik an dem innenpolitischen Kurs geübt habe, vor allem an der geplanten Zusammenarbeit mit den Sozialisten; und natürlich wird behauptet, Adenauer habe versucht, die italienischen Politiker davon zu überzeugen, daß ihre Mitwirkung an einem antikommunistisch ausgerichteten ideologischen Block besonders wichtig sei in einem Augenblick, in dem Amerika sich auf die „schiefe Ebene" der Entspannungspolitik begibt.

Der italienische Regierungschef Leone ist ein vorsichtiger Mann, der es im Moment für angebracht hält, das Provisorische seiner Regierung herauszustellen: Ende November, nach dem Sozialistenkongreß, wird eine Regierungsneubildung erwartet, sei es mit, sei es ohne die Beteiligung der Sozialistischen Partei. Dieser Taktik von Leone ist es zu verdanken, daß die offiziellen Verlautbarungen über die Gespräche mit Adenauer sich bemühten, dem Ereignis einen symbolischen Charakter zu verleihen: eine klare Würdigung der Bedeutung Adenauers für den deutschen Wiederaufbau, die Betonung des guten Verhältnisses zwischen Bonn und Rom, das Herausstellen der gemeinsamen Europa-Ideale. Alles unverfängliche Feststellungen, die heute nur noch die Kommunisten in Harnisch bringen. Im übrigen betonen die italienischen Verlautbarungen die NATO-Gebundenheit Italiens und das aktive Interesse an einer Ost-West-Entspannung. Zwischen den Zeilen klingt auch an, daß man nicht gewillt ist, die neue italienische Innenpolitik, selbst in der gegenwärtigen unsicheren Übergangsphase, unter „fremde" Zensur zu stellen.

Es ist bemerkenswert, daß die Nachklänge des Kanzlerbesuches nur noch in der extremen Linkspresse zu finden sind, die sich noch weiter über den Fall Globke ausläßt. Im übrigen ist es selten vorgekommen, daß ein Staatsbesuch zu keinerlei Äußerungen über die zukünftigen Beziehungen zwischen den interessierten Ländern Anlaß gegeben hat. In diesem Sinne war es wirklich ein Abschied: man hat den Eindruck, daß für die italienische Regierung die Ära Adenauer abgeschlossen ist. Nur die innere Opposition von Rechts in der demokratisch-christlichen Partei spielt darauf an, daß der pensionierte Kanzler auch weiterhin eine „Wacht am Rhein" halten wird. Im übrigen stellt man sich auf Erhard ein und auf eine Zusammenarbeit, von der man hier hofft, daß sie elastischer sein wird, nicht nur hinsichtlich der amerikanischen Konzeption der Ost-West-Beziehungen, sondern auch in Hinblick auf die Achse Bonn—Paris, deren Existenz für Italien von jeher eine Komplikation bedeutet.

Daher die Zurückhaltung der italienischen Regierungskreise. Man hatte jedoch den Eindruck, daß Adenauer von einem ähnlichen Drang zur Diskretion nicht beseelt war. Dies, zusammen mit der undiplomatischen Anwesenheit Globkes, hat dazu geführt, daß die „symbolischen" Zeremonien von höchst unsymbolischen Straßendemonstrationen begleitet wurden, an denen bezeichnenderweise nicht nur Kommunisten, sondern auch Widerstandsverbände, jüdische Jungorganisationen und die Jugendverbände der Sozialisten und Republikaner teilnahmen. Man fragt sich, ob dieser feierliche Abschiedsbesuch in Rom nicht einer besseren und diskreteren Regie von seiten der Bonner Stellen würdig gewesen wäre.

Lily E. Marx, Rom

Polen und wir

Wer bei uns auf den Gedanken kommt, über unser Verhältnis zu Polen nachzudenken — und man sollte jeden einzelnen unter uns dazu anhalten können, es täglich zu tun —, dem muß eines immer klarer werden: über die geschichtliche Aufgabe hinaus, unseren Frieden mit jenem anderen, östlichen deutschen Staat zu machen, ist es uns vom Weltenlauf zwingend aufgegeben, die uns von Polen längst und wiederholt dargebotene Hand anzunehmen und uns mit dem Lande zu versöhnen, auf dessen Territorium und unter dessen Menschen die deutsche aggressive Vernichtungsmaschinerie einst am hemmungslosesten gewütet hat. Es versteht sich von selbst, daß die uns dargebotene Versöhnungshand die Hand des Polen von heute ist und nur sein kann, eines Polen also, das nach Hitlers Untergang zwangsläufig um Schlesien und Pommern reicher geworden ist. Denn wir dürfen nun einmal (und vermögen im Grunde ja auch gar nicht) zu übersehen, daß, um mit einem Polen zu sprechen,

„Polen innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte eindeutig als das leidtragende Volk in der deutsch-polnischen Nachbarschaft dastand — und daß schließlich der Hitlerkrieg und die Nazi-Okkupation absolut alle damals lebenden Polen bitter und schmerzlich betrafen. Den umgekehrten Fall, daß das gesamte Deutschland unter Polen zu leiden gehabt hätte, kennt die Geschichte nicht" (Mieczyslaw Skrzypczak-Spak in der „Zeit").

Welche Chance hat nun bei uns diese Einsicht? Nimmt sie zu und wächst mit ihr die Bereitschaft, auf endgültig Verlorenes feierlich zu vernichten, damit der alte Teufelskreis von Schuld und Sühne endgültig durchbrochen sei? Findet die rein moralische Forderung der Geschichte an die Deutschen, ihrerseits den Schlußpunkt zu setzen, da sie es ja auch waren, die den Anfang machten, Nahrung in unserem Lande?

Hier (wie in manch anderer Frage) geht ein Riß durch uns. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die, zunächst einmal jeder für sich selbst, längst verzichtet haben, mehr noch, die so anständig sind, daß sie das anspruchsvolle und leicht mißzuverstehende Wort „Verzicht" nicht einmal strapazieren, sondern die Fakten, die Hitlers Krieg blutig geschaffen hat, einfach zur Kenntnis nehmen und beherzigen, glücklich, daß es für uns Deutsche nach allem, was wir angerichtet hatten, nicht noch schlimmer gekommen ist, und eingedenk der Tatsache, daß, wenn Hitler gesiegt hätte, es heute nicht zwei oder mehrere Polen, sondern überhaupt keins mehr gäbe, während wir Deutschen doch immerhin nur einen kleinen, ökonomisch zu verkraftenden Teil unseres Reiches dranzugeben brauchten und im übrigen, zwar in zwei deutsche staatliche Provinzen aufgeteilt, aber in relativer Wohlfahrt gesichert, deutsche Sprache, deutsche Kultur und deutsche Lebensformen wahren und pflegen dürfen. Hierher gehören Intellektuelle, Gewerkschafter, Arbeiter, aber auch ganze Institutionen, Redaktionen und von den politischen Parteien als einzige die Deutsche Friedens-Union.

Es wäre eine Illusion, zu übersehen, daß diese Gruppe sich in der Minderheit befindet. Immer noch überwiegen in der Bundesrepublik diejenigen, die die Resultate des Zweiten Weltkrieges nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Es sind die gleichen Naturen, die schon den Ausgang des Ersten Weltkrieges nicht zur Kenntnis zu nehmen bereit waren, und damit den Nährboden für den Zweiten legten. Sie sehen geflissentlich daran vorbei, was der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und der Abtrennung der Gebiete jenseits der heutigen deutschen Ostgrenze vorangegangen ist, sie bekümmern sich einen Pappenstiel um Ursache und Wirkung, für sie hat die Geschichte weder Moral noch Lehren, sie denken rein machtpolitisch und können sich einfach nicht vorstellen, daß Lektionen einmal auch den Deutschen von anderen, und

nicht immer nur den anderen von Deutschen erteilt werden. So stehen sie unbelehrbar der Entwicklung friedlicher Beziehungen zu Polen im Wege; zwar beteuern ihre Lippen unaufhörlich „Verzicht auf Gewalt", doch strafen die Forderungen, die sie jedesmal zugleich erheben, sie Lügen, und es ist kein Wunder, daß ihnen im Ausland kein Mensch glaubt, nicht nur im Osten.

Sie melden sich einmal durch den einen, dann durch den anderen Sprecher zu Wort und sorgen so selbst dafür, daß sich in bezug auf eine wirkliche Wandlung der deutschen Ost-Politik (trotz der, zögernden, Errichtung von Handelsmissionen) niemand einer Täuschung hingeben kann: In Wahrheit ist bis heute alles bei der alten Verweigerung der Tatsachen und einem bloßen sterilen Nein geblieben.

Am beschämendsten für unser Volk vor aller Welt ist aber die Tatsache, daß die gefährliche Starrheit dieser Kreise auch noch von Taktlosigkeit und Präpotenz begleitet ist. Das neueste Beispiel dafür lieferte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johann Baptist Gradl, als er neulich, ausgerechnet auch noch vor dem Weltforum der Interparlamentarischen Union (in Belgrad), die Stirn hatte, die anwesenden polnischen Delegierten daran zu erinnern, daß die aus einem verlorenen Angriffskrieg resultierende deutsche Teilung das gleiche sei wie die geschichtlichen polnischen Teilungen und deshalb ebenso wenig Bestand haben könne! Wer auf so schamlose Weise mit der geschichtlichen Wahrheit umspringt und „aktiv" und „passiv" skrupellos miteinander vertauscht, verdient den Namen eines Volksvertreters nicht. In diesem Falle hat er darüber hinaus ein ganzes Volk beleidigt, das sich seine staatliche Einheit gegen wiederholte und anhaltende Eroberungen durch fremde Großmächte hat erkämpfen müssen. J. W.

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Neuer Kanzler — und eine neue Politik?

I

Unmittelbar vor dem Rücktritt des bisherigen Bundeskanzlers zeigt sich deutlicher denn je zuvor, welchen tieferen politisch-geschichtlichen Sinn das Wort vom „Ende der Ära Adenauer" hat. Richtig verstanden bezeichnet es nicht nur einen Wechsel der Personen, sondern das Debakel der politischen Konzeption Dr. Adenauers. Und der nun abtretende Kanzler selbst tut alles, um den Eindruck zu bestätigen, daß seine Politik nicht ihr — wirkliches oder vorgebliches — Ziel erreicht hat, sondern „am Ende ist". Dr. Adenauer erspart den Deutschen und der Welt nichts. Es wäre leichtfertig, wollte man in den merkwürdigen, teilweise peinlichen Vorgängen vor seinem Abtreten nur ein etwas kurioses Spektakulum sehen, das gewiß nicht nach jedermanns Geschmack. In Wirklichkeit handelt es

nicht immer nur den anderen von Deutschen erteilt werden. So stehen sie unbelehrbar der Entwicklung friedlicher Beziehungen zu Polen im Wege; zwar beteuern ihre Lippen unaufhörlich „Verzicht auf Gewalt", doch strafen die Forderungen, die sie jedesmal zugleich erheben, sie Lügen, und es ist kein Wunder, daß ihnen im Ausland kein Mensch glaubt, nicht nur im Osten.

Sie melden sich einmal durch den einen, dann durch den anderen Sprecher zu Wort und sorgen so selbst dafür, daß sich in bezug auf eine wirkliche Wandlung der deutschen Ost-Politik (trotz der, zögernden, Errichtung von Handelsmissionen) niemand einer Täuschung hingeben kann: In Wahrheit ist bis heute alles bei der alten Verweigerung der Tatsachen und einem bloßen sterilen Nein geblieben.

Am beschämendsten für unser Volk vor aller Welt ist aber die Tatsache, daß die gefährliche Starrheit dieser Kreise auch noch von Taktlosigkeit und Präpotenz begleitet ist. Das neueste Beispiel dafür lieferte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johann Baptist Gradl, als er neulich, ausgerechnet auch noch vor dem Weltforum der Interparlamentarischen Union (in Belgrad), die Stirn hatte, die anwesenden polnischen Delegierten daran zu erinnern, daß die aus einem verlorenen Angriffskrieg resultierende deutsche Teilung das gleiche sei wie die geschichtlichen polnischen Teilungen und deshalb ebenso wenig Bestand haben könne! Wer auf so schamlose Weise mit der geschichtlichen Wahrheit umspringt und „aktiv" und „passiv" skrupellos miteinander vertauscht, verdient den Namen eines Volksvertreters nicht. In diesem Falle hat er darüber hinaus ein ganzes Volk beleidigt, das sich seine staatliche Einheit gegen wiederholte und anhaltende Eroberungen durch fremde Großmächte hat erkämpfen müssen. J. W.

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Neuer Kanzler — und eine neue Politik?

I

Unmittelbar vor dem Rücktritt des bisherigen Bundeskanzlers zeigt sich deutlicher denn je zuvor, welchen tieferen politisch-geschichtlichen Sinn das Wort vom „Ende der Ära Adenauer" hat. Richtig verstanden bezeichnet es nicht nur einen Wechsel der Personen, sondern das Debakel der politischen Konzeption Dr. Adenauers. Und der nun abtretende Kanzler selbst tut alles, um den Eindruck zu bestätigen, daß seine Politik nicht ihr — wirkliches oder vorgebliches — Ziel erreicht hat, sondern „am Ende ist". Dr. Adenauer erspart den Deutschen und der Welt nichts. Es wäre leichtfertig, wollte man in den merkwürdigen, teilweise peinlichen Vorgängen vor seinem Abtreten nur ein etwas kurioses Spektakulum sehen, das gewiß nicht nach jedermanns Geschmack. In Wirklichkeit handelt es

sich hier um ein als Demonstration gemeintes Schauspiel nicht ohne tiefere politische Bedeutung.

Es begann mit dem Abschiedsbesuch Dr. Adenauers in Rom, über dessen Begleitumstände und Resonanz an anderer Stelle dieses Heftes berichtet wird. (Vgl. den Kommentar von Dr. Lilly E. Marx.) Dann folgte die öffentliche „Abkanzelung" Macmillans durch den Bundeskanzler: Dr. Adenauer meinte, der britische Premierminister habe angesichts der Profumo-Affäre längst zurücktreten sollen ... Dergleichen Taktlosigkeiten eines immerhin noch amtierenden Staatsmannes dürften wenig geeignet sein, das ohnehin schwierige Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Italien bzw. Großbritannien zu verbessern. Aber man hat den Eindruck, daß es Dr. Adenauer, für den als wirklicher politischer Partner offenbar nur das Frankreich de Gaulles existiert, darauf auch gar nicht ankommt. Worauf einzig und allein es ihm anzukommen scheint, das ist eine Blockierung der gegenwärtigen Ost-West-Verhandlungen über die Modalitäten einer weltpolitischen Entspannung.

Der scheidende Bundeskanzler denkt nicht daran, seinem designierten Nachfolger stillschweigend die Regierungsgeschäfte zu übergeben, sondern er tut alles, um noch vor seinem endgültigen Abtritt den Bundeskanzler Erhard auf den bisherigen, auf seinen außenpolitischen Kurs festzulegen; d. h. er tut alles, um schon jetzt außenpolitisch die Weichen für das Kabinett des neuen Kanzlers zu stellen. Und gleichzeitig übt sich Dr. Adenauer schon jetzt in der Rolle einer außenpolitischen Kassandra, wie er sie demnächst als Abgeordneter im Bundestag spielen möchte: er tritt auf als der „unermüdliche Warner" vor einer weltpolitischen Entspannung, die angeblich „auf Kosten der deutschen Interessen" geht. Nicht nur, daß er in letzter Zeit immer wieder mit unverhohlener Skepsis von den bisherigen Ost-West-Vereinbarungen und -Verhandlungen gesprochen hat; er verstieg sich sogar dazu, am 1. Oktober vor der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" in Bad Godesberg lakonisch zu erklären: „Entspannungsgerede bleibt Entspannungsgerede". Schon die Ausdrucksweise Dr. Adenauers, die seine und nicht nur seine Mentalität bezeugt, ist schockierend. Man muß sich nur vergegenwärtigen, mit welcher Erleichterung, mit welchen Wünschen und Hoffnungen alle Völker dieser Welt die Ost-West-Sondierungen begleiten, und zum anderen, wie ernsthaft offenbar die Vertreter der beiden Machtblöcke jetzt um einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß in militärpolitischen Detailfragen ringen, — um sich darüber klar zu werden, daß Dr. Adenauer sich mit solchen Äußerungen heute nicht allein politisch, sondern auch moralisch selbst disqualifiziert. Er hält nichts von „Entspannungsgerede" (als ob es bei alledem, was in den letzten Wochen geschehen, nur um solches und nicht vielmehr um ganz konkrete weltpolitische Tatsachen sich handelte!) — er bevorzugt noch immer die Sprache des Kalten Krieges, er der seinerseits den Russen ohne jede Präzisierung und Differenzierung vorwirft, s i e wollten eben gar keine Entspannung. Dasselbe gilt von den außen- und militärpolitischen Erklärungen des Verteidigungsministers von Hassel und der (für die „harte Gruppe" in der CDU repräsentativen) Abgeordneten Dr. von Brentano und Majonica. Es verdient festgehalten zu werden, daß Herr von Hassel auf dem Jahreskongreß der AdK einmal mehr ausdrücklich „eine gleichwertige Ausrüstung der Bundeswehr mit ausgewogenen konventionellen und nuklearen Waffen" gefordert hat. (Die Welt v. 2. Oktober.)

Von Außenminister Schröder ist bekannt, daß er nach wie vor eine flexiblere Taktik gegenüber den Ost-West-Verhandlungen bevorzugt und, ohne sich mit ihr zu identifizieren, doch nicht allzuweit entfernt von der amerikanischen Linie operieren möchte. Er wird indes gerade im Augenblick wieder hart bedrängt von denjenigen, die nicht einmal zu einer solchen wenigstens taktischen Anpassung

an die heutige amerikanische Entspannungskonzeption bereit sind, sondern nach wie vor auf dem (vor einem Monat an dieser Stelle eingehend behandelten) Junktim zwischen militärpolitischer Entspannung und politischer Wiedervereinigung Deutschlands bestehen. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern Washingtons, Londons und Moskaus über weitere militärpolitische Vereinbarungen haben in den letzten Wochen offensichtlich ermutigende Fortschritte gemacht. Um so heftiger ist der Widerstand der „harten Gruppe" in Bonn geworden. Er erweist sich mehr und mehr als ein Widerstand um jeden Preis. Und dieser Preis dürfte denn auch von Tag zu Tag höher werden! Alarmierend ist, was die der Bundesregierung nahestehende Deutsche Zeitung am 2. Oktober aus Bonn zu berichten wußte:

> „Die beiden Westmächte würden offenbar schon sehr weit gehen, wenn die Sowjetunion eine Verbesserung der Berliner Situation ins Auge fassen würde. Die Bundesregierung ist jedoch der Auffassung, daß dies im Falle eines zweiten größeren Schrittes zur militärischen Entspannung ein zu geringer Preis für westliche Konzessionen in anderen Fragen sei."

Das bedeutet nichts anderes als: die heutige Bundesregierung ist zu einer militärpolitischen Entspannung überhaupt nur unter Bedingungen bereit, die eine solche militärpolitische Entspannungs-Konvention überflüssig machen würden — sie fordert nach wie vor nichts geringeres als eine politische Kapitulation der Sowjetunion in der Deutschland-Frage! Und das in dem Augenblick, da zum ersten Male im Rahmen der Entspannung auch eine Zwischenlösung des Berlin-Problems möglich erscheint, durch die u. a. die Zufahrtswege nach Berlin gesichert werden könnten. Eine solche Vereinbarung wäre nichts anderes als ein vitalen deutschen Interessen durchaus entsprechender Kompromiß. Der Bundeskanzler aber fegt den bloßen Gedanken an einen solchen mit seinen alten, immer noch nicht aufgegebenen Maximalforderungen einfach vom Tische:

> „Wenn die Zufahrtswege nach Berlin auch durch irgendwelche Pakte gesichert werden, ohne daß Deutschland wieder vereinigt ist, dann ist Berlin nicht sicher." (Ebenfalls vor der AdK.)

Das heißt nichts anderes, als, einmal mehr, das politisch Mögliche verspielen, um eines absolut Unmöglichen willen! Man kann dergleichen kaum mehr als rationale Politik bezeichnen — es ist nur mehr ein desperadohafter außenpolitischer Nihilismus. Oder wie anders als so soll man den Protest Dr. Adenauers gegen die schon abgeschlossenen und die sich jetzt anbahnenden großen Weizen-Geschäfte zwischen den Westmächten und der Sowjetunion qualifizieren? Der scheidende Bundeskanzler will auch diese wirtschaftlichen Vereinbarungen an politische Bedingungen knüpfen, die auf nichts anderes hinauslaufen als einen Rückzug der Russen aus Mitteleuropa, also eine fundamentale Veränderung des politischen Status quo:

> „Erst wollen wir von Rußland durch Taten Beweise seines Friedenswillens haben ehe solche Hilfen überhaupt in Frage kommen." (Vor der AdK.)

Dr. Adenauer macht keinen Hehl daraus, daß er noch immer daran glaubt, die Sowjetunion durch eine Politik des militärischen und auch wirtschaftlichen Druckes auf die Knie zwingen zu können. Die neue „Wunderwaffe" heißt dabei: „sowjetisch-chinesische Spannung"! Einzig an dieser, wir können es nicht anders nennen, weltpolitischen Wahnvorstellung ist nach wie vor die Bonner Außenpolitik orientiert. Es ist ebenso schockierend wie grotesk, daß ausgerechnet Bonn — und nicht etwa das so unvergleichlich viel mächtigere Amerika! — an der

„Politik der Stärke" festhält, die in den Jahren der Kanzlerschaft Dr. Adenauers zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands geführt und die Lösung des Wiedervereinigungsproblems unendlich erschwert hat. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, den Erfahrungen mit dieser Adenauer'schen „ Politik der Stärke" muß man heute sagen: wer heute den Kalten Krieg noch g e w i n n e n will, (und darum ihn fortsetzt), der wird morgen ihn oder gar den durch eine solche „Politik" provozierten „heißen Krieg" v e r l i e r e n! Das Festhalten an der Politik der Maximalforderung, das Bestehen auf dem „Alles oder Nichts" ist doppelt unsinnig und verhängnisvoll in einem Augenblick, da sich dem Westen wie dem Osten und damit auch den Deutschen zum ersten Male seit langer Zeit die Chance zu bieten scheint, den nicht mehr zu gewinnenden Kalten Krieg ebensowenig zu verlieren, ihn vielmehr durch einen wirklichen K o m p r o m i ß zu b e e n d e n.

Während Washington und London in realistischer Einschätzung der Machtverhältnisse offenbar bereit sind, diese Chance wahrzunehmen, weigert sich Bonn noch immer, die innere Logik der heutigen Weltpolitik anzuerkennen. Was den Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Entspannung betrifft, so können wir hier nur zitieren, was Hans Gresmann in der „Zeit" vom 20. September geschrieben hat:

> „... daß den Sowjets heute die freie Wiedervereinigung nicht abzukaufen, nicht abzulisten und nicht abzutrotzen ist. Die Wiedervereinigung kann nicht die Voraussetzung der Entspannung sein, sondern allenfalls das gewiß noch in der Ferne liegende Ergebnis einer Entspannung."

Solches ist in diesen „Blättern" seit Jahr und Tag gesagt worden.

Einen drastischen Beweis dafür, in welchen Engpaß sich Bonn in der Wiedervereinigungsfrage hineinmanövriert hat und mit welcher Art von Pseudo-Politik man nun doch noch das unmöglich Gewordene möglich machen möchte, lieferte Anfang Oktober der Auftritt einer Delegation des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" vor den Vereinten Nationen in New York. Die deutsche Presse berichtete in großer Aufmachung von dieser Aktion, so daß man den Eindruck erhielt, die unter der Leitung von Herrn Schütz stehende Delegation, der so namhafte Politiker wie Dr. Dehler (FDP), Gradl (CDU), Mattick (SPD) angehörten, habe einen großen außenpolitischen Erfolg für die Bundesrepublik erzielt. Es schien, bei der Überreichung einer Denkschrift über die Zwischenfälle an der Berliner Mauer an die Menschenrechts-Kommission der UN habe es sich um einen spektakulären, vielbeachteten, politisch substantiellen Schritt gehandelt. Ein einziger deutscher Korrespondent, der angesehene Chefreporter der Süddeutschen Zeitung, Hans Ulrich Kempinski, hatte den Mut, mit schonungsloser und heilsamer Offenheit über das Schauspiel, das in Wirklichkeit ein Trauerspiel war, zu berichten:

> „Montag: Ein Ereignis von niederdrückender Peinlichkeit nimmt seinen Lauf. Der erste Akt spielt im Büro von John Humphrey, einem UNO-Beamten, dem eine fünfköpfige Delegation des Kuratoriums ‚Unteilbares Deutschland' eine Beschwerde über Verletzung von Menschenrechten jenseits der Mauer überreicht. Das im Festschriftformat gedruckte Dokument wendet sich an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen mit der Bitte um die Feststellung, daß in der DDR wesentliche Grundrechte und menschliche Freiheiten beeinträchtigt werden. Mr. Humphrey nimmt den Schriftsatz höflich in Empfang, ohne Interesse zu heucheln. Er legt das Dokument zu den Akten, wo es fortan unbeachtet bleiben wird, im Verein mit vieltausend Eingaben von Sonderlingen und Sektierern, die niemand daran hindern kann, Mr. Humphrey heimzusuchen. Nach wenigen Sekunden schon sind die eigens aus Deutschland herbeigeflogenen Herren aus dem Office entlassen.

Sie haben auf ihrem Dokument immerhin einen UNO-Stempel aufzuweisen, mehr nicht. Denn sie wollten im Widerspruch zu ihrer vorgeblichen Bitte beileibe keine Debatte vor der Menschenrechtskommission erreichen. Nichts wäre leichter. Eine Debatte könnte auf Antrag eines mit der Bundesregierung befreundeten UNO-Mitgliedsstaats unschwer in Gang gebracht werden. Eben dies aber wollen die Kuratoriumsleute auf keinen Fall, weil dadurch die DDR vor den Vereinten Nationen diplomatisch ins Spiel gebracht werden könnte. Die Beschwerde wird deshalb nicht einmal den Mitgliedern der Menschenrechtskommission von Amts wegen zur Kenntnis zugeleitet.

Ein derart hingedrehter Theatercoup ist der Sache, um die es geht, nicht würdig. Die angewandte Praxis kann auch nicht durch den Umstand gerechtfertigt werden, daß es dem Kuratorium daheim gelungen ist, maßgebliche Politiker aller drei im Bundestag vertretenen Parteien auf einige dem Motto beigegebene neue Leitsätze zur Lösung der deutschen Frage zu einigen. So bemerkenswert diese Ideen sein mögen, so sehr haftet ihnen doch der Geruch von amateurhafter Vereinsmeierei in einem Augenblick an, da der Außenminister der Bundesregierung eben seinen hiesigen Auftritt beendet hat.

Der zweite Akt der Kuratoriumsschau zeigt die Männer der Delegation bei einer Pressekonferenz im Ballsaal eines billigen Hotels. Sie sitzen eingeschüchtert vor einem verschlissenen roten Samtvorhang. Gram über diese inzwischen selbst empfundene Außenseiterrolle steht ihnen ins Gesicht geschrieben. Der klägliche Zulauf zur Pressekonferenz kündet von Gleichgültigkeit; in New York tätige deutsche Bundesbeamte, die sich in richtiger Einschätzung der Lage zum Auffüllen der leeren Stuhlreihen eingefunden haben, übertreffen die Zahl der Journalisten. Die Delegierten — Männer mit Rang und gutem Namen allesamt — sind nicht in der Lage, ihre Antworten auf die spärlichen Fragen englisch vorzutragen. Kuratoriumsvorsitzender Schütz wirkt als Übersetzer.

Ich fühle mich deprimiert, und weil wohl alle Anwesenden ähnlich empfinden, herrscht bald eine Stimmung, als stünde ein Sarg im Saal. Prof. Besson aus Erlangen, der als politischer Wissenschaftler und künftiges Mitglied von Erhards Beraterstab die Staaten bereist, stöhnt zum Schluß: ‚Um Gottes willen, das ist nur eine Glosse wert.'" (Süddeutsche Zeitung v. 2. Oktober)

Das also, traurig genug, es sagen zu müssen, ist das Niveau auf dem heute deutsche „Wiedervereinigungspolitik" gemacht wird — während man sich in Bonn beharrlich weigert, das Naheliegende zu tun: ganz konkret über Schritte zur Entspannung, über Zwischenlösungen zu verhandeln, die einer befriedigenden Lösung der großen politischen Probleme den Weg ebnen können. Es ist ein im weltpolitischen wie im nationalpolitischen Sinne frevelhaftes Spiel, das da getrieben wird. Getrieben n a c h zwei verlorenen Weltkriegen und nach einem f a s t verlorenen kalten Krieg! Man k o n s t r u i e r t erst theoretisch eine Alles-oder-nichts-Situation — und dann s c h a f f t man sie durch eine an einer solchen Vorstellung ausgerichtete Politik! Nur daß den Deutschen dabei jedesmal das Alles entgangen und das Nichts zugefallen ist! In Wirklichkeit geht es heute bei den Entspannungsverhandlungen zwischen Ost und West weder für den Westen im allgemeinen, noch für die Deutschen im besonderen um ein „Alles oder Nichts". Denn die Entspannungspolitik der beiden Machtblöcke verlangt von der Bundesrepublik n i c h t eine außenpolitische Kapitulation (wie umgekehrt Bonn sie von den Sowjets verlangt!), sondern nur ein S i c h - E i n s t e l l e n auf die machtpolitisch unveränderbaren, in erster Linie aus der katastrophalen deutschen Niederlage 1945 herrührenden R e a l i t ä t e n. Es geht um nichts anderes als den Verzicht, den schon fast allzu späten Verzicht auf allzu lange verabsolutierte wirklichkeitsferne außenpolitische Doktrinen. Ein solcher Verzicht heute muß zwar das Prestige der bisherigen Bundesregierung erheblich berühren, er widerstreitet aber nicht den heute vertretbaren deutschen politischen Lebensinteressen, sondern er entspricht ihnen. Denn nur wenn endlich der Ballast der Illusionen ab-

geworfen wird, kann es außenpolitisch für die Bundesrepublik einen Weg ins Freie geben. (Siehe dazu das in dieser Nummer abgedruckte Kapitel aus dem soeben erschienenen Buch von Karl-Hermann Flach „Erhards schwerer Weg".)

Der Kanzlerwechsel bietet die Chance, in einem weltpolitisch günstigen Augenblicke die bisherige Außen- und Militärpolitik der Bundesrepublik durch eine neue, auf die Möglichkeiten und Erfordernisse der weltpolitischen Entspannung bezogene neue Konzeption zu ersetzen. Bis heute freilich ist höchst ungewiß, ob der Kanzler-Wechsel auch zu einem Kurs-Wechsel führen wird. Sollte der neue Bundeskanzler seine Außenpolitik von den ihn jetzt von seinem Vorgänger zugeworfenen Stichworten, den Schlagworten des Kalten Krieges bestimmen lassen, dann würde die Bundesrepublik sehr schnell in eine ebenso hoffnungslose wie beschämende weltpolitische Position geraten.

Es sei hier zum Schlusse dieser letzten außenpolitischen Lage-Betrachtung in der „Ära Adenauer" ein Abschnitt aus den immer noch lesenswerten Spektator-Briefen des bedeutenden Soziologen Ernst Troeltsch zitiert. Diese Briefe, „Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22", sind in den ersten Nachkriegsjahren im „Kunstwart" und 1924 zusammengefaßt als Buch erschienen. Troeltsch hatte zu jener einsichtigen und verantwortungsbewußten Minderheit gehört, die in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges für einen Verständigungsfrieden mit den Kriegsgegnern eingetreten war, weil sie für den Fall der Fortsetzung des Krieges die Niederlage, und zwar die absolute Niederlage, voraussah. Die Entwicklung hat damals diesen „Kompromißlern" recht gegeben. Eine Woche nach Kriegsende schreibt Troeltsch:

> „Es war nun einmal so; die herrschenden Schichten wollten nur das Entweder-Oder, radikalen Sieg oder radikale Niederlage. Den Eroberungsgedanken versteckte man dabei hinter dem Prinzip der notwendigen Sicherund und beschimpfte jeden Gegner dieser „Sicherung" als unpolitischen Schwachkopf. Alle Anregungen zu einem Mäßigungsfrieden, mochten sie von innen oder von außen — es hat auch an den letztern, verhältnismäßig recht günstigen nicht gefehlt — kommen, waren von Hause aus totgeboren. Generalstab und Bürgertum wollten unter keinen Umständen einen Kompromiß, auch auf die äußersten Gefahren hin nicht; von den Massen nahm man an, sie würden bei rücksichtsloser moralischer Bearbeitung bedingungslos folgen, und gegen warnende Stimmen wurde moralischer Terror oder auch physischer Zwang ausgeübt. Es ist eine Tragödie des Heroismus und der Kühnheit, aber auch deutschen Eigensinns und Trotzes, deutscher Weltunkenntnis und theoretischer Verranntheit, wobei Leichtsinn und Oberflächlichkeit, Eitelkeit und Habgier eine nicht ganz geringe Rolle spielten." (16. November 1918.)

II

Die Hypothek der „Ära Adenauer", die der neue Bundeskanzler übernimmt, ist indes nicht nur eine außenpolitische. Die Bundesrepublik bedarf vielmehr einer neuen Gesamtkonzeption in der endlich auch den innenpolitischen Sachfragen der ihnen angemessene Raum zuerkannt wird. Außenpolitik und Innenpolitik sind dabei unmittelbar miteinander verknüpft, wie vor allem die Hypertrophie der Rüstungsaufwendungen auf Kosten elementar wichtiger anderer Ausgaben, und die Tendenz zur Aushöhlung der Demokratie im Zeichen des „Kalten Krieges" zeigen. Eine neue Außen- und eine neue Innenpolitik bedingen letztlich einander. Niemand dürfte besser wissen, als gerade der bisherige Wirtschaftminister, von welcher Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, die Festigung der deutschen Währung gerade auch ein außenpolitischer Kurswechsel, eine Abwendung vom totalen Rüstungsstreben ist. Daran läßt sich die Größe der Aufgabe ermessen, vor der der neue Bundeskanzler steht.

In welchem Maße die demokratische Struktur der Bundesrepublik durch die Praktiken des „Kalten Krieges" berührt wird, hat in den letzten Wochen beson-

ders deutlich die „Affäre Bundesamt für Verfassungsschutz" gezeigt. Zunächst kam es an den Tag, daß im Verfassungsschutzamt frühere SS-Leute tätig sind. Vor einem Monat haben wir hier das geradezu vernichtende Urteil der Zürcher „TAT" über die Reaktion des Bundesinnenministers Höcherl auf diese Enthüllung zitiert. Es muß hier ausdrücklich festgestellt werden: der Innenminister hat keinerlei Konsequenzen gezogen, er hat sich vielmehr vor diese SS-Leute gestellt und ihnen, man höre und staune, in der „Welt am Sonntag" ausdrücklich „demokratische Zuverlässigkeit" bescheinigt ... Dann folgte in der „Zeit" der Hinweis auf die verfassungswidrige Praxis der Telefonüberwachung in der Bundesrepublik. Und bis heute hat es der Innenminister trotz aller zuerst Beschwichtigungen, dann Ablenkungsmanöver nicht vermocht, die gegen das Verfassungsschutzamt erhobenen und inzwischen präzisierten Vorwürfe zu entkräftigen. Das Halbdunkel ist geblieben und zahlreiche Äußerungen des „Verfassungsministers" zum Thema Staatsschutz lassen erkennen, wie wenig im demokratischen Sinne vertrauenswürdig gerade dieser Minister Höcherl ist. Die Vorgänge dieser letzten Wochen haben aber auch noch einmal bestätigt, was in dieser Zeitschrift in den letzten Jahren schon wiederholt mit Besorgnis festgestellt worden ist:

Daß die zweite deutsche Demokratie teils durch Mutwillen, teils durch Leichtfertigkeit v o n o b e n korrumpiert wird. Dieselben Leute, die zu Hütern der Verfassung berufen sind, und die immer wieder von der wirklichen oder vermeintlichen „Bedrohung der Freiheit" sprechen — sie selbst bedrohen durch die Art und Weise, wie sie die Freiheit „verteidigen" (innenpolitisch wie außenpolitisch), diese Freiheit.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist Wachsamkeit gegenüber diesen Tendenzen zur Aushöhlung der Demokratie im Namen der „Verteidigung der Freiheit" mehr denn je geboten.

Sie ist heute demokratische Pflicht eines jeden Bürgers. Das umso mehr, als man in Bonn offenbar nicht bereit ist, einen so diskreditierten Mann wie den derzeitigen Bundesinnenminister abzulösen. (Es sei hier hingewiesen auf das im Dokumentationsteil dieses Heftes abgedruckte Telegramm einer großen Zahl namhafter Professoren, Politiker, Künstler, Publizisten usw. an den designierten Bundeskanzler Erhard. In diesem Telegramm bitten die Unterzeichner den künftigen Kanzler um Nichtberücksichtigung des Ministers Höcherl bei der Kabinettsumbildung.) Ein solches Verhalten der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik ist nicht geeignet, das Vertrauen des Volkes in die Demokratie zu stärken, wenngleich sich der nur allzu berechtigte Unmut weiter Kreise der Bevölkerung schlimmerweise in manchmal mit Zynismus verbundener Resignation erschöpft. Daß die Regierung selbst für das ihr gegenüber herrschende Mißtrauen verantwortlich ist, hat kürzlich sogar die im allgemeinen recht Bonn-freundliche „Neue Zürcher Zeitung" in einem redaktionellen Kommentar festgestellt:

> „Angesichts der Vergangenheit, die auf aller deutschen Politik lastet, ist die Empfindlichkeit gegen Übergriffe der Staatsgewalt oder auch nur ihren Anschein verständlich und gerechtfertigt. Der neue Ausbruch des Mißtrauens ist aber doch wohl mehr als nur die gereizte Antwort auf einen Fehlgriff der Regierung, mag er auch mit ministeriellen Ungeschicklichkeiten noch kumuliert sein. Es zeigt sich, daß es gegenwärtig in der Bundesrepublik wenig braucht, um das Faß des öffentlichen Zorns zum Überlaufen zu bringen; das deutsche Publikum ist zu Mißtrauen heute offenbar im vornherein disponiert. Darin ist nicht nur eine Nachwirkung der letzten Affäre, sondern der vielen Krisen zu erkennen, welche die Bonner Koalitionsregierung seit ihrer schwierigen Geburt im Jahre 1961 belastet und die es ihr erschwert haben, nach innen Autorität aufzubauen." (Neue Zürcher Zeitung vom 29. 9. 63.)

Es wäre um die Freiheit in der Bundesrepublik besser bestellt, würde wenig-

stens unsere parlamentarische Opposition ihre Wächteraufgabe wirklich ernst nehmen und sich gerade angesichts der „Großzügigkeit" der herrschenden Kreise in Sachen Demokratie und Freiheit als zuverlässiger Garant beider verstehen. Doch gerade die neueste Affäre hat einmal wieder gezeigt, in welchem Maße die SPD schon zum Gefangenen ihres eigenen programmatischen Konformismus geworden ist. Aus welchen Gründen immer — jedenfalls haben sich die Sozialdemokraten nicht bereit gezeigt, mit aller Konsequenz auf eine vollständige parlamentarische und außerparlamentarische Klärung der umstrittenen Vorgänge zu drängen. Wieder einmal sind sie der entscheidenden Verantwortung ausgewichen. Nicht, als ob die SPD schlechthin geschwiegen hätte. Das Schlimme ist vielmehr, daß sie wiederum „etwas" getan", es aber nicht mit Entschiedenheit getan hat, sondern sehr schnell wieder zurückgewichen ist.

Dieses anhaltende, gewissermaßen schon zum Dauerzustand gewordene Versagen der Opposition hat dazu geführt, daß heute neben den Gewerkschaften die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen die einzigen wirksamen Wächter unserer Freiheit sind. So erfreulich ihr Widerstand gegen die undemokratischen Machenschaften gewisser Regierungskreise ist (selbstverständlich sprechen wir hier nicht von Gewerkschaften, Presse, Rundfunk und Fernsehen im allgemeinen, sondern von denjenigen Personen, Institutionen und Organisationen, die noch den Mut zum Nonkonformismus haben!), so wenig kann er doch einen konsequenten parlamentarischen Widerstand gegen sie ersetzen. Es ist ein höchst ungesunder Zustand, daß jene Organe in der Bundesrepublik als die Opposition schlechthin fungieren müssen, statt als Ergänzung einer ernstzunehmenden parlamentarischen Opposition fungieren zu können. Das bedeutet eine überaus gefährliche Störung des politischen Mechanismus der parlamentarischen Demokratie.

Die durch das Versagen der SPD bedingte Isoliertheit der publizistischen Opposition setzt diese gerade im Augenblick der stärksten Drucke der herrschenden Kreise aus. Die gouvermentalen Tendenzen zur Einschränkung der Freiheit der Kritik werden immer drastischer und es droht von daher zusätzlich zu der strukturellen Gefährdung eines freien politisch-gesellschaftlichen Meinungsstreites in der Bundesrepublik auch nach wie vor die Gefahr einer dekretierten oder manipulierten Drosselung der Meinungsfreiheit von oben. Das Beispiel „Panorama" ist lehrreich genug. Und wohlgemerkt: „Panorama" war innerhalb des Deutschen Fernsehens im Ganzen nicht etwa die Regel, sondern die Ausnahme, und selbst diese nonkonformistische Ausnahme soll fortan nicht mehr toleriert werden. Das, obwohl der Irrtum, der offenbar einem Teil der „Panorama"-Leute bei der Sendung über eine vermeintliche Abhöranlage im Bundeshaus unterlaufen ist, in gar keinem Verhältnis steht zu dem, was etwa Herr Höcherl, der Nichtentlassene, auf seinem Konto vorzuweisen hat . . .

Die innenpolitische Krise der letzten Wochen, die weit mehr ist als eine Krise nur um die Person des Ministers Höcherl, die vielmehr die Problematik eines ganzen innenpolitischen Systems offenbart, hat die Warnungen all derer wiederum bestätigt, die auf die Problematik der von der gegenwärtigen Bundesregierung vorbereiteten Notstandsgesetzgebung hingewiesen haben. Auch in dieser Zeitschrift ist mehr als einmal davon gesprochen worden, daß es unverantwortlich wäre, nicht unbedingt demokratisch-vertrauenswürdigen Elementen das Instrument einer solchen nur allzu leicht innenpolitisch mißbrauchbaren Notstandsverfassung in die Hand zu geben. Die Vertrauenswürdigkeit der heute in der Bundesrepublik Herrschenden ist aber seit Beginn der Notstandsdiskussion nicht etwa größer, sondern immer geringer geworden. Es ist erfreulich und stimmt hoffnungsvoll, daß diese Einsicht sich in letzter Zeit vor allem in den Gewerk-

schaften durchzusetzen beginnt, gerade auf Grund der Vorgänge um das Verfassungsschutzamt.

Noch einmal muß in diesem Zusammenhange von der SPD gesprochen werden. Herbert Wehner hat kürzlich in einem „Spiegel"-Interview — das alles in allem ein Dokument der erschreckenden Anpassung der SPD an die Ideologie und Politik der heute herrschenden Kreise darstellt — eine bemerkenswerte Interpretation der „Spiegel"-Affäre gegeben:

> „Die damalige Krise war das Resultat des Versuchs von Strauß, im Sog der Kuba-Krise — von deren Entwicklung er durchaus andere Vorstellungen hatte, als die Dinge dann infolge der Standhaftigkeit der amerikanischen Regierung tatsächlich abliefen — ganz entscheidende innenpolitische Veränderungen in Richtung auf eine Okkupation der Staatsmacht auf Dauer zustande zu bringen. Jedenfalls habe ich es so gesehen und sehe es auch heute nicht anders." („Spiegel" Nr. 39/63.)

Es liegt bei einer solchen von uns völlig geteilten Einschätzung der „Spiegel"-Krise die Frage an Herbert Wehner nahe: ob er denn wohl glaubt, daß die der Demokratie von derselben Seite wie damals drohenden Gefahren seither wirklich geringer geworden sind? Nicht nur, daß Herr Strauß selbst länger wieder „im politischen Geschäft" ist — die ihn stützenden Kreise haben ihre Bemühungen nur noch verstärkt, alle innenpolitischen Gegenspieler matt zu setzen, mit welchen Mitteln auch immer. Und der derzeitige Bundesinnenminister, der die Notstandsgesetzgebung zu vertreten hat, ist ein Repräsentant derselben Partei, die sich vor einigen Monaten Herrn Strauß zu ihrem ersten Vorsitzenden erkoren hat.

Auch mit dieser Problematik wird sich der neue Bundeskanzler auseinanderzusetzen haben. Er ist um das Erbe, daß er von seinem Vorgänger übernimmt, wahrlich nicht zu beneiden, aber es ist ein Erbe, das nicht allein für ihn, sondern für uns alle eine Last darstellt, an der wir schwer tragen. Gewiß wird im Augenblicke von Dr. Adenauers Rücktritt auch eine Art Albdruck von diesem Staate weichen. Doch gleichzeitig wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß die eigentlichen Probleme der Bundesrepublik weit weniger personelle, denn vielmehr strukturelle Probleme sind. Es wird einer sehr mühevollen, langfristig angelegten und sehr zielbewußten Arbeit vieler bedürfen, um aus diesem bisher fast völlig auf den Kalten Krieg zugeschnittenen Staate eine lebendige, den Frieden fördernde Demokratie zu machen. (Abgeschlossen am 4. Oktober)

Karl-Hermann Flach

Unser Beitrag zum Frieden

In diesen Wochen des Kanzlerwechsels in Bonn erscheint im Seewald-Verlag, Stuttgart, eine bemerkenswerte Analyse der außen- und innenpolitischen Situation der Bundesrepublik am Ende der Ära Adenauer. Karl-Hermann Flach, der Verfasser dieses Buches „Erhards schwerer Weg. Was auf uns zukommt", war von 1959 bis 1962 Bundesgeschäftsführer der FDP und leitet heute die innenpolitische Redaktion der Frankfurter Rundschau. Gleichzeitig ist er Kommentator im Hessischen Rundfunk. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages drucken wir aus dieser Neuerscheinung ein u. E. besonders erhellendes Kapitel ab. *D. Red.*

Der neue Kanzler Ludwig Erhard wird gezwungen sein, die Bonner Deutschlandpolitik auch im Hinblick auf den DDR-Komplex neu zu durchdenken, weil die Welt — auch die Welt der Verbündeten — einen deutschen Beitrag zur Siche-

schaften durchzusetzen beginnt, gerade auf Grund der Vorgänge um das Verfassungsschutzamt.

Noch einmal muß in diesem Zusammenhange von der SPD gesprochen werden. Herbert Wehner hat kürzlich in einem „Spiegel"-Interview — das alles in allem ein Dokument der erschreckenden Anpassung der SPD an die Ideologie und Politik der heute herrschenden Kreise darstellt — eine bemerkenswerte Interpretation der „Spiegel"-Affäre gegeben:

> „Die damalige Krise war das Resultat des Versuchs von Strauß, im Sog der Kuba-Krise — von deren Entwicklung er durchaus andere Vorstellungen hatte, als die Dinge dann infolge der Standhaftigkeit der amerikanischen Regierung tatsächlich abliefen — ganz entscheidende innenpolitische Veränderungen in Richtung auf eine Okkupation der Staatsmacht auf Dauer zustande zu bringen. Jedenfalls habe ich es so gesehen und sehe es auch heute nicht anders." („Spiegel" Nr. 39/63.)

Es liegt bei einer solchen von uns völlig geteilten Einschätzung der „Spiegel"-Krise die Frage an Herbert Wehner nahe: ob er denn wohl glaubt, daß die der Demokratie von derselben Seite wie damals drohenden Gefahren seither wirklich geringer geworden sind? Nicht nur, daß Herr Strauß selbst länger wieder „im politischen Geschäft" ist — die ihn stützenden Kreise haben ihre Bemühungen nur noch verstärkt, alle innenpolitischen Gegenspieler matt zu setzen, mit welchen Mitteln auch immer. Und der derzeitige Bundesinnenminister, der die Notstandsgesetzgebung zu vertreten hat, ist ein Repräsentant derselben Partei, die sich vor einigen Monaten Herrn Strauß zu ihrem ersten Vorsitzenden erkoren hat.

Auch mit dieser Problematik wird sich der neue Bundeskanzler auseinanderzusetzen haben. Er ist um das Erbe, daß er von seinem Vorgänger übernimmt, wahrlich nicht zu beneiden, aber es ist ein Erbe, das nicht allein für ihn, sondern für uns alle eine Last darstellt, an der wir schwer tragen. Gewiß wird im Augenblicke von Dr. Adenauers Rücktritt auch eine Art Albdruck von diesem Staate weichen. Doch gleichzeitig wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß die eigentlichen Probleme der Bundesrepublik weit weniger personelle, denn vielmehr strukturelle Probleme sind. Es wird einer sehr mühevollen, langfristig angelegten und sehr zielbewußten Arbeit vieler bedürfen, um aus diesem bisher fast völlig auf den Kalten Krieg zugeschnittenen Staate eine lebendige, den Frieden fördernde Demokratie zu machen. (Abgeschlossen am 4. Oktober)

Karl-Hermann Flach

Unser Beitrag zum Frieden

In diesen Wochen des Kanzlerwechsels in Bonn erscheint im Seewald-Verlag, Stuttgart, eine bemerkenswerte Analyse der außen- und innenpolitischen Situation der Bundesrepublik am Ende der Ära Adenauer. Karl-Hermann Flach, der Verfasser dieses Buches „Erhards schwerer Weg. Was auf uns zukommt", war von 1959 bis 1962 Bundesgeschäftsführer der FDP und leitet heute die innenpolitische Redaktion der Frankfurter Rundschau. Gleichzeitig ist er Kommentator im Hessischen Rundfunk. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages drucken wir aus dieser Neuerscheinung ein u. E. besonders erhellendes Kapitel ab. *D. Red.*

Der neue Kanzler Ludwig Erhard wird gezwungen sein, die Bonner Deutschlandpolitik auch im Hinblick auf den DDR-Komplex neu zu durchdenken, weil die Welt — auch die Welt der Verbündeten — einen deutschen Beitrag zur Siche-

rung des Friedens im Atomzeitalter erwartet. Präsident Kennedys schrittweises Vorgehen im Rahmen seiner berühmten „Strategie des Friedens" wird nicht durch irgendeine fixe Idee bestimmt, sondern von der Verantwortung, welche die Weltmächte zu einem Zeitpunkt tragen, an dem sie in der Lage sind, die Menschheit zu vernichten.

Gerade das deutsche Volk, dessen zeitweiliger Führer unendliches Leid über andere Völker gebracht hat und das selbst unter der Geißel zweier Weltkriege unsagbar leiden mußte, hat eine erhöhte Verpflichtung, ständig konstruktiv an der Strategie des Friedens mitzuarbeiten. Man sollte meinen, die Phantasie unserer besten Köpfe sei ununterbrochen damit beschäftigt, Vorschläge zur Sicherung des Friedens zu unterbreiten. Ruhig, geduldig und beharrlich müßte gerade Bonn an Friedensplänen schmieden, schon um in der Welt einen Teil der moralischen Hypotheken abzutragen, die Hitler hinterlassen hat.

Unser nacktes Interesse müßte zu einer solchen Friedensstrategie noch beitragen. Denn selbst wenn die Weiten des nordamerikanischen Kontinents und Rußlands unendliche Flächen einen Atomkrieg überstehen sollten — auch das ist fraglich —, das dichtbesiedelte Deutschland würde mit seiner Bevölkerung total vernichtet werden. Die Toten und die wenigen Überlebenden, die dann die Toten noch beneiden würden, würden nicht mehr danach fragen, ob die DDR ein Staat war oder nicht.

Da nicht zu befürchten ist, daß eine der Weltmächte einen atomaren Weltkrieg mutwillig auslöst, besteht die Gefahr mehr in einer Ausbreitung der Atommächte bis hin zu kleinen und ungefestigten Staaten. Das mögliche Versagen der Sicherungen, eine durch technischen Irrtum bedingte Atomkriegsauslösung, der durch menschliches Versagen in der nervösen Spannung politischer Konflikte ausgelöste Beginn eines noch so kleinen „taktischen" Atomschlages — das sind die Gefahren. Die zunehmende Verpestung der Atmosphäre und in ihren Wirkungen nicht absehbare Veränderungen im Weltraum durch Atomversuche kommen hinzu. Diese lebensbedrohenden Gefahren für die Menschheit können nur durch eine allmähliche Auflösung des Mißtrauens und einzelne Abkommen „Schritt für Schritt" beseitigt oder zumindest gemildert werden.

Die Bundesregierung hat regionale Abrüstungsmaßnahmen, Zonen militärischer Verdünnung, Rüstungskontrollgebiete und atomwaffenfreie Regionen in Mitteleuropa stets mit der Begründung abgelehnt, sie würden eine einseitige Schwächung des westlichen Machtpotentials bedeuten. Sie war unter Hinweis auf ihre exponierte strategische Lage in der Nähe der sowjetischen Grenzen nicht bereit, ein solches Risiko auch um den Preis eines Abzuges der sowjetischen Truppen aus Mitteldeutschland mit allen möglichen Folgen einzugehen. Dafür hat sich Bonn stets für eine „allgemeine, kontrollierte, weltweite Abrüstung" ausgesprochen und von vornherein erklärt, sich allen Bestimmungen derartiger Abkommen zu unterwerfen.

Als mit dem Abkommen über einen Stop der Atomteste über der Erde dann aber ein ganz kleiner Schritt in die Richtung weltweiter Abrüstungsmaßnahmen getan wurde, erklangen aus Bonn nicht etwa Jubel und ehrliche Freude, sondern Bedenken wegen einer politischen Aufwertung der DDR. Eine sehr große Werbechance für die Politik der Bundesrepublik wurde auf Grund von Einwänden vertan, die von der Weltöffentlichkeit nur als kleinlich und provinziell angesehen werden konnten. Der verspätete Beitritt mit viel Wenn und Aber konnte das Versäumnis nicht mehr aufholen.

Die Bonner Reaktionen in letzter Zeit auf alle Fortschritte einer weltweiten Entspannung waren psychologisch so primitiv und ungeschickt, daß man meinen könnte, die Bundesregierung sei ständig damit beschäftigt, der kommunistischen

Propaganda Stoff für deren Behauptung zu liefern, Bonn sei der Störenfried des Friedens in der Welt. Nachdem man sich bei den Verbündeten mit den Bedenken gegen einen Nichtangriffspakt durchgesetzt hatte, wurde von offizieller Bonner Seite auch gegen Nichtangriffserklärungen polemisiert, weil auch sie eine Aufwertung Pankows mit sich bringen würden. Das halten verantwortliche Leute allen Ernstes für Politik.

Alle feierlichen Erklärungen der Bundesrepublik über den deutschen Gewaltverzicht werden zu Makulatur, wenn Bonn einer von Atomkriegsfurcht geplagten Welt in die Ohren posaunt, Nichtangriffserklärungen bedeuteten eine Anerkennung des sowjetischen Herrschaftsbereichs. Soll denn die Welt glauben, Bonn würde auch in einem militärischen Angriff eine Möglichkeit zur Nichtanerkennung dieses Bereiches sehen?

So wird die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik von ihren Trägern selbst erschüttert. Es wird nämlich auch keine weltweite, allgemeine und kontrollierte Abrüstung geben, wenn die DDR darin nicht einbezogen wird. Es gibt kaum eine unversöhnlichere Nichtanerkennungspolitik als die der USA gegenüber Rotchina. Das hat aber Washington nicht daran gehindert, eine Reihe von Abkommen mit den Chinesen zu treffen — so im Rahmen der Vereinten Nationen in Korea oder über Süd-Vietnam und Laos — und Formen dafür zu finden, die den amerikanischen Rechtsstandpunkt gewahrt sein ließen. Die USA sind trotz Nichtanerkennung seit Jahren über ihren Botschafter in Warschau mit den Chinesen im Gespräch. Die Amerikaner denken praktisch, wo wir so grundsätzlich denken, daß von Politik nicht mehr gesprochen werden kann. Die Welt wird allerdings darauf pfeifen und sich wegen der Bonner „Grundsätze" nicht um die Erfolge einer schrittweisen Friedenssicherung bringen lassen.

Das gefährdete Bündnis

Ludwig Erhard übernimmt die Kanzlerschaft zu einem Zeitpunkt, an dem Konrad Adenauer bereits zum Teil verspielt hat, was ihn einst so groß machte, nämlich die vertrauensvolle Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Die ständigen kleinen und größeren Reibereien haben eine Lage geschaffen, die sich für die Interessen der Bundesrepublik äußerst schädlich entwickeln kann. Adenauer hat Dulles so lange nachgetrauert, daß er Kennedy nicht mehr richtig verstehen lernte.

Erhard ist in den Vereinigten Staaten ein angesehener Mann. Die amerikanische Regierung setzt mehr Hoffnungen auf ihn als manche seiner Parteifreunde. Er muß seine ganze Kraft einsetzen, um zu verhindern, daß die deutsche und die amerikanische Politik sich auseinanderleben. Es tut nicht gut, Kennedy zu Millionen auf den Straßen zu bejubeln und seine große Rede über die Friedensstrategie in der Frankfurter Paulskirche zu beklatschen, um ihm wenig später bei seiner Politik einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine zu werfen. Sicher, die USA sind auf das Bündnis mit der Bundesrepublik ebenso angewiesen wie Bonn auf die Freundschaft der Amerikaner. Wir sollten aber nicht der alten deutschen Versuchung erliegen, den Sinn für das Maß und die Proportionen in der Welt zu verlieren. Es gibt Grenzen der Selbstachtung für den Präsidenten einer Weltmacht, bis zu denen man ihn im eigenen Interesse ebenso wie um der Sache willen nicht herausfordern darf.

Ohne die Stärke der USA wäre Berlin längst verloren. Der französische NATO-Beitrag ist so kümmerlich, daß mit ihm kaum eine Strategie der Vorwärtsverteidigung begründet werden kann. Militärisch gesehen, sind die USA die stärkste europäische Macht. Allein auf deutschem Boden unterhalten sie ein Potential, das auch dann dem französischen weit überlegen bleibt, wenn 1970 aus de Gaulles

„Farce de frappe" unter harten finanziellen Opfern eine „Force de frappe" geworden sein sollte. Nur ein Narr kann glauben, eine deutsche Politik der Freiheit sei ohne oder gar gegen die USA durchführbar.

Zwei sind nie Europa

Auch der tiefe Eindruck, den Besuch und Reden des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik hinterlassen haben, brachte jene Stimmen nicht zum Schweigen, die eine freudige, phantasievolle und tatkräftige Mitwirkung der Bundesrepublik an der großen atlantischen Vision des jungen amerikanischen Staatsmannes mit einer ebenso begeisterten und aktiven Mitarbeit an der Konzeption des französischen Staatspräsidenten für vereinbar halten. In dieser Haltung spiegelt sich die beinahe neurotische Angst der deutschen Politik vor den Alternativen wider.

In Wahrheit ist der amerikanische Präsident nicht nach Deutschland gekommen, um hier eine „Super-Show" abzuziehen, sondern um uns zur Entscheidung aufzurufen. Wenn er das taktvoll, geschickt, im besten Sinne diplomatisch tat, wenn er nicht drückte, sondern warb, wenn er den ganzen Charme seiner Persönlichkeit einsetzte, um zu überzeugen — so hat uns das nicht von der Verpflichtung zur Entscheidung entlassen.

Erhard wird zu wählen haben. Er wird nicht etwa zwischen Frankreich und Amerika wählen müssen. Die Freundschaft mit Frankreich ist eine fundamentale und unbestrittene Voraussetzung jeder sinnvollen europäischen und atlantischen Politik. Doch können Versöhnung mit Frankreich und aufrichtige Liebe zu unserem Nachbarland nicht bedeuten, daß wir der Konzeption de Gaulles durch dick und dünn folgen. Wir können nicht als Prellbock für eine europäische Machtkonzentration dienen, die unter Führung Frankreichs steht, Großbritannien ausschließt, die kleineren Verbündeten vor vollendete Tatsachen stellt und neben der antikommunistischen auch noch eine antiamerikanische Tendenz aufweist.

Wenn wir de Gaulle mit seiner fixen Idee isolieren, befreien wir in Wahrheit auf längere Sicht den französischen Nachbarn aus seiner Isolierung. Gerade das von Kennedy anerkannte Eigengewicht des gesunden europäischen Kontinents kann auf der Waagschale der atlantischen Politik nur wirklich zum Zuge kommen, wenn sich dieses Europa fern allen nationalen Mißtrauens und aller veralteten Hegemonievorstellungen über den Kanal und den Großen Belt hinweg neu organisiert. Das halbe Westeuropa ist kein ausreichendes Gewicht gegenüber den USA. Insofern steht de Gaulle seiner eigenen Konzeption im Wege.

Im übrigen ist es naiv, zu glauben, wenn elementare amerikanische Interessen in Europa auf dem Spiel stehen, könnte die Bundesrepublik Washington im Bündnis mit Frankreich trotzen. Im Ernstfall würden Kennedy oder sein Nachfolger den Weg nach Paris immer finden. Sie hätten auch genug zu bieten, um dann die Bundesrepublik in eine beschämende Isolierung geraten zu lassen. Schließlich wären die undankbaren Deutschen, die Amerika so viel zu verdanken haben, wieder einmal an allem schuld. Wir dürfen nie vergessen, daß die Amerikaner die deutsche Tüchtigkeit achten, sich aber mit England verwandt fühlen und Frankreich lieben. Einer Geliebten verzeiht man viel im Leben.

Ludwig Erhard, dem Adenauer eine vorausschauende politische Begabung nicht zutrauen wollte, hat sehr früh erkannt und oft wiederholt, daß die Zeiten, in denen Bilateralismus ein Fortschritt war, lange vorbei sind. 1962 hat er vor dem CDU-Parteitag in Dortmund gesagt, als hätte er die spätere Entwicklung vorausgeahnt: „Der politische Bilateralismus ist überholt. Er hat sich nicht nur in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker als schädlich und unbrauchbar erwiesen. Halten wir uns an Stelle einer dem einen oder anderen liebgewordenen Roman-

tik lieber an die Wirklichkeit. Diese verlangt, daß wir regionale Differenzierungen oder gar Teilungen im Rahmen des größeren Bündnisses überwinden, beziehungsweise meiden müssen."

Präsident Kennedy sprach 1963 in der Frankfurter Paulskirche von den Gegnern des Westens, denen jede Verwirrung im atlantischen Lager willkommen sei. Unüberhörbar mahnte er, wer einen Keil zwischen Europa und Amerika treiben oder die Verbündeten einander entfremden möchte, unterstütze und stärke nur jene Leute, „die sich selbst als unsere Gegner betrachten". Er warnte mit einem deutlichen Seitenblick auf de Gaulle davor, „die Uhr auf die Zeit der separaten nationalen Abschreckung zurückzudrehen".

Erhard und Kennedy sprachen an die gleiche Adresse gewandt. Der Gleichklang ihrer Meinungen in dieser entscheidenden Frage des Bündnisses könnte ein guter Auftakt dafür sein, daß das Bündnis mit Amerika in der Ära Erhard wieder in Ordnung kommt.

Freiheitsfeind Kalter Krieg

Es eignet sich nach außen hin schlecht als „Starverteidiger der freien Welt", wer im Innern das Wagnis der Freiheit, geistige Bewegung und offenen Wettbewerb scheut. An dieser Unwahrhaftigkeit ist der Westen in China, in Korea, beinahe auch in der Türkei und bestimmt in Kuba gescheitert. In den besten Zeiten der Adenauer-Ära stand er in Gefahr, daran auch in Deutschland zu scheitern.

Die bisherige Politik der Bundesregierung hat die Bundesrepublik gegenüber der kommunistischen Herausforderung von innen her geschwächt. Mit Wohlstandsphrasen, fast neurotischem Sicherheitsstreben und einer von Tabus blokkierten Politik kann man ein Volk zwar erfolgreich einlullen, aber nicht in die geistige und politische Entscheidungsschlacht um die Bewahrung seiner freiheitlichen Existenz führen.

Jahrelang wurde das Denken der Mehrheit der deutschen Bevölkerung von der Parole „keine Experimente" beherrscht. Sie könnte von Ulbricht erfunden und im Rahmen der psychologischen Kriegführung in die Bundesrepublik gebracht worden sein. Sie ist lähmendes Gift für das Freiheitsbewußtsein und den Abwehrwillen eines Volkes. Keine Experimente, kein neuer Gedanke, kein kühner Wurf, nur kein Risiko, immer schön in der Verteidigung bleiben — das bedeutet keinen Erfolg, keine Anziehungskraft, keine Sympathien in der Welt. Die Konsumgesellschaft ist der Opfergesellschaft unterlegen. Das haben die Amerikaner heute begriffen. Wir sollten es auch begreifen und nicht in jene Fehler verfallen, die man jenseits des Atlantik gerade zu überwinden beginnt.

Neurotische Entspannungsfurcht und mangelnde Fähigkeit, konstruktive Schritte einer Friedenspolitik mit Vorschlägen zur Lösung des deutschen Problems zu verbinden, zerstören das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik. Sie lassen den Eindruck entstehen, als sei sie nicht mehr als ein Produkt des Kalten Krieges, das die Entspannung fürchten muß wie den Leibhaftigen.

Ludwig Erhard kann seine historische Position nicht an der Seite von Senator Goldwater, Tschiang Kai-schek, Charles de Gaulle und — Mao Tse-tung sehen. Peking am Rhein, das darf doch nicht wahr sein.

Erhard ist ein Mann der Freiheit. Die äußere Freiheit ist ohne die innere Freiheit nicht denkbar. Beider Wurzeln ist die geistige Freiheit. Die Freiheit des einzelnen, die Würde des Menschen und die Ordnung des Rechts allein sind die Ziele, nach denen eine Gesellschaft streben sollte, die den Wettbewerb mit dem Kommunismus aufgenommen hat.

Doch der Todfeind der Freiheit ist der Krieg (Karl Jaspers). Jeder Krieg birgt stärkste Gefahren auch für die Freiheit der Freiheitskämpfer. Wo kein Leben

mehr ist, kann es auch keine Freiheit geben. Insofern ist jede aktive Friedenspolitik die beste Freiheitspolitik.

Erhard wird versuchen müssen, die Bundesrepublik auch aus der Frontlinie des Kalten Krieges herauszuführen. Sicher gilt das Notwehrrecht auch im Kalten Krieg. Freiheit schließt die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung ein. Was die Bundesrepublik bisher jedoch im Kalten Krieg bot, war — gelinde gesagt — Überschreitung der Notwehr.

Als Land, dessen einer Teil von einer Macht besetzt ist, die zum Gegner im Kalten Krieg gehört, wäre der Bundesrepublik Zurückhaltung besser zu Gesicht gestanden als ihre Scharfmacherrolle.

Die Trompetenbläser des Kalten Krieges gebärden sich gern als Freiheitsverteidiger. In Wahrheit ist jeder Akt im Kalten Krieg primär ein freiheitsfeindlicher Akt. Der Kalte Krieg gibt dem totalitären Staat die Argumente, um unter Hinweis auf seine angebliche Bedrohung dem Drängen seiner Bevölkerung nach besserer Versorgung, Besitzbildung und „bürgerlichen" Freiheiten einen Riegel vorzuschieben. Die freien Staaten zwingt er, unter Hinweis auf ihre Bedrohung immer mehr von ihrem System dem des totalitären Gegners anzupassen, weil die Organisation der Verteidigung, die Rüstungswirtschaft und die Propaganda das erfordern.

Wer möglichst viel Freiheit im Westen erhalten will, wer der Freiheit im Osten eine Chance lassen möchte und wer den Entwicklungsländern das Beispiel einer freiheitlichen Demokratie vorleben will, muß allen Rückschlägen zum Trotz mit großer Festigkeit und innerer Beharrlichkeit den entspannenden Ausgleich auch dann suchen, wenn Koexistenz im Dogma der Gegenseite nicht mehr bedeutet als temporäre Zurückhaltung auf dem Wege der Weltrevolution. Jede Etappe gelebter Koexistenz schafft Tatsachen, denen auf lange Sicht auch der ideologische Überbau Rechnung tragen muß.

Die über eine machtpolitische Auseinandersetzung zweier Länder eines ideologischen Blocks hinausgehende Bedeutung des russisch-chinesischen Konflikts wird durch die mit ihm verbundene Wandlung heiliger Dogmen des Kommunismus deutlich. Für Menschen, die in kommunistischen Denkkategorien groß geworden sind, ist es beinahe unfaßbar, daß die klassische Definition des Imperialismus nicht mehr gilt. Imperialismus war bis zu diesem Konflikt nichts anderes als die „höchste Stufe des Kapitalismus". Mit einem Male erfahren die Kommunisten, daß auch eine sozialistische Macht imperialistisch sein kann. Gleichzeitig wird die Zweiteilung der Welt in das Lager des aggressiven kapitalistischen Imperialismus und das sozialistische Weltfriedenslager mit dem Hinweis auf die „Kriegstreiberei" der chinesischen Kommunisten aufgehoben. Das ist revolutionärer als alle anderen Veränderungen im kommunistischen Denken bisher.

Dazu kommt die neuerdings öfters geäußerte Erkenntnis, die Atombombe habe die Klassenlage verändert. Das ist im kommunistischen Denken noch revolutionärer und wird weitergehende ideologische Folgen haben. Auch Kennedys Politik ist nur zu verstehen, wenn man bedenkt, daß die Atombombe auch den Westen zum Umdenken zwingt.

Konrad Adenauer wurzelt noch im 19. Jahrhundert. In der Bundesrepublik kam er an die Macht, als Hiroshima schon vernichtet war, man aber das Ausmaß des Einflusses der Superbombe mit ihren unvorstellbaren Wirkungen noch nicht erkennen konnte. Er hat nicht mehr umgelernt. Das wäre bei seinem Alter auch ungewöhnlich.

Ludwig Erhard steht vor der schweren Aufgabe, der Bundesrepublik außenpolitisch und innenpolitisch den Anschluß an das Atomzeitalter zu ermöglichen.

Dr. Otto Ankenbrand

Gewissensfreiheit, Kriegsdienstverweigerung und Notstandsrecht

I

Nach Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland — hinfort nur als „Absatz 1" zitiert — ist die Freiheit des Gewissens unverletzlich.

Ist das nicht eine herrliche Errungenschaft, nachdem die Geschichte der Menschheit zu einem nicht geringen Teile in fortlaufenden Unterdrückungen der Freiheit des Gewissens besteht? Ist damit nicht der Traum der Besten der Menschheit in Erfüllung gegangen, die für die Erreichung dieses Zieles nicht selten ihr Leben opferten? Darüber gibt es wohl bei allen freiheitlich gesinnten Bürgern nur eine Meinung. Die Frage ist nur, ob das so feierlich proklamierte Grundrecht der Gewissensfreiheit auch in vollem Umfang verwirklicht wurde und weiterhin verwirklicht wird; an schönen Grundsätzen, die die Machthaber ihren Völkern verkündeten, hat es noch nie gefehlt; es ist ja auch viel leichter, sie auszusprechen als sie in die Tat umzusetzen. Dieser unser Zweifel erweist sich überraschend schnell als begründet: Nur wenige Zeilen weiter, in Absatz 3 des gleichen Artikels — hinfort nur als „Absatz 3" zitiert — lesen wir zu unserem nicht geringen Erstaunen:

> „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."

Vielleicht meinen hier manche Leser, diese Vorschrift gebe doch keine Veranlassung zur Verwunderung, sondern vielmehr zur Freude und Genugtuung. Nun, wenn wir etwas genauer zusehen, dann drängt sich uns zunächst die Frage auf, warum man diese Bestimmung überhaupt in das Grundgesetz aufgenommen hat. Einmal verfügte die Bundesrepublik doch am 24. Mai 1949 — dem Tage des Inkrafttretens des Grundgesetzes — nicht über einen einzigen Soldaten; die erdrückende Mehrheit der Bundesbürger dachte damals auch nicht im Traum daran, daß wir in wenigen Jahren wieder ein Militär haben würden, geschweige denn die allgemeine Wehrpflicht, der gegenüber allein diese Bestimmung aktuell wird; unter den Vätern des Grundgesetzes müssen also sehr „vorausschauende" Leute gewesen sein! Aber auch aus rechtlichen Gründen wäre diese Bestimmung an sich völlig überflüssig gewesen, denn wenn die Freiheit des Gewissens schon einmal unverletzlich ist, bedarf es keiner weiteren Zusicherung mehr, sondern es ist dann eine glatte Selbstverständlichkeit, daß niemand zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Aber — und darin liegt nun der Haken — dies wäre nur eine selbstverständliche Folgerung. Eine weitere, ebenso selbstverständliche Konsequenz wäre, daß auch niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst ohne Waffe gezwungen werden dürfte. Diesem Gedanken wurde — aber nur scheinbar — durch das Gesetz vom 19. März 1956*) Rechnung getragen, das in den Artikel 12 des Grundgesetzes die Bestimmung einfügte, daß die Möglichkeit bestehen müsse, den Ersatzdienst außerhalb der Streitkräfte abzuleisten. Abgesehen davon, daß selbst diese auch nur eine Selbstverständlichkeit darstellende Bestimmung im Falle des Notstandes — s. unten unter IV. — schleunigst wieder aufgehoben werden soll, ist sie ungenügend. Will denn im Ernst jemand

*) BGBl. I, S. 111.

behaupten, daß „Kriegsdienst" nur in den Streitkräften geleistet werden könne? Man braucht nur an den Begriff „Totaler Krieg" zu erinnern, um klarzumachen, daß der moderne Krieg die aktive Mitwirkung des ganzen Volkes voraussetzt: Es kämpfen nicht nur die beiderseitigen Streitkräfte miteinander, sondern auch die von oben bis unten durchorganisierten und auf die Kriegsführung ausgerichteten Völker. Die Zahl derjenigen, die unmittelbar die Waffen bedienen, ist verhältnismäßig gering, die Zahl der inner- und außerhalb der Streitkräfte mittelbar für den Einsatz der Waffen Tätigen ist Legion. Unser Gewissen wurde durch die Vorgänge während der NS-Gewaltherrschaft ungemein geschärft. Die Überzeugung ist heute Allgemeingut geworden, daß nicht nur derjenige verantwortlich ist, der unmittelbar tötet, der die Granaten abschießt und die Bomben abwirft, sondern je nach Sachlage mehr oder weniger auch derjenige, der die geistige Vorarbeit für die Vorbereitung und Führung des Krieges und für die Herstellung und den Einsatz der Waffen leistet, der die Waffen mit seiner Hände Arbeit anfertigt, der sie zum Einsatz transportiert usw. usw. Im Kriege ist j e d e r Dienst, der das Funktionieren der Kriegsmaschine ermöglicht und sichert, Kriegsdienst. Auf jedes Rädchen kommt es an. So betrachtet, ist es im Grunde genommen eigentlich gleichgültig, ob der Kriegsdienst mit oder ohne Waffe und ob der Dienst ohne Waffe in Uniform oder in Zivil oder im Arbeitsanzug geleistet wird. Kriegsdienst bleibt Kriegsdienst.

Wenn der Verfassungsgesetzgeber einmal feierlich die Freiheit des Gewissens ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Einschränkung garantiert hat, kann er diese Freiheit nicht wieder dahin einschränken, daß Gewissensbedenken nur gegen den Kriegsdienst m i t der Waffe geltend gemacht werden können. Damit widerspricht der Verfassungsgesetzgeber nicht nur sich selbst (was er eben nicht kann und nicht darf), sondern diese Einschränkung ist auch an sich ein Ding der Unmöglichkeit: Entweder wird die Freiheit des Gewissens anerkannt oder nicht, ein Zwischending gibt es nicht. Das Gewissen ist die höchstpersönliche Angelegenheit jedes einzelnen Menschen. Der Staat, der die Freiheit des Gewissens anerkennt, kann die Entscheidung des Gewissens nur zur Kenntnis nehmen, er kann nicht die eine Gewissensentscheidung gutheißen oder wenigstens noch hinnehmen, die andere aber ablehnen, verdammen und unterdrücken. Wirft sich der Staat zum Lenker und Richter über die Gewissen auf, will er bestimmen, wann und wie sich das Gewissen regen darf und wann und wie nicht, dann kann von Gewissensfreiheit keine Rede mehr sein. Die Bestimmung des Absatzes 3 ist somit verfassungswidrig und deshalb nichtig, weil sie, obwohl im Grundgesetz selbst enthalten, dem in Absatz 1 als Grundrecht proklamierten fundamentalen Grundsatz der Unverletzlichkeit der Freiheit des Gewissens gröblichst widerspricht. Die Freiheit des Gewissens ist nur dann gewahrt, wenn der Staatsbürger auch den Kriegsdienst im weitesten Sinne, also jede Mitarbeit in der Kriegsmaschinerie, verweigern darf, falls sein Gewissen ihm dies gebietet. Und wenn das Gewissen wach und entwickelt ist, wird es sich folgerichtig auch nicht darauf beschränken, nur den Kriegsdienst mit der Waffe zu verbieten, sondern sich ebensosehr gegen jede mittelbare Unterstützung des Waffeneinsatzes wenden, es wird dem „Totalen Krieg" die „Totale Kriegsdienstverweigerung" entgegensetzen.

Wie aber die Dinge zur Zeit liegen, kommt es den Wenigen, die der Stimme ihres hochempfindlichen Gewissens mit letzter Konsequenz folgen, sehr teuer zu stehen. Die Gerichte verhängen schon jetzt — ohne Notstandsrecht — hohe Gefängnisstrafen ohne Bewährungsfrist gegen Ersatzdienstverweigerer, als welche, soviel ersichtlich, bis jetzt in der Hauptsache nur Zeugen Jehovas auftreten; ihre religiöse Lehre interessiert selbstverständlich hier in keiner Weise; es handelt sich ausschließlich um den Grundsatz der Freiheit des Gewissens. Aber nicht nur

drakonische Strafen drohen den totalen Kriegsdienstverweigerern, sondern auch noch persönliche Verunglimpfung. Man versucht sie, die kompromißlos und furchtlos für Menschlichkeit reinster Prägung eintreten und hiebei die größten Opfer auf sich nehmen, als die schlimmsten Unmenschen zu brandmarken, deren Einstellung sich durch die Parole charakterisieren lasse: „Laßt doch die Verwundeten verbluten!" wie dies z. B. die militante katholische Wochenzeitung „neue bildpost" in Nr. 18 vom 15. Mai 1963 getan hat. Daß die totale Verweigerung des Kriegsdienstes, bei der es überhaupt keine Kriegsverwundeten mehr gäbe und die Botschaft des „Friede auf Erden!" endlich Wirklichkeit würde, gerade gewissen „frommen" Christen als ein Ärgernis erscheint, muß ebenso befremden wie die Art und Weise, mit der die Gerichte über das fundamentale Grundrecht der Gewissenfreiheit hinweggehen. Dieser Vorwurf ist nicht nur gegen die unteren Gerichte zu erheben, sondern auch, was noch weit bedauerlicher ist, gegen das höchste Gericht der Bundesrepublik selbst. Das Bundesverfassungsgericht hatte sich in seinem Ersten Senat mit dem Problem der Kriegsdienstverweigerung zu befassen. In dem umfangreichen Beschluß vom 20. Dezember 1960*) wird das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Freiheit des Gewissens als solches nur ein einziges Mal erwähnt und auch dies nur aus völlig schiefem Blickwinkel. Statt dieses Grundrecht zur Grundlage der ganzen Untersuchung über das Recht der Kriegsdienstverweigerung zu machen, begnügt sich das Bundesverfassungsgericht mit der unfruchtbaren Feststellung, daß Absatz 1 die allgemeine (ideologische) Voraussetzung für Absatz 3 enthalte, — als ob sich das Grundgesetz mit philosophischen Deduktionen befassen würde und die Bedeutung des Absatzes 1 mit einer Funktion dieser Art erschöpft wäre! In Wirklichkeit beinhaltet doch gerade Absatz 1 ein ganz konkretes, unmittelbar geltendes, Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bindendes Gesetz, eben ein Grundrecht, und zwar ein solches von weittragendster Bedeutung. Das Bundesverfassungsgericht verkennt diese Tragweite des Absatz 1 so gründlich, daß es sich dann ausschließlich mit dem Recht auf Verweigerung des W a f f e n kriegsdienstes aus Gewissensgründen befaßt, als wäre diese Bestimmung — Absatz 3 — allein rechtlich relevant. Ja, das Bundesverfassungsgericht erblickt in Absatz 3 sogar noch eine Steigerung gegenüber Absatz 1, indem es gewissermaßen anerkennend hervorhebt, Absatz 3 garantiere die Freiheit einer Gewissensentscheidung „selbst" gegen den Kriegsdienst mit der Waffe. Tatsächlich wird Absatz 1 durch Absatz 3 nicht nur nicht entsprechend realisiert, sondern wesentlich eingeschränkt, ja praktisch fast wertlos gemacht, wenn man, wie das Bundesverfassungsgericht, die Bestimmung des Absatzes 3 als die speziellere und deshalb in der Praxis allein aktuelle ansieht, was aber eben rechtslogisch und rechtssystematisch eine Unmöglichkeit darstellt.

II

K r i e g s dienst gibt es nur i m K r i e g e. Scheinbar sehr entgegenkommend bestimmt das Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 — neueste Fassung vom 25. Mai 1962*) —, daß der anerkannte Kriegsdienstverweigerer auch schon den F r i e d e n s wehrdienst verweigern darf. Die Kehrseite der Medaille aber ist: Wer einmal berechtigt sein will, den Kriegsdienst zu verweigern, der m u ß bereits jetzt den Friedenswehrdienst verweigern. Es wird wenigstens schwerlich jemand annehmen, daß — wie die Rechtslage zur Zeit ist — ein Soldat, der den Friedenswehrdienst abgeleistet hat, bei Kriegsausbruch mit Erfolg den Waffenkriegsdienst verweigern könnte.

---

*) Entscheidungen des BVG. Band 12 S. 45 ff., Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen.

*) BGBl. I, S. 349.

Diese Regelung ist alles andere als sachlich und logisch. Einmal kann im Gewissen eines Menschen eine Wandlung vor sich gehen: Wer heute noch bereit ist, Waffenkriegsdienst zu leisten, kann morgen stärkste Gewissensbisse hiegegen empfinden. Vor allen Dingen kann man aber von einer echten Gewissensentscheidung nur sprechen, wenn sie unmittelbar angesichts der konkreten kritischen Lage ergeht, in der der Mensch am Scheidewege von „gut" und „böse" sich für das eine oder das andere entscheiden muß. Hier zeigt sich ja erst mit letzter Sicherheit, ob sich das Gewissen überhaupt regt und ob es obsiegt. Von dieser praktischen Gewissenserprobung sehr zu unterscheiden ist eine theoretische Gewissensbefragung, wie sich der Betreffende in einem gedachten in Zukunft möglicherweise eintretenden Falle verhalten würde. Der vom Gewissen zu beurteilende Sachverhalt ist in beiden Fällen völlig gleich. Nur ist er in dem ersten Falle real vorhanden, im zweiten dagegen wird seine Existenz nur angenommen. Die Antwort — Reaktion — des Gewissens kann hier jeweils völlig entgegengesetzt ausfallen: Einerseits sind die Menschen nur zu gerne bereit, sich theoretisch zu den schönsten Moralgrundsätzen zu bekennen, während sie im Ernstfall dann kläglich versagen, und andererseits finden sie aber auch nicht selten erst dann zu ihrem besseren Selbst, wenn sie in konkreter schwieriger Lage gezwungen sind, sich jenseits aller grauen Theorie verantwortlich für eine von zwei Möglichkeiten zu entscheiden.

Das Wehrpflichtgesetz hat nun eine echte Gewissensentscheidung in der Frage der Waffenkriegsdienstverweigerung dadurch unmöglich gemacht, daß es an die Stelle einer praktischen Gewissenserprobung eine theoretische Gewissensbefragung setzte. Der Gesetzgeber, der offensichtlich — wohl nicht ohne Grund — von einer bei Kriegsausbruch herbeizuführenden freien Gewissensentscheidung der Wehrpflichtigen ein — im Sinne der Kriegspartei — katastrophales Ergebnis befürchtete, verlegte die Gewissensäußerung einfach künstlich in einen ihm viel günstiger erscheinenden Zeitpunkt vor. Die Situation, die „Atmosphäre" ist im „tiefsten Frieden" — viele Mitbürger tun wenigstens so, als hätten wir ihn — ganz anders als bei Ausbruch des Krieges. Nicht wenige junge Menschen leben sorglos in den Tag hinein, sie sind zu bequem, um sich mit dem Phänomen des Krieges und insbesondere mit dem Problem der Kriegsdienstverweigerung einmal grundsätzlich auseinanderzusetzen, zumal sie dazu eine unmittelbare Veranlassung eben nicht gegeben sehen. Sie scheuen das „aus der Reihe tanzen", das Auffallen, die Scherereien des Waffenkriegsdienstverweigerungsverfahrens; es fehlt ihnen an Zivilcourage. Sie gehen zur Bundeswehr, weil fast alle anderen dies auch tun. Es locken auch die wirklich oder vermeintlich vorhandenen Annehmlichkeiten und Vorteile des Friedenswehrdienstes, wie das Uniformtragen, die Aussicht auf besseres berufliches Fortkommen usw., während andererseits der hohe Anforderungen stellende Ersatzdienst in Krankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten abschreckt. Und nicht zuletzt: Aus eigener Anschauung kennen die jungen Leute die Schrecken und den Wahnsinn des Krieges nicht mehr. Diejenigen Wehrpflichtigen aber, die doch Skrupel gegen einen ihnen möglicherweise bevorstehenden Waffenkriegsdienst verspüren, beschwichtigen ihr Gewissen mit der vagen Hoffnung, es werde schon nicht zum Kriege kommen, ja, sie steigern sich immer mehr in die Suggestion hinein, es könne doch einfach nicht zum Kriege kommen, weil dies ja auf beiden Seiten Selbstvernichtung bedeuten würde. Diese Erwägung ist zwar an sich zutreffend und begründet auch eine gewisse Hoffnung, eine Garantie aber, daß der Friede erhalten bleibt, kann sie in keiner Weise geben.

Ganz anders wäre die Situation, bräche nun wirklich der Krieg aus. Jetzt fiele eine furchtbare zentnerschwere Verantwortung auf die Schultern eines jeden ein-

zelnen, die wohl auch den meisten bewußt würde. Die Gefahr einer widernatürlichen Reaktion, daß nämlich Wehrpflichtige in einem Taumel pseudo-patriotischer Begeisterung oder aus weltanschaulichem Fanatismus früher gegen den Kriegsdienst gehegte Gewissenbedenken spontan zurückstellen würden, dürfte heute gering sein. Dagegen sollte man doch eigentlich erwarten, daß in unserem Volke, das zwei sinnlose Kriege mit größten Verlusten hinter sich hat und das noch aus dem letzten Kriege vieles gutzumachen hätte, die Abneigung gegen die Menschenschlächterei riesige Ausmaße annehmen würde, jedenfalls weit größere Ausmaße als vorher in Friedenszeiten. Aber dann ist es — zu spät . . .

Die Verweigerung des F r i e d e n s ersatzdienstes, die auf den ersten Blick — von der Rechtslage abgesehen — einer moralischen Berechtigung zu entbehren scheint, erfährt durch die erörterte Vorverlegung der Gewissensentscheidung ihre sittliche Rechtfertigung, da die Ableistung des Friedensersatzdienstes der Billigung des waffenlosen Kriegsdienstes gleichkommt.

III

Eine weitere äußerst einschneidende Bestimmung des Wehrpflichtgesetzes ist, daß nur derjenige als Wehrdienstverweigerer anerkannt werden darf, der sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an j e d e r Waffenanwendung widersetzt, also den Kriegsdienst schlechtweg, mit welchen Waffen auch immer und in welcher Konstellation und Situation auch immer, ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Einschränkung ablehnt. Die praktische Auswirkung: Wer z. B. erklärt, daß er „nur" eine Mitwirkung beim Einsatz von Bomben auf Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kinder, eine Mitwirkung bei der Anwendung von Atomwaffen vor seinem Gewissen nicht verantworten könne, wer erklärt, daß ihm sein Gewissen verbiete, als Deutscher auf Deutsche zu schießen, der darf nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden. Im Bundestag wurde der Antrag, § 25 des Wehrpflichtgesetzes statt der Gesetze gewordenen Formulierung

> „Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an j e d e r Waffenanwendung widersetzt . . ."

so zu fassen:

> „Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an d e r Waffenanwendung widersetzt . . ."

a b g e l e h n t. Dies bedeutete einen groben Verstoß gegen das Grundgesetz, das schlicht feststellt, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Wenn ein Deutscher sich weigert, auf Deutsche zu schießen, so ist dies nach Meinung der Mehrheit des Bundestages „nur" eine „spezielle" oder „situationsbedingte" Kriegsdienstverweigerung, die nicht den Schutz des Grundgesetzes genießt. Der Beschluß des Bundestages, die Formulierung „an jeder Waffenanwendung" beizubehalten, erging, nachdem der Verteidigungsausschuß mehrere Sachverständige, vor allem Vertreter der christlichen Kirchen (!), angehört hatte. Das Bundesverfassungsgericht hat in der oben unter I. angeführten Entscheidung diesen Stundpunkt leider bestätigt und § 25 Wehrpflichtgesetz als mit dem Grundgesetz vereinbar bezeichnet. Das ist aus den gleichen Gründen, die unter I. gegen die staatliche Mißachtung der sich gegen den waffenlosen Kriegsdienst wendenden Stimme des Gewissens angeführt wurden, einfach unhaltbar. „Situationsbedingt" ist eine e c h t e Gewissensentscheidung immer — s. oben unter II. —. Ein Wehrpflichtiger kann auch immer nur einen b e s t i m m t e n Kriegsdienst verweigern. Mit welchem Recht will der Staat das Bekenntnis zur absoluten Gewaltlosigkeit zur Voraussetzung der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer machen? Die Gewissensfrage, die sich dem

Wehrpflichtigen stellt, wird einzig und allein von der geschichtlichen Situation formuliert; der Staat ist in keiner Weise befugt, diese Gewissensfrage nach seinem Gutdünken umzumodeln, sie also zum Beispiel künstlich zu erweitern, indem alle theoretisch nur irgendwie denkbaren Fälle kriegerischer Verwicklungen in sie einbezogen werden. Dies ist noch abwegiger, wenn für ihre Verwirklichung nicht die allergeringste Wahrscheinlichkeit besteht. Es lassen sich ja unschwer Situationen k o n s t r u i e r e n, sog. Fangfragen, bei denen der eine oder andere Kriegsdienstverweigerer versucht ist, zu erklären, daß er unter diesen Umständen doch kämpfen würde. Ist es schon unzulässig, wenn vom Wehrpflichtigen eine auf theoretischer Grundlage basierende Gewissensentscheidung verlangt wird — s. oben unter II. —, dann ist es noch verfehlter, zu fordern, daß der Wehrpflichtige für jede von einer blühenden Phantasie ausgeheckte Kriegsmöglichkeit den Wehrdienst verweigern müsse, wenn er als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden wolle. Die Wehrpflichtigen sind auch in der Mehrzahl der Fälle überfordert, wenn von ihnen philosophische Erörterungen verlangt werden; sie urteilen naturgemäß vom Standpunkt der konkreten Lage aus, sie gehen von den realen Gegebenheiten aus, nicht von theoretischen Möglichkeiten. Die konkrete Lage für Deutschland aber ist die folgende: Falls die Bundesrepublik Deutschland in einen Krieg verwickelt würde, wäre es nicht eine von vielen Möglichkeiten, sondern die in jedem Fall eintretende Lage, daß auf der Gegenseite die DDR stünde, d. h. daß Deutsche auf Deutsche schießen würden. Die „situationsbedingte" Kriegsdienstverweigerung, als Deutscher nicht auf Deutsche schießen zu wollen, ist also unter den gegebenen Umständen sogar i d e n t i s c h mit der Verweigerung des praktisch allein in Frage kommenden Kriegsdienstes überhaupt. Das Bundesverfassungsgericht, das in der mehrfach erwähnten Entscheidung der „situationsbedingten" Kriegsdienstverweigerung die Anerkennung versagte, sah sich außerstande, die Gegenargumente zu entkräften; in seiner Verlegenheit griff es zu einer eigenartigen Konstruktion; es erklärte: Die M o t i v e, aus denen heraus die Beteiligung an j e d e r Waffenanwendung abgelehnt würde, dürften der h i s t o r i s c h - p o l i t i s c h e n S i t u a t i o n entnommen werden; Kriegsdienstverweigerer, die nicht zu den grundsätzlichen Pazifisten zählten, müßten sogar so verfahren. Auf Grund dieser Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts stellt sich die augenblickliche Rechtslage wie folgt dar: Wer erklärt, er verweigere den Kriegsdienst, weil er im Kriege als Deutscher auf Deutsche schießen müßte, nach der Wiedervereinigung Deutschlands sei er dagegen bereit, Soldat zu werden, darf nicht als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt werden und wird gegebenenfalls gezwungen, gegen sein Gewissen zu handeln. Wer aber durch den Umstand, daß im nächsten Kriege Deutsche auf Deutsche schießen müßten, zum tieferen Nachdenken angeregt wurde und so zu dem grundsätzlichen Entschluß kam, den Kriegsdienst h i e r u n d j e t z t a l l g e m e i n abzulehnen, hat Aussicht, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Dieser Auffassung müssen wir widersprechen: Sicherlich ist derjenige, der den Kriegsdienst allgemein schlechtweg verweigert, der Konsequentere, allein auch der situationsbedingt handelnde Kriegsdienstverweigerer gehorcht der Stimme seines Gewissens, und er hat in gleicher Weise Anspruch darauf, daß ihm Gewissenfreiheit gewährt wird. Darum allein geht es hier.

IV

Wenn wir die hier bekämpften Bestimmungen des Grundgesetzes und des Wehrpflichtgesetzes als das charakterisieren wollen, was sie in Wirklichkeit sind, so müssen wir sie als die ersten und als eine der grundlegendsten N o t s t a n d s g e s e t z e bezeichnen, die bereits 1949 bzw. 1956 in aller Stille eingeführt wur-

den, ohne daß dieses ihr eigentliches Wesen bemerkt wurde. Mit den drei grundgesetzwidrigen Regelungen von weittragendster Bedeutung:

- **Einschränkung der gewissensbedingten Kriegsdienstverweigerung auf den Dienst mit der Waffe —**
- **Ersatz einer echten Gewissensentscheidung in der Frage der Kriegsdienstverweigerung durch theoretische Gewissensbefragung und**
- **Nichtanerkennung der „speziellen", „situationsbedingten" Kriegsdienstverweigerung**

wurde die wichtigste Vorarbeit auf militärisch-personellem Gebiet für den „Ernstfall" geleistet, so gut geleistet, daß in dem Entwurf der Notstandsverfassung von „Kriegsdienstverweigerung" ausdrücklich überhaupt nicht mehr die Rede ist und nicht mehr zu sein braucht. Daß der nächste Krieg nicht an Kriegsdienstverweigerung scheitern wird, steht bereits heute vor Erlassung der offen als Notstandsgesetze bezeichneten Gesetze fest, wenn unser Volk sich nicht doch noch eines besseren besinnt!

Dem Notstandsgesetzgeber bleibt nur noch übrig, die letzte „Lücke" zu schließen, was natürlich nunmehr prompt geschehen soll. Wie erwähnt, muß nach Artikel 12 Absatz 2 des Grundgesetzes die Möglichkeit bestehen, daß der Ersatzdienst der Kriegsdienstverweigerer auch außerhalb der Streitkräfte abgeleistet werden kann. In dem Entwurf der Notstandsverfassung ist vorgesehen, daß die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland über das nach Artikel 12 Absatz 2 Grundgesetz zulässige Maß hinaus zu Dienst- und Werkleistungen verpflichtet werden können, auf deutsch: Es kann bestimmt werden, daß der Ersatzdienst innerhalb der Streitkräfte zu leisten ist. So wird sich dann eine geradezu groteske, paradoxe Situation ergeben: In Friedenszeiten darf der Wehrdienstverweigerer den Ersatzdienst außerhalb der Streitkräfte ableisten, im Kriege — worauf es doch letzten Endes allein ankommt —, wird er gezwungen, in den Streitkräften Dienst zu tun! Da wundert es uns naturgemäß nicht mehr, daß im Entwurf der Notstandsverfassung von „Gewissensfreiheit", von Zivildienstverweigerung aus Gewissensgründen mit keinem Wort die Rede ist. Es wird also dann so sein, daß die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nur davon befreit sind, die Mordinstrumente selbst zu bedienen, daß sie aber innerhalb und außerhalb der Streitkräfte alle Arbeiten verrichten müssen, die indirekt das Wüten dieser Mordinstrumente ermöglichen. Das wird dann das Ende der einst so hoffnungsvoll gestarteten Idee der Kriegsdienstverweigerung sein. So sieht dann die Verwirklichung des Grundrechts der Freiheit des Gewissens in der Praxis aus! So wird es voraussichtlich kommen. Aber es muß nicht so kommen. Jetzt ist noch Zeit, etwas dagegen zu tun. Allerdings ist es höchste Zeit. Fordern wir laut und ohne Unterlaß von den Verantwortlichen in Regierung und Parlament: „Geben Sie endlich Gewisensfreiheit!"

Oberkirchenrat D. D. Heinz Kloppenburg

Der 28. August 1963 in Washington

Die große Demonstration für die Gleichberechtigung der Farbigen *)

Rundfunk und Fernsehen hatten am Morgen des Tages nicht unfreundlich, aber mit einer gewissen Zurückhaltung ihre Vorausschau gegeben; am Abend hatte sich der Ton völlig gewandelt, und man sprach von dem Geist Abraham Lincolns und Thomas Jeffersons, der diesen außerordentlichen Tag bestimmt hätte. Die Scharen der zurückflutenden Teilnehmer, unter denen ich mich am Abend des 28. August auf dem überfüllten Bahnhof in Washington fand, waren geprägt von einer heiteren Gelockertheit der Haltung, von einer durch alle Müdigkeit hindurchstrahlenden Zuversicht, und waren so fern von jeder Hast, daß sich der Andrang zu den Zügen wie ein fröhliches Volksfest gestaltete. Es hatte überhaupt der ganze Tag teilweise volksfestähnliche Züge. Man lagerte auf den weiten Flächen vor dem Lincoln Memorial, man sang Spirituals, und auch der festgefügte Rhythmus der Rufe: „We want f r e e d o m, and we want it n o w!" klang mehr wie ein wirklicher Anruf an das Gewissen der Nation als wie eine Drohung. Man wußte, daß einige Senatoren kommen würden; man wußte ebenso gut, daß die Mehrzahl der Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments erklärt hatte, daß Massendemonstrationen ihre Entscheidungen nicht beeinflussen würden. Man wußte auch, daß Präsident Kennedy am Spätnachmittag die Führer der Demonstration empfangen würde. Dies war ja keine Demonstration gegen ein Gesetz, sondern eine Demonstration dafür, daß die bestehenden Gesetze endlich erfüllt würden. In seinem Buch „The Fire Next Time" beschreibt James Baldwin in ähnlicher Weise, wie es Martin Luther King in seinem denkwürdigen Brief aus dem Gefängnis von Birmingham getan hat, die Empfindungen eines jungen Negers, der in Amerika aufwächst: „Die Welt ist weiß, und wir sind schwarz. Weiße Menschen haben die Macht in Händen, und das heißt, daß sie höhere Wesen sind als die Schwarzen. Das hat Gott so gewollt, und die Welt hat unendlich viele Mittel und Wege, diesen Unterschied zur Geltung zu bringen und zu bewirken, daß man ihn sieht und fürchtet. Lange schon, ehe das Kind eines Negers diesen Unterschied erkennt, und sehr viel früher, als es ihn versteht, hat es schon auf ihn zu reagieren und wird von ihm bestimmt ... Es muß gehorsam sein, nicht nur um seinen Eltern zu gefallen, und nicht nur, damit man es nicht bestraft. Hinter ihrer Autorität steht eine andere, eine namenlose, unpersönliche Autorität, bei der es sehr viel schwerer ist, angenommen zu werden, und deren Wesen unendliche Grausamkeit ist ... Die Furcht, die ich in meines Vaters Stimme spürte, als er merkte, daß ich wirklich glaubte, ebenso viel zu können wie ein weißer Junge, und daß ich entschlossen war, das auch zu beweisen, war eine ganz andere Furcht als die, die ich spürte, wenn einer von uns krank war oder die Treppe hinunterfiel oder sich zu weit vom Haus entfernte. Es war eine andere Furcht, eine Furcht, daß das Kind, wenn es den Wettbewerb mit der weißen Welt aufnahm, sich selber auf den Weg der Zerstörung begab." Von dieser Furcht wollen die Neger in Amerika ihre Kinder befreien, und deshalb ist der Ruf von Washington wirklich ein Ruf nach Freiheit und Menschenwürde.

Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß bis zur Stunde die Bewegung der Neger bestimmt wird durch die Haltung der Gewaltlosigkeit und der Versöhnung. Aber jeder spürte in Washington, daß dieser Appell des 28. August an die großen Ideale der amerikanischen Nation, diese Erinnerung an Lincolns Worte:

*) Vgl. auch „Dokumente zum Zeitgeschehen".

„Diese Nation kann nicht zur Hälfte aus Sklaven und zur Hälfte aus Freien bestehen", nun wirklich eine letzte Mahnung an die Gewissen war. Die Gewißheit, die in den Liedern immer wiederkehrte: „O deep in my heart we do believe we shall overcome someday", ist noch die Gewißheit eines großen, versöhnungsbereiten Herzens. Aber das kann sich schnell ändern, wenn sich die Bombenwürfe auf Kirchen wiederholen, und im Hintergrund der jetzigen Führerschaft warten radikale Gruppen wie die Black Muslims auf ihren Tag. Es hat am 28. August keine Verhaftungen gegeben bis auf die eines amerikanischen Nazis, der zwar versprochen hatte, die Versammlung nicht zu stören, dessen Anwesenheit die Polizei aber doch zu dieser Vorsichtsmaßnahme veranlaßte.

Ich war in jenen Tagen auf kirchlichen Konferenzen in Rochester und bei kleineren Tagungen in den Oststaaten. Überall sah man Menschen mit dem weißen Abzeichen der Teilnehmer am Marsch, und maßgebliche amerikanische Kirchenführer unterbrachen selbst ihre Teilnahme an der Sitzung des Zentralkomitees der Ökumene, um in Washington dabei zu sein. An ihrer Seite standen Führer der amerikanischen Gewerkschaften wie Walter Reuther. Es ist sehr schwierig abzuschätzen, wie hoch der Prozentsatz der weißen Teilnehmer am Marsch war. Angaben, die von 25—30 % sprechen, dürften zutreffen. Man kann noch gar nicht ermessen, was die Bezeugung dieser Solidarität für die inneramerikanische Entwicklung bedeuten wird. Wenn irgendwo eine Hoffnung besteht — und es gibt eine große Hoffnung auf friedliche Lösung —, dann wird sie bestärkt durch diese Gemeinschaft.

Für manche Christen in Europa scheint es unerhört zu sein, daß Christen in Amerika auf diese Weise demonstrieren. Wann wäre das bei uns denkbar, daß in einer ähnlichen Sache der katholische Erzbischof wie in Washington eine solche weltliche Demonstration mit Gebet und Segen eröffnete, daß eine Ansprache wie die von Martin Luther King von einem protestantischen Pfarrer gehalten und die Delegation der Kirchen von einem der leitenden Kirchenmänner angeführt wird?!

Es ist wichtig zu hören, was die Führer der Kirchen und der Gewerkschaften sagten. Ich zitiere nachstehend einige Stellen aus der Rede von E. C. Blake von der United Presbyterian Church in Amerika, bis 1957 Präsident des National Council of Churches, der in diesem Sommer in Baltimore wegen Teilnahme an einer Demonstration der Neger verhaftet worden war:

> „Ich wünschte von Herzen, daß ich für alle Protestanten, Anglikaner und orthodoxen Christen sprechen könnte, so wie ich spreche im Namen der vollen Gerechtigkeit und der Freiheit für alle, die unter der amerikanischen Flagge geboren wurden oder leben. Aber genau darum geht es. Wenn alle Mitglieder und alle Pfarrer der Kirche, die ich heute hier vertrete, bereit wären, aufzustehen und mit euch für sichere Arbeitsplätze und Freiheit für die Gemeinschaft der Neger zu marschieren, gemeinsam mit der ganzen katholischen Kirche und allen Synagogen in Amerika, dann wäre der Kampf um Bürgerrechte und Würde schon gewonnen.
>
> Ich bin hier als offizieller Vertreter der Kommission für Religions- und Rassenfragen des National Council of Churches. Seit vielen Jahren haben dieser Rat der Kirchen und viele Mitgliedskirchen alles gesagt, was über die Bürgerrechte zu sagen war. Unsere offiziellen Verlautbarungen haben ganz eindeutig ‚eine Kirche mit voller Gleichberechtigung in einer Gesellschaft der Gleichberechtigung' gefordert. Aber heute, am 28. August 1963, haben wir weder eine Kirche mit Gleichberechtigung noch eine Gesellschaft mit Gleichberechtigung.
>
> Daß wir 100 Jahre nach der Sklavenbefreiung, 175 Jahre nach Annahme der Verfassung, 173 Jahre nach Annahme des Gesetzes über die Bürgerrechte der Vereinigten Staaten von Amerika immer noch in der Rassenkrise leben, liegt auch mit daran, daß die Kirchen in Amerika es nicht fertig gebracht haben, ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen.

Wir kommen deshalb hierher zum Lincoln-Denkmal nicht mit einem arroganten Gefühl der moralischen oder geistlichen Überlegenheit, um die Nation zurechtzuweisen oder das amerikanische Volk im Ganzen oder in einzelnen Teilen anzuklagen oder zu verurteilen. Aber wir kommen — und wir kommen spät, sehr spät — in dem Geist der Versöhnung und der Buße, in dem Abraham Lincoln einst sagte: ‚Sagt niemals, Gott ist auf unserer Seite, sondern betet darum, daß ihr an der Seite Gottes gefunden werden möget.'

Wir kommen in der Furcht Gottes, die Thomas Jefferson aus Virginia, dessen Standbild drüben auf der anderen Seite dieses Sees steht, bewegte zu sagen: ‚Wahrlich, ich zittere für mein Land, wenn ich bedenke, daß Gott ein gerechter Gott ist.'

Ja, wir kommen, um mit euch unter jenen erstaunlich tüchtigen Führern der amerikanischen Neger zu marschieren. Wir kommen, um heute zu bekennen: hier sind wir, um ‚unsere Leiber und Seelen zu begeben zu einem Opfer, das da lebendig, heilig und Gott wohlgefällig sei, als zu dem vernünftigen Gottesdienst', in einer Art sichtbarem und fühlbarem Sakrament, das allein in diesen unseren Zeiten einer verwirrten Welt die Gnade bezeugen kann, die ihr bereitet ist am Tisch des Herrn oder am hohen Altar."

Ich zitiere weiter Walter P. Reuther, Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft und maßgebliches Mitglied in der Leitung der zentralen Gewerkschaften in den USA:

„... 100 Jahre lang hat sich der Neger um die vollen Bürgerrechte bemüht, und ich glaube, daß er weder warten kann noch warten darf auf irgendeine ferne Zukunft, in der die Zusagen unserer Verfassung verwirklicht werden. Er muß seine Freiheit fordern, und zwar jetzt und heute. Es gehört zur politischen Verantwortung jedes Amerikaners, die Ungeduld der Neger zu seiner eigenen zu machen. Wir müssen zusammenkommen, wir müssen miteinander marschieren, wir müssen gemeinsam arbeiten, bis wir die tiefe Kluft zwischen den edlen Zusagen der amerikanischen Demokratie und der häßlichen Praxis in der Frage der Bürgerrechte überbrückt haben ... Für mich ist die Frage nach der Gleichberechtigung eine sittliche Frage, die über alle parteipolitischen Fragen hinausreicht, und diese Versammlung heute sollte der erste Schritt in einer umfassenden Bemühung sein, das sittliche Gewissen Amerikas wachzurufen und die Parlamentarier der beiden Parteien aufzufordern, über ihre Differenzen hinweg die Gesetzgebung für volle Bürgerrechte jetzt zu vollziehen. Präsident Kennedy hat ein umfassendes und gemäßigtes Gesetz vorgeschlagen. Das ist der erste sinnvolle Schritt. Aber er muß verstärkt werden ... Die Frage nach gleichen Arbeitsplätzen ist schwierig und doch entscheidend. Wir werden weder die Frage der Erziehung, der Wohnungen, noch die der Aufnahme in Hotels und andere Plätze lösen können, solange Millionen amerikanischer Neger von der Wirtschaft als zweitklassig angesehen werden, und solange ihnen der Weg in bestimmte Positionen verschlossen bleibt. Ich trete deshalb für die Bürgerrechte ein, weil es sich menschlich so gehört, weil sie die sittliche Grundlage unseres öffentlichen Lebens sind, und auch darum, weil ich glaube, daß man die Freiheit nicht teilen kann. Niemand kann die Freiheit auf seine Person beschränken, und wenn ein staatlicher Sicherheitskommissar mit Polizeihunden und Wasserwerfern die Freiheit in Birmingham zerstört, dann zerstört er auch meine Freiheit in Detroit. Diese Versammlung ist nicht das Ende, sondern ein Anfang. Sie ist der Anfang eines großen moralischen Kreuzzugs, durch den Amerika zur Arbeit an dem noch nicht vollendeten Werk der Demokratie aufgerufen wird. Der Kongreß muß handeln, und nachdem er seine Gesetze erlassen haben wird, wird uns noch viel zu tun bleiben."

Schließlich sei noch die Stimme Martin Luther Kings zitiert, der ohne Zweifel diese Versammlung entscheidend prägte:

„Jetzt ist der Zeitpunkt da, an dem die Grundsätze der Demokratie zur lebendigen Wirklichkeit werden. Jetzt ist der Zeitpunkt da, an dem es gilt, herauszu-

kommen aus dem dunklen und verlassenen Tal der Absonderung, und den hellen Weg der Gerechtigkeit für alle Rassen zu beschreiten. Jetzt ist der Zeitpunkt da, an dem es gilt, unsere Nation aus dem Treibsand der rassischen Ungerechtigkeit herauszuführen, um ihr Leben auf den granitenen Felsen der Brüderlichkeit fest zu gründen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem das Wort von der Gerechtigkeit für alle Kinder Gottes Wirklichkeit wird.

Es wird weder Ruhe noch Rast in Amerika geben, bis dem Neger die vollen bürgerlichen Rechte zugebilligt werden. Die Stürme des Aufruhrs werden die Grundfesten unseres Volkes erschüttern, bis der helle Tag der Gerechtigkeit anbricht. Und das muß ich meinem Volk sagen, das an der Schwelle der Tür steht, die in das Haus der Gerechtigkeit führt: In allem, was wir tun, um den Platz zu gewinnen, der uns zusteht, dürfen wir uns keiner Handlung des Unrechts schuldig machen. Immer wieder müssen wir die majestätische Höhe erreichen, auf der wir äußerer Gewalt mit der Kraft der Seele begegnen. Der wunderbare, neue, kämpferische Geist, der die Gemeinschaft der Neger ergriffen hat, darf uns nicht dazu führen, daß wir allen Weißen mißtrauen. Viele unserer weißen Brüder — und das beweist ihre Anwesenheit heute in unserer Mitte — sind zu der Einsicht gekommen, daß ihre Zukunft mit der unseren untrennbar verbunden ist. Es gibt Leute, die uns, die wir der Sache der Bürgerrechte verpflichtet sind, fragen: ‚Wann werdet ihr endlich zufriedengestellt sein?' Wir können niemals zufriedengestellt sein, ehe nicht der Neger aufgehört hat, Opfer unaussprechlicher Schrecken und polizeilicher Brutalität zu sein. Wir können nicht zufriedengestellt sein, solange man nicht bereit ist, unsere nach langer Reise müden Leiber in den Motels der Landstraßen und den Hotels der großen Städte aufzunehmen. Wir können niemals zufriedengestellt sein, solange man unseren Kindern durch die Sperrvermerke ‚Nur für Weiße' ihre Freiheit und Würde raubt. Wir können nicht zufriedengestellt sein, solange der Neger in Mississippi nicht das Stimmrecht hat, und solange der Neger in New York niemanden hat, den er wirklich wählen möchte. Nein, wir können nicht aufhören, und wir werden nicht müde werden, ehe nicht das Recht wie ein Wasserfall hereinbricht und die Gerechtigkeit über uns kommt wie ein mächtiger Strom.

Ich weiß wohl, daß manche unter euch hierhergekommen sind aus großer Bedrängnis und Trübsal. Einige von euch kommen geradewegs aus den engen Wänden eines Gefängnisses. Arbeitet weiter und wißt, daß die Ehre des Leidens Versöhnung heißt. Geht zurück nach Mississippi, geht zurück nach Alabama, geht zurück nach Südkarolina, zurück nach Georgia und Louisiana, geht zurück in die Elendsviertel und Gettos unserer großen Städte im Norden und wißt, daß alles dort anders werden kann und anders werden wird. Laßt uns nicht verzagen im Tal der Verzweiflung!

Und jetzt sage ich euch, meine Freunde, im Angesicht all der Schwierigkeiten von heute und von morgen, daß ich trotz allem einen Traum in mir trage. Es ist ein Traum, der tief verwurzelt ist im Traum ganz Amerikas. Ich habe einen Traum, der mir sagt, daß eines Tages diese Nation aufwachen und ihr Bekenntnis lebendig erfüllen wird, das da sagt: ‚Wir glauben, daß diese Wahrheiten für sich selber sprechen: daß alle Menschen gleich geschaffen sind.'

Ich habe einen Traum, daß eines Tages auf den roten Hügeln Georgias die Söhne der früheren Sklaven und die Söhne der früheren Sklavenhalter zusammensitzen können am Tisch der Brüderlichkeit. Ich habe einen Traum, daß eines Tages selbst der Staat Mississippi, in dem Ungerechtigkeit schwelt und mit dem Feuer der Unterdrückung ihr Wesen treibt, sich in eine Oase der Freiheit und Gerechtigkeit verwandeln wird. Ich habe einen Traum, daß meine vier kleinen Kinder eines Tages in einem Volk leben werden, in dem man sie nicht nach ihrer Hautfarbe behandeln wird, sondern nach dem, was ihr Charakter aus ihnen macht.

Das ist unsere Hoffnung. Das ist mein Glaube. Und ich werde in den Süden zurückkehren mit, ja mit diesem Glauben, daß wir den Berg der Verzweiflung verwandeln können in einen Felsen der Hoffnung."

Felix Molitor

Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern (II) *

Proportionen

Eine Übersicht darüber, welche Fakten der Zeitgeschichte in der Darstellung der Schulgeschichtsbücher berücksichtigt und welche dem „Mut zur Lücke" geopfert werden, kann über die Tendenz eines Gesichtsbuches bereits Aufschluß geben, doch ist daraus noch nicht zu ersehen, welches Gewicht diesen und jenen Fakten beigemessen wird und in welchen Verzerrungen die Fakten unter Umständen geboten werden. Welches Gewicht einem Faktum beigemessen wird, läßt sich jedoch mit einiger Sicherheit daraus ersehen, wieviel Zeilen oder Seiten — verglichen mit dem für andere Fakten benötigten Raum — seiner Darstellung und Erörterung gewidmet werden. Wenn zum Beispiel — wie in der „Geschichte der Neuesten Zeit" — die harten Bedingungen, die Deutschland im Waffenstillstands- und im Friedensvertrag nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt wurden, auf 4 Seiten aufgeführt werden, die harten Bedingungen aber, die Deutschland im Jahre 1918 Rußland, im Jahre 1939 Polen und im Jahre 1940 Frankreich aufzwang, auf insgesamt nur einer Seite behandelt werden, so liegt der Verdacht nahe, daß hier die Geschichte Europas (die Verfasser beschränken sich nicht auf die deutsche Geschichte) aus germanozentrischer Sicht geschrieben wird.

Während in fast allen Geschichtsbüchern dem Kriegsgeschehen breiter Raum gegeben und kaum ein Detail vernachlässigt wird, werden die verschiedenen Stadien und Formen des Terrors, die deutsche und europäische Widerstandsbewegung, Hitlers Wegbereiter und Diener nur en passant erwähnt oder gar völlig verschwiegen. Das eben erwähnte Buch, „Geschichte der Neuesten Zeit", schildert den Verlauf beider Weltkriege auf etwa 30 Seiten, die Judenverfolgung aber behandelt es in 20 Zeilen. Das Volksschulbuch „Einst und Jetzt" räumt dem Zweiten Weltkrieg 11 Seiten ein, der Innenpolitik Hitlers nur eine knappe Seite. Und selbst das sonst recht objektive Buch „Deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang" bringt die Etappen des Zweiten Weltkrieges auf 8 Seiten, während die Widerstandsbewegung auf 14 Zeilen zusammengedrängt wird.

Die beschämende Einseitigkeit in der Darstellung und Beurteilung der einerseits von Deutschland und andererseits von seinen Gegnern begangenen Untaten wird schon in der Raumaufteilung sichtbar. Die Bombardierung von Städten wie Warschau, Rotterdam und Coventry durch die deutsche Luftwaffe wird in dem Buch „Lebendige Vergangenheit V" in fünf allgemein gehaltenen Zeilen mehr angedeutet als ausgesprochen, die Zerstörung deutscher Städte durch gegnerische Luftangriffe aber wird eindringlich in 30 Zeilen geschildert. Das Volksschulbuch „Der Mensch im Wandel der Zeiten" schildert das zweifellos harte Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten bewegt und voller Anteilnahme auf 7 Seiten, über den deutschen Besatzungsterror dagegen lassen sich die Verfasser in 5 nüchternen Zeilen aus. In dem Band „Die Neueste Zeit" werden zwar in der neuen Auflage dem Kriegs- und Besatzungsterror 30 Zeilen (Auflage 1959: keine Zeile) gewidmet, doch zeigt der Vergleich mit dem Flüchtlingsproplem, das auf 3 Seiten dargelegt wird, ein krasses Mißverhältnis, das ebenso bei der Behandlung der Deportationen sichtbar wird: die Verschleppung von Zwangsarbeitern durch die Deutschen wird in 4 Zeilen, die Verschleppung Deutscher nach

*) Vgl. Heft 9/63 der „Blätter".

Rußland hingegen in 22 Zeilen behandelt. Der Oberstufenband „Grundzüge der Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart" erwähnt in einer einzigen Zeile die Ausplünderung der besetzten Gebiete und die Deportationen von Zwangsarbeitern; über die Demontage durch die Alliierten wird in 12 Zeilen referiert — nicht mehr Raum wird dem Ende der Weimarer Republik gegeben.

Daß durch solche Proportionen die Schwergewichte verschoben werden, daß Ephemeres aufgewertet und Geschichtsbildendes abgewertet wird, ist offensichtlich. Nicht nur, daß solche Manipulationen dem Schüler ein verzerrtes Bild von der Geschichte vermitteln — er wird auch zu falschen Schlußfolgerungen verleitet. Wie soll der Schüler Wesentliches von Unwesentlichem unterscheiden lernen, wenn beidem die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird? Wie können die Untaten seiner Väter den Schüler nachdenklich stimmen, wenn ihm die Untaten anderer auf größerem Raum aufgezählt, wenn die organisierten und dem System immanenten Greueltaten der Nazis von den zufälligen und situationsbedingten der Nazi-Gegner überwuchert werden?

Übersicht: Proportionen in westdeutschen Geschichtsbüchern

Geschichtsbücher	I. Weltkrieg	Weimarer Republik	Drittes Reich (davon II. Weltkrieg)	Hitlers Innenpolitik	Terror, KZ, Judenverfolgung	Widerstandsbewegung	Kriegsterror, Versklavung, Ausplünderung	Flucht u. Vertreibung aus dem Osten
1.	2 Seiten	3½ Seiten	6 (2) Seiten	1 Seite	20 Zeilen	16 Zeilen	3 Zeilen	9 Zeilen
2. Ober-	8 Seiten	10 Seiten	18 (8) Seiten	2½ Seiten	44 Zeilen	14 Zeilen	28 Zeilen	15 Zeilen
3. stufe	11 Seiten	15 Seiten	40 (18) Seiten	2½ Seiten	2½ Seiten	1½ Seiten	12 Zeilen	18 Zeilen
4.	2½ Seiten	12 Seiten	9 (3) Seiten	1 Seite	18 Zeilen	7 Zeilen	3 Zeilen	13 Zeilen
5.	12 Seiten	17 Seiten	33 (17) Seiten	4 Seiten	35 Zeilen	30 Zeilen	3 Zeilen	25 Zeilen
6. Mittel-	9 Seiten	14 Seiten	23 (9) Seiten	3 Seiten	42 Zeilen	30 Zeilen	15 Zeilen	30 Zeilen
7. stufe	3 Seiten	12 Seiten	25 (10) Seiten	3 Seiten	2½ Seiten	1½ Seiten	10 Zeilen	23 Zeilen
8.	12 Seiten	17 Seiten	49 (20) Seiten	4 Seiten	2½ Seiten	2 Seiten	35 Zeilen	3 Seiten
9. Volks-	3 Seiten	5½ Seiten	12 (4) Seiten	3 Seiten	17 Zeilen	25 Zeilen	6 Zeilen	24 Zeilen
10. schule	8 Seiten	10 Seiten	23 (11) Seiten	1 Seite	1 Seite	15 Zeilen	5 Zeilen	10 Zeilen
11.	1 Seite	4 Seiten	29 (6) Seiten	1½ Seiten	3½ Seiten	5½ Seiten	5 Zeilen	7 Seiten

Anmerkung: Bei den Angaben nach Zeilen sind Fotos und Graphiken nicht berücksichtigt worden.

Querschnitte

Nach den Einzelanalysen und den Hinweisen auf die Proportionen in bundesdeutschen Geschichtsbüchern wollen wir uns nun bestimmten wesentlichen Fragen der Zeitgeschichte und ihrer Behandlung in den Geschichtsbüchern zuwenden. Haben wir bei den Einzelanalysen sozusagen Längsschnitte durch die Zeitgeschichte gelegt, Buch für Buch umrißhaft analysiert, so ziehen wir nun Querschnitte, reihen zeitgeschichtlich wesentliche Fragen in chronologischer Folge aneinander und zeigen anhand von Zitaten, wie die Verfasser der von uns geprüften Geschichtsbücher die jeweils anstehende Frage behandeln. Da wir dabei oft ins Detail gehen müssen, beschränken wir uns auf negative Beispiele, d. h. auf solche Beispiele, die einer objektiven Betrachtung widersprechen und einer klaren Beurteilung und entschiedenen Stellungnahme ermangeln.

Beginnen wir mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Dazu ist festzustellen, daß die „Dolchstoßlegende" erfreulicherweise nicht mehr aufgetischt wird. Sie mußte jedoch einem Mythos weichen: dem Mythos vom tapferen deutschen Soldaten, der, nur weil die ganze Welt gegen ihn stand, unterliegen mußte, aber in Ehren. So steht in dem Mittelschulbuch „Lebendige Vergangenheit V" bei der Besprechung des Schlieffen-Plans:

„Die französisch-russischen Truppen waren den deutsch-österreichischen zahlenmäßig weit überlegen (5:3)."

Das Volksschulbuch „Einst und Jetzt" belehrt die Zwölf- bis Vierzehnjährigen folgendermaßen:

„Gegen Ende des Krieges kamen auf einen deutschen Soldaten vier Gegner, auf eine deutsche Granate zwanzig feindliche."

Drei Seiten zuvor wird den Volksschülern durch das Medium eines Kriegstagebuches mitgeteilt:

„In der weiten Ebene lassen wir die Pferde laufen. Die Feinde flüchten wie die Hasen."

Das alles ist nun wirklich nicht mehr weit entfernt von den chauvinistischen Versen, die an der Düsseldorfer Rheinpromenade auf einem Denkmal für ein Ulanenregiment zu lesen sind:

„Wenn tausend einen Mann erschlagen,
das ist nicht Ruhm, das ist nicht Ehr',
denn heißen wird's in spät'ren Tagen:
gesiegt hat doch das deutsche Heer."

In der „Geschichte der Neuesten Zeit" finden sich sogar noch Rudimente der „Dolchstoßlegende". Zumindest geben die Verfasser eine falsche Vorstellung von den Möglichkeiten, die gegen Ende des Krieges tatsächlich noch vorhanden waren, wenn sie schreiben:

„Nach all den Siegesversprechen wirkte die sich anbahnende militärische Niederlage auf das deutsche Volk niederschmetternd. Die entschiedenen Anhänger des bisherigen Systems waren wie gelähmt. Die äußerste Linke aber, die schon einige Streiks ausgelöst und die Truppen zu zersetzen begonnen hatte, regte sich verstärkt und suchte die Massen der Arbeiter an sich zu ziehen. Prinz Max wollte dieser Radikalisierung durch Reformen entgegenwirken. Aber die Forderungen der äußersten Linken und auch der Feindmächte gingen bereits viel weiter. So konnten die Maßnahmen der neuen Regierung den Zweck nicht erreichen ...

Unterdessen löste sich die alte Ordnung im Reich auf. Ein Teil der Matrosen meuterte, als die Flotte zur Entlastung der schwer ringenden Westfront auslaufen sollte."

Abgesehen davon, daß uns die mutige Haltung eines Karl Liebknecht, der im Jahre 1914 als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hat, weit mehr imponiert als alle die Heldentaten der Handgranatenwerfer und Panzerknacker, wird hier der falsche Eindruck hervorgerufen, daß die „äußerste Linke" an der deutschen Niederlage mitschuldig sei, weil sie „die Truppen zu zersetzen begonnen hatte". Und daß sich die meuternden Matrosen gegen einen wahnwitzigen Befehl, der ihre sinnlose Opferung forderte, zur Wehr setzten, wird ihnen gar noch zum Vorwurf gemacht.

Es sollte den Verfassern von Geschichtsbüchern doch hinreichend bekannt sein, daß die verhängnisvolle „Dolchstoßlegende", die das innenpolitische Leben der Weimarer Republik vergiftete, gerade durch verschwommene Darstellungen über die militärische Lage im Sommer 1918 entstehen konnte. Manche Verfasser sehen sich offenbar nicht genötigt, einer solchen Legende durch eindeutige Darstellungen für immer den Boden zu entziehen.

Unklare Darstellungen finden sich ebenso bei der Behandlung der innenpolitischen Zustände in der Weimarer Republik. In kaum einem Buch fehlt der Hinweis, daß die „äußerste Linke" unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eine „deutsche Sowjetrepublik" errichten wollte. Daß aber Liebknecht und Rosa

Luxemburg brutal ermordet wurden (auf Befehl des Freikorps-Hauptmanns Waldemar Pabst, der sich heute dieser Tat rühmen darf), wird nur in zwei Geschichtsbüchern erwähnt. Auch wird der Linken die gleiche, wenn nicht größere Schuld am Ende der Weimarer Republik gegeben wie der Rechten. Wenn auch die Kommunisten nicht gerade zur Festigung der Republik beigetragen haben, so waren es jedoch weniger die Aufstände in Sachsen und im Ruhrgebiet (die eine Reaktion auf den Kapp-Putsch waren) oder die zahlreichen Streiks als die von den Rechtsradikalen organisierten Fememorde, Putsche und gezielten Diffamierungen der führenden Staatsmänner, die die Weimarer Republik erschütterten und in die Krise führten. Solche Ereignisse und Erscheinungen haben schließlich dem Nationalsozialismus den Boden bereitet. In den Geschichtsbüchern aber finden wir andere Relationen. Dort werden sogar die präfaschistischen Freikorps als tatkräftige Helfer und Stützen der Republik dargestellt:

> „Die Reichsregierung konnte diese kommunistischen Umsturzversuche unterdrücken, z. T. mit Hilfe der Freikorps." (Lebendige Vergangenheit V)

Nicht erwähnt finden wir hingegen, daß aus den Reihen der Freikorps die Schläger und Fememörder kamen. Und eine glatte Geschichtsfälschung ist es, wenn behauptet wird:

> „Die Ruhestörer von rechts und links wurden von den Gerichten sehr milde bestraft." (Geschichte der Neuesten Zeit)

Milde bestraft wurden in Wahrheit nur die „Ruhestörer" von rechts, während die von links von einer reaktionär gesinnten Justiz außerordentlich hart verfolgt wurden. In seiner Dokumentensammlung „Die Zerstörung der deutschen Politik" (Fischer-Bücherei) veröffentlichte Harry Pross eine Statistik aus einem im Jahre 1923 erschienenen Buch (Gumbel: „Vier Jahre politischer Mord"), aus der zu ersehen ist, daß 775 Offiziere, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren verurteilt wurden, die Mitglieder der Bayerischen Räteregierung hingegen zu einer Gesamtstrafe von 135 Jahren und 2 Monaten, daß ferner von Rechtsradikalen 354 Morde, von Linksradikalen 22 Morde begangen wurden; daß die Dauer der Einsperrung je Mord bei den Linksstehenden 15 Jahre, bei den Rechtsstehenden aber nur 4 Monate betrug; daß von den Linksstehenden 10 Schuldige hingerichtet wurden, von den Rechtsstehenden keiner.

Eine ähnliche Statistik ist seinerzeit auch von Tucholsky in der „Weltbühne" veröffentlicht worden.

Jene Verfasser, die die Gefahr von links als ebenso groß (wenn nicht größer) wie die von rechts darstellen, geraten jedoch in eine Zwangslage, wenn sie mitteilen müssen, daß 1933 nicht die Kommunisten, sondern die Nazis an die Macht kamen. Daher wird immer wieder die Weltwirtschaftskrise als die eigentliche Ursache der „Machtergreifung" gesehen, ohne daß bedacht wird, daß andere Länder gleichfalls unter der Krise zu leiden hatten und daß sie, wäre sie die einzige Ursache gewesen, ebenso gut den Kommunisten zur Macht hätte verhelfen können. Da man sich über Hitlers Wegbereiter und ihre Interessen ausschwieg, kann die „Machtergreifung" der Nazis auch nicht als der konsequente Schlußpunkt eines langen Weges gesehen werden. Sie wird dem Schüler also als ein überraschendes, nicht vorherzusehendes, gleichsam über Nacht geschehenes Ereignis dargestellt.

Einer der Autoren nimmt Zuflucht zur historischen Analogie, um zu zeigen, daß ein solches Ereignis nichts Neues sei:

> „Wie sich einst in Frankreich aus der Revolution und der Demokratie die Diktatur entwickelt hatte, so geschah es auch jetzt in Deutschland." (Grundzüge der Geschichte VII)

Ein anderer sieht die staatliche Planwirtschaft als den Beelzebub an, der uns die Nazidiktatur bescherte:

> „So beschleunigt die Weltwirtschaftskrise, ähnlich wie der erste Weltkrieg, die Entwicklung zu einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Die Erhöhung der staatlichen Macht mußte die Demokratie in die Krise führen." (Grundzüge der Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart)

Ein dritter macht den Verfall von Glauben, Sitte und Gewissen für die „Machtergreifung" verantwortlich:

> „Wenn in mehreren Ländern hemmungslose Diktatoren zur Macht gelangen konnten und sich unerhörte Greuel ereigneten, so lag es vor allem daran, daß Glauben, Sitte und Gewissen weithin nichts mehr galten." (Geschichte der Neuesten Zeit)

Uber den „Alldeutschen Verband", der schon unter den Hohenzollern eine noch größenwahnsinnigere Politik forderte, als sie schon praktiziert wurde, der die Bismarckschen Sozialistengesetze für zu lasch hielt und der im Jahre 1921 immerhin 40 000 Mitglieder hatte, der die Phraseologie und wahnwitzigen Thesen des Nationalsozialismus 30 Jahre lang präludierte (vergl. Pross: „Die Zerstörung der deutschen Politik"), ist selten etwas zu lesen. Uber die reaktionäre Justiz, die die Fememorde und den Terror der NS-Kolonnen tolerierte und nach der „Machtergreifung" bereitwillig Todesurteile über Antifaschisten verhängte, bringen die Schulgeschichtsbücher kein Wort. Uber das Offizierskorps der Reichswehr, das die Republik haßte, einen autoritären Staat herbeisehnte, die rechtsradikalen Putsche unterstützte und der Republik nur dann seine Hilfe lieh, wenn Streiks und Unruhen von links niederzuschlagen waren, finden wir zahlreiche Lobeshymnen, aber kaum eine klare Beurteilung seiner Haltung. Man kann unmöglich der Reichswehr insgesamt einen „Persilschein" ausstellen, weil einige Militärs gegen Hitler opponierten und ein größerer Kreis von ihnen 5 Minuten vor 12 das Hitlerreich beseitigen wollte. Aber genau das machten die Verfasser der Geschichtsbücher ausnahmslos. Von den Kriegsverbrechen hoher Offiziere, von ihrer unbedingten Ergebenheit gegenüber Hitler finden wir nichts erwähnt. Statt dessen lesen wir:

> „Bereits 1938/39 wurde das Verhältnis von Staatskunst und Kriegshandwerk geradezu auf den Kopf gestellt: die Militärs kämpften gegen den Krieg, die Politiker erzwangen ihn." (Grundriß der Geschichte III)

Häufiger werden Schwerindustrie und Hochfinanz erwähnt, doch wird in der Nennung von Namen große Zurückhaltung geübt. Aus ihrer Hauptrolle wird eine Statistenrolle gemacht. Wenn überhaupt, dann tauchen die Männer der Wirtschaft erst in der Weltwirtschaftskrise auf, um danach sogleich wieder zu verschwinden. Denn:

> „Sie haben sich ebenso getäuscht wie die Millionen Deutschen, die an Hitlers Versprechen geglaubt und ihm ihre Stimme gegeben haben. Sobald Hitler die Macht hatte, ließ er sich von niemand mehr hineinreden." (Einst und Jetzt)
>
> „Sogleich nahmen sich die neuen Machthaber der schwer darniederliegenden Wirtschaft an. Dabei behandelte Hitler seine Geldgeber aus der Industrie ebenso rücksichtslos wie die Deutschnationalen." (Geschichte der Neuesten Zeit)

Kaum ein Wort über die Belohnung der Geldgeber durch immense Rüstungsaufträge. Kaum ein Wort über die Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge in deutschen Industriebetrieben. Kein Wort über die Zweigbetriebe in den Konzentrationslagern. Kein Wort über die eifrige Entwicklung und Herstellung von Mordmitteln und Vernichtungsanlagen.

Selbst Oberschülern bleiben Namen wie Hugenberg, Thyssen, Stinnes und Schacht meist unbekannt, doch erfahren sie oft, daß der geborene Engländer und Wahldeutsche Houston Stewart Chamberlein und der französische Graf Gobineau die intellektuellen Urheber der Rassenpolitik seien. Beide haben wohl ihren Platz in dem ideologischen Konglomerat der Nazis, aber naheliegender wäre es gewesen, die Wurzeln der NS-Ideologie wiederum im „Alldeutschen Verband" zu suchen. Dort nämlich flossen chauvinistische, expansive und antisemitische Gedanken zusammen. Und wohl nicht zu Unrecht rühmten sich die Alldeutschen nach 1933, daß der Nationalsozialismus ihr Kind sei.

Manche Verfasser scheinen die NS-Ideologie in ihren wesentlichen Zügen auch heute noch nicht erkannt zu haben. So schreiben Textor und Pinnow in ihrer „Geschichte der Neuesten Zeit":

> „Zulauf fand Hitler vor allem aus den Reihen der Jugend, der Landbevölkerung und des durch die Inflation ruinierten Kleinbürgertums. Neben den wohlmeinenden Idealisten befanden sich in der Anhängerschaft von Anfang an viele fragwürdige Elemente. Daß die charakterlich wertvolleren Anhänger ihren Einfluß wenig geltend machten und sich bei der Besetzung der Parteiämter beiseiteschieben ließen, hat wesentlich zur Entartung und zum Untergang beigetragen, denn die Führung geriet auf diese Weise in die Hände unwürdiger Schmeichler und gewissenloser Abenteurer."

Hinter einer solchen Äußerung steckt doch wohl die Vorstellung, daß die Greueltaten der Nazis nur „Auswüchse" waren und die NSDAP einen guten Kern besaß. Dieser Ansicht konnten naive Gemüter vielleicht in den ersten Jahren nach 1933 nachgehen, doch ist es unverantwortlich, dies heute noch ex cathedra zu verkünden. Allein die planmäßig organisierten Massenmorde zeigen, daß die Verbrechen der Nazis keine „Auswüchse" waren, sondern zum Wesen des Systems gehörten. Und daß es unmöglich ist, bei den höheren Chargen der NSDAP sorgfältig zwischen „fragwürdigen Elementen" und „Idealisten" zu unterscheiden, zeigen die Aufzeichnungen des Lagerkommandanten Höss, der besten Gewissens und mit beamtenhafter Korrektheit die Massenvernichtungen durchführte.

Auch sollte man Hitler nicht als Dämon mystifizieren, wie es im „Grundriß der Geschichte III" geschieht:

> „In den folgenden Jahren (nach 1933) lieferte sich Hitler immer mehr den dämonischen Kräften aus, die ihn seit frühester Jugend getrieben hatten ... So wurde alles Positive, was er schuf, aller Antrieb, den er den Deutschen gab, von der Dämonie verschlungen und ins Gegenteil verkehrt."

Was ist das „Positive", das Hitler schuf? Die Reichsautobahn? Die Verminderung der Arbeitslosenziffer? „Kraft durch Freude" und „Schönheit der Arbeit"? — Das sind genau die „positiven" Erscheinungen, die bei der Erörterung von Hitlers Wirtschaftspolitik immer wieder genannt werden. Nur in den seltensten Fällen wird der unsoziale Charakter dieser Wirtschaftspolitik aufgedeckt, die den Arbeiter und Angestellten durch die Zerschlagung ihrer Organisationen der Willkür der Großindustrie auslieferte (auch ein Geschenk Hitlers an seine Geldgeber).

Niemals vergißt man, die 6 Millionen Arbeitslosen zu erwähnen, denen Hitler „Brot gab". Bei den ermordeten Juden dagegen vermeidet man gern, eine Zahl zu nennen, versteckt sich hinter vagen Angaben („zahllose", „Millionen") oder drückt die Zahl auf „4 bis 5 Millionen" herunter. Wie man überhaupt feststellen muß, daß bei der Kommentierung des Terrors und der Judenverfolgung manche verharmlosende Wendung gewählt wird (die Hervorhebungen in den folgenden Zitaten stammen vom Verfasser):

> „Das Ermächtigungsgesetz bot die Handhabe für eine evolutionäre Entwicklung. Schwerer aber wog der illegale Terror, der die Entwicklung des diktatorischen

Staates begleitete und vielleicht erst ermöglichte. Die r o h e n K a m p f m e t h o d e n der SS und SA ... wurden beibehalten." (Grundzüge der Geschichte VII)

„Für W i d e r s e t z l i c h e werden Konzentrationslager eingerichtet." (Deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang)

Auf Befehl des Propagandaministers Goebbels zündeten v e r b l e n d e t e N a t i o n a l s o z i a l i s t e n die Synagogen an." (Lebendige Vergangenheit V)

Man mag solche Wendungen noch als „sprachliche Mißgriffe" entschuldigen können; offensichtlich verharmlosend ist es indes, die Gaskammern zu verschweigen und die Konzentrationslager als Stätten zu charakterisieren, „wo Mißhandlungen und Totschlag oft vorkamen und keine Möglichkeit bestand, die Gerichte anzurufen" (Geschichte der Neuesten Zeit). In dem gleichen Buch heißt es über die „Kristallnacht":

Im November 1938 kam es zu einem b e s o n d e r s u n w ü r d i g e n E r e i g n i s. Ein zugewanderter Jude hatte in Paris einen deutschen Diplomaten erschossen, der selbst alles andere als ein Judenfeind gewesen war. Von nationalsozialistischer Seite wurde diese Tat über Gebühr aufgebauscht und als Vorwand für eine scharfe Judenverfolgung benutzt.

Auf Goebbels' Befehl zündeten Angehörige von Parteiorganisationen die Synagogen an. Sie m i ß h a n d e l t e n a u c h v i e l e J u d e n und beschädigten die jüdischen Geschäfte und Wohnungen m e h r o d e r w e n i g e r s c h w e r."

Das hat nun nichts mehr mit „sprachlichen Mißgriffen" zu tun. Das ist eine bewußte Verharmlosung, wenn nicht schon offene Rechtfertigung, bei der lediglich die „Auswüchse" (die „Tat über Gebühr aufgebauscht") getadelt werden.

Über die Kriegsgreuel und den Terror der Koch, Frank und Heydrich erfahren die Schüler so gut wie nichts. Namen wie Lidice und Oradour bleiben ihnen unbekannt. Und was tatsächlich über den Kriegs- und Besatzungsterror berichtet wird, ist meistens tendenziös verzerrt:

„Diese ‚vierte Teilung' Polens lieferte das polnische Volk der grausamen Fremdherrschaft des Nationalsozialismus u n d d e s K o m m u n i s m u s aus." (Lebendige Vergangenheit V)

„Zu Beginn des Krieges hatten d i e P o l e n u n t e r d e n D e u t s c h e n in ihrem Land ein f u r c h t b a r e s B l u t b a d angerichtet. Das sollte eine Antwort sein auf die Agitation der Nationalsozialisten in Polen vor dem Krieg und auf den militärischen Überfall Hitlers. Nun aber ü b e r b o t e n die nationalsozialistischen Machthaber die U n t a t e n d e r P o l e n noch bei weitem. Gefangene wurden erschossen und Hilfsarbeiter für Landwirtschaft und Industrie nach Deutschland verschleppt." (Geschichte der Neuesten Zeit)

Davon, daß Hitler Verbrecher nach Polen geschafft hatte, die dort Ausschreitungen gegen die Deutschen provozieren sollten, berichtet nur das Buch „Grundriß der Geschichte III".

Nicht selten werden Kriegs- und Besatzungsterror als Maßnahmen gegen die Partisanenverbände gerechtfertigt:

„Hinter der Front bildeten sich auf Stalins Befehl Partisanenverbände. Diese haben sich später g e r ü h m t, über 300 000 deutsche Soldaten und Offiziere getötet zu haben. Deutsche Gegenmaßnahmen verließen e b e n f a l l s den Boden des Völkerrechts." (Geschichte der Neuesten Zeit)

In Ketts „Grundriß der Geschichte III" werden zwar nicht Ursache und Wirkung verwechselt, doch ist die Darstellung auch dort tendenziös:

„In fast allen Ländern lag ein wesentlicher Grund für diese Art der Kriegsführung (Partisanenkrieg) darin, daß die deutsche Besatzung d e n V e r h ä l t n i s s e n n i c h t g e r e c h t wurde, daß die Militärverwaltung z w a r h u m a n, die daneben bestehenden SS- und SD-Instanzen aber m e i s t b r u t a l v o r g i n g e n ..."

Während von der Austreibung der polnischen Bevölkerung im Jahre 1939 (als die Provinzen Westpreußen und Posen „eingedeutscht" wurden) und von der Deportation von 7,5 Millionen Zwangsarbeitern nur zurückhaltend und in sehr allgemeinen Wendungen berichtet wird, geraten die Geschichtsbuchverfasser spürbar in Schwung, wenn es um die Flucht und Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung geht. Bei der Behandlung dieser Frage wird weder mit Raum noch mit Emotionen gegeizt. Da fehlt selten ein Augenzeugenbericht oder ein charakteristisches Foto.

Die Widerstandsbewegung, die einzig positive Erscheinung im „Dritten Reich", erfährt selten die Würdigung, die ihr zukommt. Häufig wird zwar erwähnt, daß „auch Arbeiter und Sozialisten" Widerstand gegen das Naziregime leisteten, aber eine so aktive und große Gruppe wie die „Rote Kapelle" findet nirgends Erwähnung. Genannt werden Männer des 20. Juli, vielleicht noch die Geschwister Scholl und in einem Falle auch der Kreisauer Kreis. Es bleibt unverständlich, warum — obwohl man sonst mit Quellenabdrucken nicht sparsam ist — zum Thema Widerstandskampf beispielsweise nicht eines der erschütternden Dokumente aus dem Buch „Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand" veröffentlicht wurde. Ein Beispiel aus dieser Sammlung wäre weit eher am Platze gewesen als alle Erörterungen über die militärische Lage im Juli 1944. Überhaupt keine Würdigung erfährt der mutige Widerstandskampf in den von den Nazis besetzten Ländern (denn was über die „Partisanenkämpfe" geschrieben wird, kann man nicht als Würdigung bezeichnen).

Aspekte der Kritik

Wir wollen unsere Analyse einer Auswahl westdeutscher Schulgeschichtsbücher nicht mit einem zusammenfassenden Urteil abschließen (dies wollen wir dem aufmerksamen Leser selbst überlassen), sondern mit einer Aufzählung der Gesichtspunkte, die uns bei der Beurteilung der zwölf Geschichtsbücher als Maßstab dienten und die — unserer Meinung nach — in einem Schulgeschichtsbuch in angemessener Weise berücksichtigt werden müßten. Es sind dies folgende Gesichtspunkte:

1. Die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Situation, in der der Nationalsozialismus an die Macht kam; seine Wegbereiter, Helfer und Diener;

2. die Ideologie des Nationalsozialismus (seine Wurzeln und seine pseudowissenschaftlichen Theorien); seine Phraseologie und Demagogie;

3. Militär, Wirtschaft, Justiz, Kirche und Kultur unter dem Nationalsozialismus (Opportunismus und Opposition);

4. der Widerstandskampf gegen das Naziregime (seine Wurzeln in den demokratischen, sozialistischen und christlichen Traditionen der deutschen Geschichte); die Widerstandsgruppen und die Methoden ihres Kampfes; der Widerstandskampf in den besetzten Ländern;

5. Politik des Nationalsozialismus

a) Innenpolitik:

Gleichschaltung im politischen, sozialen und kulturellen Leben, Wirtschaftspolitik im Dienste des Krieges und zum Vorteil der Großindustrie, Terror (SA, SS, Gestapo, Konzentrationslager, Todesstrafe), Judenverfolgung (Boykott, Nürnberger Gesetze, „Kristallnacht", Wannsee-Konferenz, Gettos, Vernichtungslager),
„Euthanasie-Programm" und medizinische Versuche an KZ-Häftlingen;

b) Außenpolitik:
Vertragsbrüche,
Einmischung in die inneren Angelegenheiten auswärtiger Staaten (Spanien, Österreich, Tschechoslowakei),
Anschluß Österreichs und Besetzung der Tschechoslowakei,
Verhalten der deutschen Minderheiten im Ausland,
Hitlers Eroberungspläne und Kriegsvorbereitungen;

6. Zweiter Weltkrieg und totale Niederlage:
Mißachtung von Verträgen, Völkerrecht und Konventionen,
Besatzungsterror und Kriegsgreuel,
Ausplünderung der besetzten Gebiete, Verslavung fremder Völker und Zwangsdeportionen ausländischer Arbeiter,
Leiden der Zivilbevölkerung durch Bombenangriffe und andere Kriegshandlungen;

7. Bilanz der Katastrophe;

8. Überwindung des Nationalsozialismus als geistige, politische und historische Aufgabe der Gegenwart.

Wolfgang Baranowsky

Der Mensch und die kybernetische Maschine (II) *

Informationspsychologie und Schulreform

Noch steckt die Kybernetik in den Kinderschuhen. Die Möglichkeiten, die sich uns bei friedlicher Ausnutzung dieser Wissenschaft eröffnen, lassen sich gerade erst ahnen. Es gibt kaum einen Bereich des zivilisierten Lebens, in dem die Kybernetik nicht künftig eine Rolle spielen dürfte. Die Vielfältigkeit ihrer Anwendung wird schon deutlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß sie nicht nur die Seele der modernen Regelungs- und Steuertechnik ist, sondern umgekehrt — als mathematisch-physikalische Nachahmerin der Physiologie des menschlichen Gehirns und Nervensystems — auch der medizinischen und psychologischen Forschung dient. Ein wichtiges Teilgebiet der Kybernetik ist darum die sogenannte Informationspsychologie, die wiederum Anregungen für verschiedene Teilgebiete der Wissenschaft vom Menschen liefert.

Eines davon ist die Pädagogik. Da der Mensch die kybernetische Maschine nach seinem Bilde schuf und das System ihrer Programmierung nach der nervlichen Selbststeuerung seines eigenen Organismus strukturierte, erbringt das Modell seinerseits Erfahrungsmaterial zur Rationalisierung des Lernprozesses. Wie die Psychologie, so ging ja auch die Erziehungswissenschaft jahrhundertelang hypothetisch zu Werke. Die Seelenkunde nahm für ein bestimmtes Verhalten gewisse Ursachen an — verdrängte Wünsche etwa —, die das Gefühl pervertiert haben konnten. Ebenso spekulativ stellte die Pädagogik Theorien auf, welche Bildungsgüter wesentlich seien und auf welchem Wege sie am besten gelehrt würden.

*) Vgl. Heft 9/63 der „Blätter".

Solche Mutmaßungen fußten auf scharfsinniger Beobachtung und hoher Wahrscheinlichkeit. Materiell beweisbar waren sie jedoch solange nicht, wie die realen Funktionen des Nervensystems, also die Physiologie des Lernens, nicht erforscht waren.

Bis heute sind Ideen statt materiellen Wissens die Maßstäbe der Pädagogik; unser Erziehungswesen beruht daher auf sehr verschiedenartigen Voraussetzungen (und überholten Vorstellungen!), und es konnte sich nicht zu einer einheitlichen, geschweige denn pragmatischen Linie durchringen. Noch immer wird in den Schulen „gepaukt", obwohl man längst weiß, daß die Denkfähigkeit nicht vom Gedächtnis abhängt. Der Glaube, enzyklopädisches Wissen allein mache die Intelligenz aus, konnte nur in einer Vergangenheit entstehen, da das Wissen der Zeit noch überschaubar war. Aber auch die amerikanische Überbewertung des praktischen Spezialwissens, nach der „gewußt wo" für wichtiger gehalten wurde als eine allgemeine Grundbildung, ist heute — theoretisch auch in den Vereinigten Staaten — zugunsten der Einsicht überwunden, daß ohne Gedächtnisinhalte kein Denken zustande kommen kann, Lexikonwissen allein aber keine Intelligenz ausmacht, sondern erst dessen Kombination und Verarbeitung mit dem Ziel, Überblick und Urteil zu erlangen.

Die kybernetischen Maschinen ermöglichen es, pädagogische Theorien auszuprobieren; das bedeutet: Erfahrungen im Zeitraffertempo zu sammeln. Man braucht nicht erst die Entwicklung von fehlgebildeten Generationen steriler Vielwisser oder beschränkter Experten zu beobachten, sondern kann Erziehungsgrundsätze elektronisch testen (also wie die Eventualitäten von Krisenverläufen oder Produktionsaussichten „durchspielen"). So wurde ermittelt, welche Altersstufen und welcher individuelle Intelligenzgrad erreicht sein müssen, damit Mathematikunterricht auf fruchtbaren Boden fällt. Es wurde festgestellt, daß sich für die Auffassung, das Erlernen alter Sprachen fördere das logische Denkvermögen, kein Beleg finden läßt.

Informationspsychologische Spezialuntersuchungen förderten zutage, daß die Nervenkanalkapazität des Menschen lediglich ausreicht, pro Sekunde 16 aufeinanderfolgende Ereignisse als aufeinanderfolgend zu erfassen. Mehr Informationen haben keine Aussicht auf Einzelverarbeitung, sondern verschmelzen bestenfalls zu einem Eindruck von neuer Qualität, wie es das Filmerlebnis ist, das eben darauf beruht, daß mehr als 16 Einzelbilder pro Sekunde auf die Leinwand projiziert werden.

Andererseits ist das Gegenwartsempfinden nicht auf $^1/_{16}$ sec. beschränkt. Sonst könnten wir am Radio keinen gesprochenen Satz verstehen (wir hätten an seinem Ende längst den Anfang vergessen) und könnten kein musikalisches Motiv wahrnehmen (wir empfinden nur als Einheit, was uns in seiner Gesamtheit noch gegenwärtig ist). Unsere Gegenwart dauert also länger als nur einen Augenblick. Unser Gedächtnis besitzt einen „Kurzspeicher"; er macht sich uns z. B. bemerkbar, wenn wir auf die Worte eines Sprechenden nicht geachtet haben, uns aber plötzlich einfällt, daß die Mitteilung für uns belangvoll gewesen sein könnte: Plötzlich „wachen wir auf" und versuchen, uns den überhörten, aber „vorbewußt" wahrgenommenen Satz nach seinem Klang zu rekonstruieren.

Innerhalb von 10 Sekunden kann uns das gelingen. So lange nämlich wird die Information — teils zur Koordinierung mit zusammengehörigen Eindrücken (Worten, Tönen, Bildern), teils zur Ermöglichung einer Auswahl — vom Kurzspeicher festgehalten. Wird die Information innerhalb dieser Spanne nicht archiviert, entschwindet sie der Erinnerung. Es gibt also weder ein gänzlich „unbewußtes" Lernen, noch gar eine „Inspiration" des Gehirns ohne sinnlichen Reiz. Die Informationspsychologie vermittelt Einblicke in die Grenzen der Konzentrationsfähig-

keit; mit ihrer Hilfe läßt sich der Aufmerksamkeitswert eines Schulpensums messen. Es liegt auf der Hand, daß derartige Erkenntnisse für den Unterricht von großer Bedeutung sind. Dr. phil. Helmar Frank (geb. 1933, Studienassessor, zur Zeit Dozent für Informationstheorie und -psychologie an der Technischen Hochschule Karlsruhe) zieht denn auch praktische Folgerungen für unser Schulwesen:

1. Die Unterrichtseinheit sollte nicht mehr wie bisher ein Jahr, sondern ein Vierteljahr sein. Eine Versetzungsprüfung sollte den Übergang in die nächste Stufe entscheiden. Informationspsychologische Tests ergaben, daß ungefähr ein Drittel der Schüler versetzt werden könnte. Für die anderen zwei Drittel wäre es indessen kaum ein Zeitverlust, das Vierteljahr noch einmal zu absolvieren; ist es doch heute so, daß einer, der ein Quartal nicht „mitgekommen" ist, u. U. noch weitere drei Vierteljahre nutzlos absitzen muß, ehe er das Nichtverstandene nachholen darf. Überdies: Blieben regelmäßig zwei Drittel der Schüler einer Klasse zurück, so wäre „Sitzenbleiben" ja auch nicht mehr so anrüchig wie heute. Diese Methode hätte jedoch den unschätzbaren Vorteil, daß das Unterrichtstempo dem besten Drittel angepaßt werden könnte. Begabte könnten die Schule schneller durchlaufen und brauchten sich im Unterricht nicht mehr zu langweilen, während sich die Lehrer mit den Nachhinkenden aufhalten. Außerdem würde der Ehrgeiz geweckt, zu den Besten zu zählen.

   „Mindestens 10% der Schüler könnten das Abitur nach zehn oder elf Schuljahren statt nach dreizehn ablegen, würde man die geistige Nivellierung aufgeben, die das Wesen des Klassenunterrichts ausmacht", schreibt Frank, und er schickt dieser Empfehlung den Stoßseufzer hinterdrein: „Was wäre der deutschen Kultur verlorengegangen, hätte man Leibniz vorgeschrieben, wann frühestens er lesen lernen darf, und ihn hernach noch 13 Jahre auf ein Abiturszeugnis als Berechtigungsschein für sein Studium warten lassen!"

2. Als „eines der kuriosesten Beispiele für die ideologischen Mängel der augenblicklichen Bildung" prangert der Autor ferner an, „daß die Ausbildungszeit von Millionen Menschen ohne jeden Bildungsverlust erheblich verkürzt (und nebenbei eine einheitliche Aussprache erreicht) werden könnte, entschlösse man sich, die allenfalls durch historische Spezialuntersuchungen ausdeutbare Sinnlosigkeit der deutschen Rechtschreibung fallen zu lassen. Eine phonetische Schreibweise der genormten deutschen Bühnensprache ... würde unmittelbar der Spracherziehung dienen, und alte Bücher blieben genau so lesbar, wie sie es nach der Ersetzung der Fraktur durch die Antiqua blieben".

3. Einen interessanten Kompromiß schlägt der Verfasser zur Beilegung des alten Zwists um den Vorzug des universellen Bildungsideals oder der Förderung einer speziellen Begabung vor:

   a) Es sei das Naheliegendste, eine besondere Neigung und eine einseitig überwiegende Befähigung zu fördern, statt das Außergewöhnliche über den Leisten des Allgemeinen zu schlagen. Eine spezielle Neigung konzentriere sich zudem in der Regel nicht auf ein einziges Fach, sondern auf einen Strauß von Fächern, die sich um einen Mittelpunkt gruppieren. Und von seiner Lieblingsdisziplin ausgehend, könne man dem Sonderbegabten „durch philosophische, historische und staatsbürgerliche Vertiefung den Zusammenhang mit anderen Bezirken der Kultur und Zivilisation" erschließen.

   b) Der Hang zu einem bestimmten Fach sei übrigens die Norm; das universale Interesse für sämtliche Wissensgebiete sei hingegen die Ausnahme. (Unser Erziehungssystem geht von der umgekehrten Vorstellung aus, wertet jedoch kurioserweise altsprachlich-humanistische Spezialschulung für

das Wesentliche der „Allgemeinbildung".) Die universal Begabten sollten — statt durch humanistisches Gymnasium oder naturwissenschaftlich orientierte Oberschule schon frühzeitig ein breites Detailwissen zu erwerben — den Zusammenhang sämtlicher Wissenschaften, ihre gemeinsame Ausgangsposition und ihr praktisches Ineinandergreifen verstehen lernen.

Um der individuellen Begabungsrichtung und Begabungsstärke der Schüler gerecht zu werden, müßte sich die Schule der Gruppenausbildung befleißigen, statt (die ohnehin viel zu großen) Jahresklassen über den einheitlichen Kamm ihres Jahrgangs und des Schultyps zu scheren.

Das sind nicht nur schulreformatorische Gedankengänge eines informationspsychologisch spezialisierten Studienassessors; Helmar Franks Bemühungen zielen auf die Lösung des Zentralproblems unserer Epoche ab: die friedliche, freiheitlich-demokratische Bewältigung der von einer unvorstellbaren „Bevölkerungsexplosion" (ca. 7 Milliarden Menschen im Jahr 2000!) gekennzeichneten Zukunft. In der kommenden Zeit wird es wichtiger sein als je zuvor, den Vermassungstendenzen zu steuern, die heute schon von allen Seiten dräuen. Wo aber könnte eher der Hebel angesetzt werden als beim Bildungswesen, insbesondere bei der Jugenderziehung?

Informationspsychologie und Demokratie

Die Vermassung leistet einseitigem Spezialistentum Vorschub, das seine Intelligenz großen Teilen des öffentlichen Lebens entzieht, indem es sich auf ein einziges Gebiet beschränkt. „Aber auch die noch immer viel gepriesene ‚Allgemeinbildung' liefert Impulse zugunsten der Vermassung", warnt Frank, „weil sie das selbständige Denken in der Fülle des zusammenhanglosen Wissensstoffs erstickt".

Faszinierend an diesen Gedankengängen ist das weite Feld, für das sich die moderne Pädagogik verantwortlich fühlt. Endlich setzt sich die Einsicht durch, daß sich die Aufgabe der Schule nicht darin erschöpfen darf, Kindern irgendwelches Wissen einzutrichtern. Staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl, Gemeinsinn, die Politik der nächsten Generation werden durch den Gehalt jener Bildung bestimmt, die in der heutigen Schule gelehrt wird. Die Kybernetik liefert zur Meisterung der neuzeitlichen Erziehungsprobleme nicht nur wertvolle technische Hinweise, sondern sogar Wertmaßstäbe, an denen sich die Pädagogik orientieren kann.

Die Informationspsychologie förderte nämlich zwei Erkenntnisse zutage, die das Verhältnis zwischen Mensch und Automat sowie das Volumen denkbarer Freiheit einengen. Determination des Menschen und Programmiertheit der Maschine geben beiden zwar nur eine begrenzte Zahl von Auswahlmöglichkeiten; allerdings kann die der Maschine beliebig — das heißt jedoch nur: soweit es Sinn hat — erhöht werden. Jedoch dem Menschen allein ist es gegeben, sich moralisch zu entscheiden, ob er seine Freiheit gebrauchen will oder nicht. Im engen Rahmen seiner individuellen und sozialen Existenz steht es ihm immer frei, sich mit einem Entschluß zu engagieren oder sich vor einer Verantwortung zu drücken. Welchen Weg er einschlägt, hängt im Grunde von der Urentscheidung ab, die eigene Persönlichkeit menschenwürdig zu vervollkommnen oder aber sich anonym und gesichtslos durch alle Fährnisse des Daseins hindurchzuwinden.

Dieses Gesetz, nach dem der Mensch angetreten, ist zwar charakteriologisch begründet und gehört insofern zu seiner Bestimmung, der er sich nicht entziehen kann; doch die Urentscheidung, Individuum oder Teilchen der Masse zu sein, ist eine Wahl, die nicht von einer vorangegangenen Wahl abhängig ist. Der Gebrauch

von Freiheit in diesem grundsätzlichen Sinne bedeutet nicht Auswahl zwischen a, b, c, d bis z, sondern zwischen 1) a—z oder 2) Nichtentscheidung. Bewußte Entscheidung, ggf. auch für Nichthandeln, ist allein menschenwürdig. Wie ein Stein das Dasein zu erleiden, indem man sich stoßen und treiben läßt, ist zutiefst unmenschlich (NB: Die bewußte Entscheidung eines buddhistischen Mönches zum Nichthandeln ist demgegenüber durchaus ein Akt menschlichen Freiheitsgebrauchs).

„Jeder wesentliche Akt unserer Humanität beruht auf dem Gebrauch und Verbrauch möglicher Freiheit", erklärt der Philosoph und Kybernetiker Max Bense. Und das Verwerfliche der Verleugnung selbständigen Urteils, individueller Denkfähigkeit und eigenen Willens versinnbildlicht Helmar Frank in der trefflichen Wortprägung vom „Verfaulen" ungenutzter Freiheit. Wer aber seine Freiheit verfaulen läßt, degradiert sich zum Herdentier. Diesen Prozeß kennzeichnet der Begriff „Vermassung".

In einer Buchbesprechung wurde kürzlich von dem sonst so enragierten Fortschrittler Hans Magnus Enzensberger behauptet, „der sogenannte Massenmensch" sei eine „bösartige Chimäre". Wenn wir über eine Volksversammlung blicken, einen Jahrmarkt, die Zuschauertribüne eines Fußballplatzes — sehen wir dann lauter Individualisten? Gut, wenn wir mit dem Vergrößerungsglas nahe an den Einzelnen herangehen, entpuppt er sich als unverwechselbarer Charakter, und Enzensberger meint es mit dem Hirngespinst des Massenmenschen auch vornehmlich künstlerisch. Soziologisch wäre seine Behauptung jedoch schlicht falsch.

In Millionen Küchen und Stuben verfault nämlich Freiheit: überall, wo Macht erduldet, statt bejaht oder bekämpft wird, wo z. B. aus Trägheit und Gleichgültigkeit nicht abgestimmt oder wo lediglich aus Entscheidungsunlust gewählt wird, was alle wählen. Der Massenmensch ist kein Spuk, er ist der allbekannte Mitläufer. Helmar Frank gibt auch eine klare, einfache Definition des Gegentyps, den er „Elite" nennt, ohne damit Deutungen zu berühren, die eingefleischte Vorurteile gegen sich haben, wie: Elite sei die besitzende Klasse, die Intelligenz, die politisch herrschende Schicht usw. Er bezeichnet als Elite „jene Bürger, die ihre Freiheit als Höchstwert empfinden und gebrauchen".

Mit diesem Elitebegriff ist ein Privileg, etwa die Beschränkung auf eine kleine Kaste, unvereinbar. Im Gegenteil: Freiheitliche Demokratie hat „die Aufgabe, eine möglichst große Zahl der übrigen Staatsbürger ... zur Haltung der Elite zu erziehen". Ein Beitrag zu diesem Erziehungswerk wäre die Abschaffung der gegenwärtigen Formen von Reklame und Propaganda. Was Nachdenklichen lange klar ist, kann die Informationspsychologie experimentell erhärten. Lädt man eine kybernetische Maschine mit zuviel Weisungen auf, läßt man ihr also nicht genug freie Wahl, so erschwert man ihr die Lösung der eigentlichen Aufgabe oder verfälscht gar das Ergebnis.

An einem Beispiel aus der politischen Wahlpropaganda — dem Slogan „Der Deutsche wählt XY" — erläutert Dr. Frank die ungute Auswirkung auf den Bewußtseinsstrom des Menschen, seine „Fehlprogrammierung". Solche primitiven Appelle „machen glauben, die Entscheidung (für XY) sei selbstverständlich, d. h. es handle sich im Grunde überhaupt nicht um eine ideologische Entscheidung, sondern bloß um die Einsicht in eine Selbstverständlichkeit. Das bedeutet insbesondere, daß jede Wahlpropaganda, die mehr will, als die vorgeschlagenen Forderungen zu verdeutlichen und zur Stimmabgabe schlechthin aufzufordern (nicht zur Stimmabgabe für ... und nicht zur Stimmabgabe gegen ...!), zur Vermassung beiträgt, also bekämpft werden muß".

Hinzuzufügen wäre, daß auch die Aufforderung „zur Stimmabgabe schlechthin" nicht in eine Vergewaltigung ausarten darf, wie sie sich in der unsinnigen Parole

„Wahlrecht ist Wahlpflicht" dokumentiert. Mit diesem Slogan (er ist so geistreich, wie es die Bekundung eines Obsthändlers „Kartoffeln sind Orangen" für Leute wäre, die sich keine Apfelsinen leisten können) werden viele Menschen zum Wahlakt genötigt, die von Politik, der Funktion, dem Wollen und Wirken der Parteien nichts verstehen, aber fürchten, ihrem Ansehen zu schaden, wenn sie dem Wahlaufruf nicht folgten. Eine Wahl ohne Kenntnis der Entscheidungsmöglichkeiten ist jedoch keine und macht das Abstimmungsergebnis zum Spielball des Zufalls. Derjenige hingegen, der über einen politischen Willen verfügt, erhält aus der Einsicht in das gesellschaftliche Geschick genügend Antrieb, sich an der Wahl zu beteiligen. Bieten ihm die kandidierenden Parteien jedoch keine Auswahl oder keine Möglichkeit, seine Wünsche in die Waagschale zu werfen, so kann andererseits Wahlenthaltung durchaus ein Beweis staatsbürgerlicher Klugheit sein.

Während die schulreformerischen Bemühungen vorerst nur Teillösungen erbracht, immerhin einiges erreicht, vieles aber noch offen gelassen haben, jedoch in Fluß geblieben sind, werden in der Politik nur noch aktuelle Belange diskutiert, am Fundament unserer staatlichen Ordnung aber wird nicht gerüttelt, als sei die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form bestmöglich eingerichtet und daher endgültig. Gewiß darf die Rechtsstaatlichkeit nicht angetastet werden; sie muß jedoch — mehr noch als gegen Umsturz — gegen Unterhöhlung geschützt werden, oft gegen die Amtierenden selbst (die Verführung durch die Macht ist nur allzu menschlich).

Die Demokratie freiheitlicher Prägung wird nur solange Institution bleiben, wie ihr Wesen kritisiert werden darf. Daß eine Anregung dazu just von einer Wissenschaft kommt, von der zuweilen befürchtet wird, sie unterwerfe die Menschen einer „Diktatur der Roboter", nährt wieder ein wenig den oft getäuschten Glauben an den Segen der Technik und den Fortschritt durch Wissenschaft. Diese Hoffnung wird jedoch nicht durch einen unpersönlichen Zuwachs an Kenntnissen gemästet, den die informations-psychologische Forschung liefert, sondern durch die humane Haltung von Gelehrten, die weder „um der Sache selbst willen" noch für einen Fetisch — heiße er Staat oder Partei — arbeiten, sondern für die Menschen. Das aber bringt nur eine Gesinnung fertig, in der sich Wissen und Gewissen vereinigen. Dieser Geist ist in dem jungen Helmar Frank lebendig, wie er auch verkörpert ist in der historischen Gestalt des großen Frédéric Joliot-Curie, aus dessen letzter Vorlesung Frank zum Abschluß seines Buches zitiert:

> „Es gibt zuviel Konformismus unter den Wissenschaftlern. Die junge Generation revoltiert zu wenig gegen die Thesen der Älteren. Aufgestellte Behauptungen werden übernommen statt überprüft. Wer sich für das Zustandekommen eines geläufigen Meßwertes interessiert, hat schon große Mühe, die Originalarbeit ausfindig zu machen. Macht er sich diese Mühe und hat er Erfolg, dann kann es geschehen, daß er eine Versuchsanordnung beschrieben findet, die keineswegs die vorausgesetzte Genauigkeit garantiert. Die anerkannten Resultate der Physik sind oft viel weniger gesichert, als man glaubt!"

Wenn das schon bei den „exakten Wissenschaften" beklagt werden muß, wieviel überprüfungswürdiger sind dann erst die „Glaubensinhalte" jener Disziplinen, die schon naturgemäß auf Weltanschauungen und Meinungen beruhen!

Das Allzumenschliche des Automaten

Die Hoffnung, daß Denkmaschinen „wissenschaftlich objektiv" urteilen, ist erstens Wunschdenken und zweitens ein Trugschluß. Angelernt von Menschen, übernehmen die Geräte natürlich auch menschliche Subjektivität („Meinungen", „Vorurteile"), die sich bereits in der Auswahl des programmierten Wissensstoffes

niederschlägt. Außerdem aber entwickeln die sensiblen Apparaturen die Neigung, zu ermüden, reizbar zu sein, Langeweile zu empfinden; mit den mimosenhaften Eigenschaften aber wächst auch der Hang zu Fehlern — wohlgemerkt ohne Vorliegen einer organischen Störung, die bei der riesigen Zahl von Einzelteilen der komplizierten Automaten natürlich auch nicht gerade selten vorkommt. Wiener bezeugt eine gelegentliche „Auflehnung" und „Entrüstung" der feinnervigen Apparate. Dabei handelt es sich freilich nicht um Emotionen. Das Elektronengehirn errechnet mit derselben Akkuratesse das rationellste Verschmoren der Erde mittels Wasserstoffbomben wie die sinnvollste Entwicklungshilfe für Afrika. Doch hochorganisierte Materie erträgt keine M o n o t o n i e, und Primadonnen-Zartheit ist neurosenanfällig.

Diese Unpäßlichkeiten sind jedoch ausschließlich funktionsbedingt; denn eine Gewissensinstanz existiert nicht zwischen den Drähten und Halbleitern. Das Elektronengehirn ähnelt jenem Zeitgenossen, der „nichts als seine Pflicht" tut: dem ausschließlichen Spezialisten, dem es gleichgültig ist, für welche Zwecke und zu wessen Nutzen (bzw. Schaden) er arbeitet. Solche „Objektivität" ist aber bekanntermaßen nicht ungefährlich. So ist die Gefühllosigkeit der Maschine ihre Achillesferse: Ihretwegen muß sie unter strenger Kuratel ihrer Schöpfer bleiben, ihretwegen sind aber auch einer Entwicklung zu größerer Menschenähnlichkeit Grenzen gesetzt.

Gewissenlosigkeit rührt ja auch beim Menschen von einem Mangel an Selbsterkenntnis her; dieser Typ „geht über Leichen", weil er sein Ego verachtet, weil er weder seinen noch den Wert eines anderen Individuums einsieht; und weil ihm eine persönliche Ethik fehlt, verabsolutiert er den Sinn einer von außen an ihn herangetragenen Aufgabe, für die er nun — pedantisch und fanatisch — sogar sein Leben einsetzt. Diese im Grunde gar nicht subjektive, sondern objektgebundene Energie erweckt oft den Eindruck dessen, was man gewöhnlich „Selbstbewußtsein" nennt. Doch wir wissen, daß es gerade dessen Abwesenheit ist, die den blinden Eifer verursacht. Genau dies trifft auf den „Charakter" der kybernetischen Maschine zu.

Die Mängel der kybernetischen Maschine sind also nicht ausschließlich technische Probleme. Andererseits ist die Fehlerhaftigkeit der Apparatur auch nicht geeignet, den Menschen auf seine grundsätzliche Überlegenheit im Gegensatz zur „toten Materie" stolz zu machen. Wäre Stolz des Schöpfers auf Unvollkommenheit seiner Schöpfung nicht an sich absurd, so wären die Fehler der Automaten viel eher dazu angetan, unsere Furcht zu wecken: sind doch schon heute Millionenheere, Volkswirtschaften, Länderstatistiken, Produktionsanlagen, Forschungsprojekte, Einrichtungen und Organismen mit vitaler Bedeutung für Hunderte von Millionen Menschen O b j e k t von Denkmaschinen. Der Mensch kann daher nur dann Herr der Roboter bleiben, wenn er bewahrt, was sie nicht haben: Charakter. Verlöre er die Orientierung für gut und böse, so wäre seine maschinelle Exekution besiegelt.

Literatur:

Helmar Frank: „Kybernetische Grundlagen der Pädagogik", 186 Seiten, brosch. 12,80 DM.

Gotthard Günther: „Das Bewußtsein der Maschinen", 98 Seiten, brosch. 6,80 DM (beide AGIS-Verlag, Baden-Baden und Krefeld).

Georg Klaus: „Kybernetik in philosophischer Sicht", 516 Seiten, Leinen 19,50 DM, Dietz-Verlag, Ostberlin.

Kurt W. Marek: „Provokatorische Notizen", 156 Seiten, kartoniert 12,80 DM, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Aus der Wirtschaft

Erhebliche Zunahme des Ost-West-Handels

Im Zuge der anhaltenden weltpolitischen Entspannung und als bedeutsames Element der Verbindung von Koexistenz und Kooperation der beiden Machtblöcke läßt sich eine außerordentliche Zunahme des Ost-West-Handels feststellen. Wir versuchen im folgenden eine Übersicht über die wichtigsten Vorgänge der letzten Wochen zu geben.

Die Kieler Howaldts-Werke AG haben Ende August in Moskau einen Schiffsbau-Auftrag für über 300 Millionen DM abgeschlossen. Laut „Handelsblatt" vom 28. August „handelt es sich bei dem Moskauer Auftrag um acht Fischereifabrik-Schiffe von je 16 000 tdw oder insgesamt 128 000 tdw, die die sowjetische Import-Gesellschaft Sudo-Import bei Howaldt bestellte. Der sowjetische Auftrag hat einen Gesamtwert von 250 Millionen DM. Weitere 50 Millionen DM betreffen sowjetische Reparatur-Aufträge für früher in Kiel gebaute Schiffe". Das „Handelsblatt" berichtet über die Bedeutung dieses Kontraktes ferner: „Damit dürfte die Werft, die nur noch über einen Auftragsbestand von fünfzehn Schiffen mit etwa 750 000 tdw verfügte, bis 1965 wieder voll ausgelastet sein." Die bestellten Schiffe sollen 1965 und 1966 geliefert werden.

Der Generalbevollmächtigte der Firma Krupp, Berthold Beitz, hat Mitte September auf Einladung des bulgarischen Ministerpräsidenten Todor Shiwkoff Bulgarien besucht und ist in Anwesenheit von Außenhandelsminister Awramoff von dem bulgarischen Ministerpräsidenten empfangen worden. (Nach Handelsblatt v. 20./21. 9. 63)

Besonderes Aufsehen haben in den letzten Wochen die ungewöhnlichen umfangreichen Weizenkäufe der Sowjetunion in der westlichen Welt erregt. Am 16. 9. haben der kanadische Handelsminister Sharp und der erste stellvertretende sowjetische Außenhandelsminister Borisow in Ottawa einen Vertrag über die Lieferung von insgesamt 239,2 Millionen Bushel Weizen und Weizenmehl abgeschlossen. Es handelt sich um Lieferungen im Werte von fast 500 Millionen Dollar und damit um den größten Weizen-Lieferungsvertrag der kanadischen Geschichte. — Der neue Weizen-Kontrakt ist für Kanada von um so größerer Bedeutung, als für dieses Jahr eine der größten Weizen-Ernten in der Geschichte des Landes zu erwarten ist und die Absatzschwierigkeiten vor allem auf dem westeuropäischen Markt zunehmen. „Nur unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, daß Kanada sich in den letzten Monaten bei Weizenverhandlungen mit kommunistischen Ländern in bezug auf Zahlungsbedingungen und andere Konzessionen besonders nachgiebig zeigte. In einem neuen Rahmenvertrag mit Rotchina wurde den Chinesen eine Anzahlung von 25 % mit Abzahlung des Restes in 18 Monatsraten gewährt, wobei es inoffiziell als wahrscheinlich gilt, daß man ihnen gleichzeitig wichtige Zusagen bezüglich verbesserter Ausfuhrmöglichkeiten für chinesische Waren nach Kanada machte. Wenige Wochen später wurde ein neuer Weizenvertrag mit Polen abgeschlossen, der noch günstigere Kreditkonditionen enthält. Die Polen brauchen nur 10 % anzuzahlen und erhalten für den Rest einen Kredit von 24, 30 und 36 Monaten. Insgesamt sollen unter diesen Bedingungen noch vor Jahresende 7,4 Millionen Bushel kanadischen Weizens im Gesamtwert von 14,5 Mill. Dollar nach Polen verschifft werden." (NZZ v. 28. 8. 63)

Die sowjetischen Weizenkäufe sind offensichtlich durch einen außerordentlichen Ernteausfall im eigenen Lande veranlaßt worden. Laut Süddeutscher Zeitung vom 30. 9. 63 wird er auf 13 Millionen Tonnen geschätzt. Nach dem Weizen-Vertrag mit Kanada hat die Sowjetunion auch mit Australien ein neues Weizen-Geschäft vereinbart. Danach liefert Australien 58,5 Millionen Bushel australischen Weizen und Weizenmehl; der Umfang des Kontraktes kann durch Option der Sowjetunion auf 64 Millionen Bushel erhöht werden. „Mit diesen Transaktionen dürfte die Sowjetunion in dem am 1. August begonnenen internationalen Weizenjahr 1963/64 erstmals seit der Kriegszeit zu einem Nettoimporteur für Weizen und Weizenmehl werden. In den letzten Jahren pflegte So-

wjetrußland zwar häufig gewisse Mengen Hartweizen aus Kanada zu beziehen, die aber nie mehr als ein Zwölftel der nunmehr vereinbarten Mengen erreichten. Demgegenüber lieferte die Sowjetunion stets neben steigenden, aber noch keineswegs sehr hohen Mengen Weizen nach dem Westen (namentlich Westeuropa und Ägypten) sehr große Quantitäten Weizen — gewöhnlich zwischen 3,5 und 5 Mill. t pro Jahr — nach osteuropäischen Ländern." (NZZ v. 20. 9. 63)

Von ganz besonderer Bedeutung ist das Interesse der Sowjetunion an Weizen-Käufen in den U S A. Es verlautet, daß Moskau den Kauf von drei Millionen Tonnen amerikanischen Weizens für einen Gegenwert von 250 Millionen Dollar beabsichtigt. (Die obenerwähnten Weizenkäufe in Kanada und Australien entsprechen einer Menge von rund 7 Millionen Tonnen.) Die amerikanische Landwirtschaft legt nunmehr auf einen solchen Export-Kontrakt offenbar großen Wert: „Im traditionell konservativen Farmgürtel des Mittelwestens Amerikas vollzieht sich zur Zeit eine Wandlung. Bis vor kurzem war jede Anregung über Lieferungen landwirtschaftlicher Güter nach Sowjetrußland mit einem entschlossenen Nein beantwortet worden. Seit Kanada und Australien zusammen ein 600-Mill.-Dollar-Weizengeschäft mit Sowjetrußland abgeschlossen haben, beginnt man im Mittelwesten anders zu denken. Die Getreidefarmer Amerikas machen schwierige Zeiten durch. Weizen wird im Überschuß angebaut, die Preise sind gedrückt. Sie müssen zusehen, wie andere Nationen des Westens Geschäfte mit dem kommunistischen Block treiben, während die Vereinigten Staaten aus ideologischen Gründen den Handelsverkehr mit Sowjetrußland praktisch verbieten." (Deutsche Zeitung v. 28./29. 9. 63)

(Über die Bemühungen der UdSSR um Weizenmehl-Käufe in der Bundesrepublik und die Embargo-Bestrebungen gewisser Bonner Kreise werden wir in Heft 11 ausführlich berichten.)

Im Zusammenhang mit den amerikanisch-sowjetischen Weizen-Gesprächen ist es in den USA zu einer lebhaften G r u n d s a t z d e b a t t e über das Osthandels-Problem gekommen. Am 17./18. 9. 63 fand in Washington eine Konferenz des Präsidenten, mehrerer für außenpolitische und wirtschaftspolitische Fragen zuständiger Kabinettsmitglieder und der Führer der amerikanischen Großindustrie über das Thema Exportförderung statt. Die Basler Nachrichten berichteten am 24. September über das Ergebnis dieser Besprechungen: „Von den vielen besprochenen Möglichkeiten einigten sich die Regierungs- und Wirtschaftsführer auf zwei Lösungen von erstrangiger und sofortiger Bedeutung: Ausweitung des bisher unbeträchtlichen Handels mit der Sowjetunion und Steuervergünstigung für den amerikanischen Exporthandel. In der bisher völlig negativen Stellungnahme führender amerikanischer Regierungs- und Wirtschaftskreise gegenüber dem Osthandel hat sich somit eine grundsätzliche Wandlung vollzogen ... Dieser radikale Stimmungsumschwung gegenüber dem Osthandel kam in der Exportförderungskonferenz des Weißen Hauses ganz klar zum Ausdruck. Die versammelten ‚Big Businessmen' und Handelssekretär Luther Hodges, die bisher dem Osthandel einstimmig feindlich gegenüberstanden, setzten sich jetzt mit Nachdruck zugunsten einer Revision der amerikanischen Osthandelspolitik ein. Ähnliche Stimmen waren gleichzeitig im Kongreß zu vernehmen, wo der demokratische Senatsführer Hubert Humphrey sowie sechs andere Senatoren den Export amerikanischen Weizens an die Sowjetunion befürworteten und an die Regierung die Frage stellten: ‚Wenn Kanada es tun kann, warum nicht auch wir, da wir einen Weizenüberschuß von 1,2 Mrd. Scheffel haben?' Die Kongreßstimmen sind von ganz besonderer Bedeutung, denn bisher war es ja vor allem die Opposition des Kongresses, welche die Kennedy-Verwaltung zu einer Embargopolitik gegenüber dem Sowjetblock veranlaßt. Jetzt, da einflußreiche Kongreß- und Wirtschaftskreise einverstanden sind, den Osthandel auszuweiten, dürfte die Kennedy-Regierung der neuen Strömung mit großem Gefallen nachgeben — sowohl aus außenpolitischen wie aus zahlungsbilanzmäßigen Erwägungen."

Nach einer UPI-Meldung vom 22. August ist der Umfang der amtlich bewilligten amerikanischen Güter-Exporte nach Staaten hinter dem Eisernen Vorhang laut einer Mitteilung des Handels-Departements im zweiten Quartal 1963 um 5,8 Millionen auf 16,6 Millionen Dollar angestiegen. (NZZ v. 25. 8. 63)

Bemühungen um eine erhebliche Intensivierung der Handelsbeziehungen mit der

Sowjetunion unternimmt auch Großbritannien. Handelsminister Erroll hielt sich im September vierzehn Tage lang in der Sowjetunion auf und besprach mit dem sowjetischen Außenhandelsminister Patolitschew die Aufnahme von Verhandlungen über eine Erneuerung des britisch-sowjetischen Handelsvertrages für fünf Jahre. Die Besprechungen darüber sollen Anfang 1964 in London beginnen. — Schon am 2./3. 8. 63 berichtete das „Handelsblatt" in einem Eigenbericht aus London: „Sollte Moskau die Vergabe größerer Aufträge in Zukunft von längeren Zahlungsfristen abhängig machen, dann wird London bei sonst angemessenen Kontraktbedingungen bis zu sieben Jahren zugestehen. Denn Rußlands Bestellungen sind neuerdings um so attraktiver geworden, als sie zu ausgesprochen hohen Beträgen angeboten und zugeteilt werden. So haben Simon Carves jüngst einen Auftrag auf Polyäthylenanlagen im Wert von fast 230 Millionen DM abgeschlossen, während Humphries & Glasgow eine Bestellung auf Äthylenausrüstungen für mehr als 70 Mill. DM erhielten.

Über weitere derartige Großaufträge wird noch verhandelt. Bisher waren die Russen im Austausch mit England lediglich auf die Erzielung möglichst hoher Überschüsse zur Finanzierung ihrer Importe aus dem äußeren Sterlingraum bedacht; neuerdings haben aber vage Zusagen Chrustschows an Harold Wilson und an eine Mission der Londoner und Birminghamer Handelskammern sowie Berichte über eine angebliche Comecon-Forderung nach Verdoppelung des Geschäfts mit Großbritannien (3,15 Mrd. DM in 1962) in der englischen Industrie eine wahre Osthandels-Euphorie ausgelöst. Whitehall wird daher von Interessentengruppen wieder einmal dazu gedrängt, das nach kurzem Anlauf 1961 unterbrochene Gespräch über den Abschluß eines klassischen Handels- und Schiffahrtsvertrages mit der Sowjetunion wieder aufzunehmen, was übrigens wohl schon längst geschehen wäre, wenn sich die Meistbegünstigung die dabei zugestanden werden müßte, besser mit den britischen Verpflichtungen gegenüber der EFTA in Einklang bringen ließe. Wie ein unlängst von führenden britischen Industriellen unterzeichnetes Manifest glauben machen will, wäre durchaus mit einem zügigen Anstieg der ‚legitimen' britischen Lieferungen in den Sowjetblock von 1,57 auf 3,9 Mrd. DM pro Jahr zu rechnen, falls Whitehall bereit wäre, über die Gewährung großzügiger Kredite und den Abschluß längerfristiger Warenabkommen hinaus die Diskriminierung gegen Importe aus dem Osten zu beseitigen."

Der britische Oppositionsführer Wilson kündigte in der amerikanischen Zeitschrift „Atlantic Monthly" für den Fall eines Labour-Wahlsieges in Großbritannien verstärkte Wirtschaftskontakte mit dem Ostblock an. (Nach: Die Welt v. 24. 9. 63)

Nach einer Feststellung des französischen statistischen Amtes hat der Handel zwischen Frankreich und den Ostblock-Ländern, mit Ausnahme der Sowjetunion und Jugoslawien, von 1960 bis 1962 um 20 % zugenommen. (Nach: Die Welt v. 27. 8. 63)

Die japanische Gesellschaft Jawata wird nach der inzwischen eingetroffenen Genehmigung des japanischen Außenhandelsministerium 20 000 Tonnen großformatige Stahlrohre an die Sowjetunion liefern. (Handelsblatt v. 6./7. 9. 63)

Bemerkenswert sind auch die Nachrichten über eine Ausweitung der westlichen Handelskontakte mit Rotchina.

Die NZZ berichtete am 13. 9. 63 aus Los Angeles über das Interesse amerikanischer Handelskreise an der Westküste an einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu China. Es wurde bereits ein „Komitee für die Erneuerung unserer Politik gegenüber China" gegründet, das von der „San Francisco World Trade Association" unterstützt wird. Das Komitee bemüht sich darum, „vor Jahresende eine Konferenz von Geschäftsleuten der Westküste mit Vertretern der Regierung von Peking zustande zu bringen. Die am 15. Oktober beginnende Handelsmesse von Kanton wäre nach Ansicht des Komitees ein geeigneter Anlaß für derartige Verhandlungen" ... Man überlegt sich an der amerikanischen Westküste, daß die Möglichkeiten, die der chinesische Markt heute bieten würde, wenn er dem Westen geöffnet werden sollte, gegenüber früher viel größer geworden sind. Es gilt, die Bedürfnisse von rund 600 Millionen Menschen zu decken, die ihren Lebensstandard haben wollen, nachdem sie bis jetzt kaum über das Existenzminimum hinausgekommen sind. Einzelne westeuropäische Staaten denken bereits daran, dieses Potential auszuschöpfen. Und seit Kanada wie auch Australien begonnen haben, Verträge

über die Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu unterzeichnen, werden einige Geschäftsleute im Westen Amerikas unruhig. Bis jetzt sind ihnen weder Washington noch Peking entgegengekommen, doch hoffen sie, daß durch den Druck der Ereignisse eine Änderung eintreten wird."

Wie der Sino-British Trade Council in London mitgeteilt hat, beabsichtigt er im nächsten Jahr, wahrscheinlich im November, eine britische Industrieausstellung in Peking zu veranstalten. Sie soll sich auf Maschinen und andere Kapital-Güter beschränken, „da China für Konsumgüter-Importe offenkundig fast keine Devisen zur Verfügung stellen kann... Vier britische Firmen — ICI, De La Rue Morgan Crucible und R. H. Windsor Plastics — haben soeben eine kleinere Ausstellung in Peking durchgeführt. Dänemark hat neulich wissenschaftliche Instrumente ausgestellt. Frankreich will demnächst eine Handelsmission nach Peking schicken. Das westliche Interesse für diesen potentiell sehr entwicklungsfähigen Markt nimmt deutlich zu." (NZZ v. 28. 8. 63)

Nach einem Bericht der Deutschen Zeitung vom 25. 9. ist ein Studienausschuß des französischen Industriellen-Verbandes zu einem längeren Aufenthalt in Rotchina eingetroffen. Es sollen die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit besprochen werden. „Es heißt in Paris, daß China an der französischen Mitarbeit bei der Entwicklung der chemischen und petrochemischen Industrie besonders interssiert sei und französische Angebote für die Erstellung von Ölraffinerien, Kunstdüngerfabriken, Kunststoff- und Kunstfaserwerke wünsche."

Abgeschlossen am 4. Oktober

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Vehikel der Freiheit?

In Frankfurt wurde die große Jahresschau des Autos mit viel Gedränge und Gepränge eröffnet. Minister, Exzellenzen, Magnifizenzen, Priester und Generale, die Honoratioren unserer Gesellschaft waren feierlich zugegen. Schumanns Rheinische Symphonie erklang und bedeutete, daß inmitten der industriellen Präsentation auch die Kultur nicht zu kurz kommen sollte. Mehr noch, das gewaltige Aufgebot der chromblitzenden und stahlprotzenden Autoindustrie wird einer kulturellen Erhebung gleichgesetzt. Im Motorenrauschen und im Rauschen des Rheins der Symphonie Schumanns wird ein gleicher Takt gehört, eine im wesentlichen gleiche Botschaft vernommen. Sie beide sollen dieselbe Größe des Menschen, die Gewähr für seine brillante Zukunft verheißen. So kann es uns denn wahrlich nicht schlecht gehen inmitten der Synchronisierung von Symphonie und Motorenmelodik. Der Kultur gedenkend, stellte die Industrie ihren Siegeslauf vor: die Jahresproduktion wird den Rekord von 2,7 Millionen Einheiten erreichen, während sie vor fünfzehn Jahren ganze 60 000 ausstieß. Auf die Bevölkerungszahl berechnet, kommt die Bundesrepublik somit an das Niveau der USA heran. Rekord, Rekord. Die Autoerzeugung beträgt 7 Prozent der gesamten industriellen Produktion und 14 Prozent des Außenhandels. Sie ist also ein wichtiges Element der Wirtschaft. Rekord, Rekord. Doch auf bundesdeutschen Straßen werden jährlich 14 000 Menschen von Autos überfahren, doppelt soviel wie in England und Frankreich, dreimal soviel wie in den Vereinigten Staaten.

Eine „Nation auf Rädern", feierte Ministerpräsident Zinn bei der Eröffnung der Ausstellung das Ereignis der Motorisierung. Die Räder rollen: doch wohin und wozu? Diese Frage muß vom gesellschaftlichen, ja philosophischen Standpunkt aus beantwortet werden. Längst hat das Auto aufgehört, nur ein Transportmittel zu sein, ein Gestell, dem eine rationelle Anord-

nung von Blech, Stahl, Gummi, Leder, Kunststoff die Erreichung eines bestimmten Zwecks, die schnelle Fortbewegung, erlaubt. Über diese ursprüngliche Funktion wuchs es hinaus, umgab sich mit dem Strahlenglanz einer mythischen Aureole, wurde zum Fetisch, dem tiefe Ehrbezeugung gebührt. Der Zweck der raschen Fortbewegung von einem Ort zum anderen steht kaum mehr im Vordergrund, wurde nebensächlich. Nicht nur weil ein optimaler technischer Stand erzielt wurde, auch weil das massenhafte Wuchern der Gefährte kaum noch erlaubt, ihre Geschwindigkeitsmöglichkeiten auszunutzen. Immer häufiger kommt es vor, daß das Auto keineswegs das schnellste Verkehrsmittel ist, das es zu sein verspricht, da es, statt seine 130-km-Kapazität gebrauchen zu können, sich auf verstopften Landstraßen oder im ausweglosen Großstadtknäuel mit 30 km begnügen muß, wenn sein verzweifelter Besitzer nicht überhaupt vorzieht, es am Straßenrand abzustellen.

Wenn es seinem eigentlichen Zweck nur noch unvollkommen entspricht — und je mehr Autos vorhanden, umso weniger kann ihm entsprochen werden —, so muß man fragen, was dennoch den Boom erhält, den Drang nach dem fahrbaren Gestell nährt. Unzweifelhaft ist, daß, unabhängig vom Problem des eher fragwürdig gewordenen raschen Fortbewegens, „der Wagen", als Symbol sozialen Standings, das liebste Objekt breiter Sehnsüchte darstellt. In einer Gesellschaft, die von sich behauptet, klassenlos zu sein, gilt er als Zeichen der Klassenlosigkeit: jeder rollt, ob Kapitalist oder Arbeiter, ob Direktor oder Handwerker. Ist das kein Ausdruck von Gleichheit? Dem kleinen Mann war Jahrzehnte hindurch das Motorgefährt als Symbol der Herrschenden selbst erschienen. Er sah zu, wie sie in schweren Limousinen an ihm vorbeiglitten. Welch ein Gefälle gab es vom einen zum anderen! Heute braucht er nicht mehr am Straßenrand zu stehen und sehnsüchtig Abgase zu schlucken. Oder zumindest hofft er, es nicht immer zu brauchen und es seinem Kollegen von der Werkbank nachmachen zu können. Jedem sein Gefährt! Und dem kleinen Mann, der andachtsvoll die Tür des teilbezahlten Dings öffnet, erschließt sich eine ganze Welt von Vorstellungen: Auch er fährt wie sein Vorgesetzter, auch er hat Menschen unter sich — die Fußgänger —, die gewohnten hierarchischen Beziehungen scheinen für Augenblicke oder Stunden ausgelöscht, neue erstehen, wo die Putzfrau wähnen kann, eine Filmdiva zu sein.

So wird „der Wagen" vom Fahrzeug zum Mittel gesellschaftlicher Regulierung. Die vorhandenen Klassenspannungen werden durch die autofahrende „Volksgemeinschaft" gedämpft und scheinbar beseitigt. Die echte Befriedigung, welche die hierarchische Industriegesellschaft der untergebenen Masse versagt, wird durch Ersatz verdrängt. Der fest in der monotonen freudlosen Arbeit Eingespannte flieht auf die Straße, in ein Gefährt, dessen Herr er ist, dessen Mechanik er bestimmen kann. So wird als Ersatz der Fetisch — das ist das eigentlich Teuflische daran — auch zum Mittel wahrer Freude, der Befriedigung wirklichen Spieltriebs. Der gesellschaftlich Geprellte empfindet tatsächlich Lust am Ersatz. Die Größe der Lust entspringt dem ansonsten herrschenden Malaise. Je größer die gesellschaftliche Versagung, umso mehr Gefallen ruft die Ersatzbefriedigung hervor, umso stärkeren Anreiz bietet die Flucht auf die Straßen, in die Weite, in die Geschwindigkeit, ins private Reich des Gefährts. „Trautes Heim, Glück allein", hieß früher des Spießers Losung. Das traute Heim, in dem Glück heute gefunden werden soll, ist „der Wagen", wobei allerdings das Alleinsein angesichts des Massengeschicks bestenfalls eine ironische Floskel ist. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Autobesitz vieler Kleinverdiener keineswegs ihrem allgemeinen sozialen Fortschritt entspricht. Oft ist „der Wagen" ein Produkt zahlreicher Entbehrungen an materiellen und kulturellen Gütern. Er ersetzt gesündere Ernährung, Theater, Bücher, bessere Ausbildung der Kinder. Und außerdem darf der Mythus von der rollenden Nation nicht vergessen machen, daß noch für lange Zeit Millionen Menschen, trotz aller Entbehrungen, dieses „Glücks" nicht teilhaftig werden können. Jedem sein Auto, was „Bild" versprach, wird noch lange eine Lüge bleiben. Dennoch wird der Mythus, wie so viele andere Gespinste in der Geschichte, eine wichtige Funktion als Hoffnungsstern für eine Masse erfüllen, die in der Erwartung des neuen Heilands lebt — ohne auf den Gedanken zu kommen, ihre wirklichen Existenzbedingungen zu verändern. Als Ersatzbefriedigung ähnelt das Auto dem Film: Beide sind Mittel der Flucht, Regulatoren einer Gesellschaft, die sich ihrer Reform entziehen will. Das Auto

wird zur trügerischen Ideologie, um entscheidenden Fragen gesellschaftlichen Mißstands aus dem Weg zu gehen. Der im Industriebetrieb Gequälte soll nicht an sie denken, sondern sich auf die nächste Sonntagsausfahrt freuen, wo er der Herr in seinem Gefährt sein darf, der er ansonsten nirgends ist. Über allem glänzt das amerikanische Beispiel, das vermittels einer Skala von Ersatzfreuden die Lösung dringender Probleme der Gesellschaftsorganisation hintertrieb. Die Versuchung liegt nahe, es dem nachzutun.

„Vehikel der Freiheit", ließ sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" respektvoll vernehmen. „Willen der Bürger zur Freiheit, Unabhängigkeit, Ungebundenheit", schäumten die schönen Worte. „Dieser Erfolg ist ohne die freie Marktwirtschaft mit freien Märkten, freiem Wettbewerb und freier unternehmerischer Entscheidung nicht denkbar". Das Auto, als Freiheitssymbol umgedeutet, wird zur Zierde eines Staates, der dabei ist, die Freiheit notstandsgesetzlich zu reduzieren. Nicht besser kann die unendliche Diskrepanz unterstrichen werden, die den „Willen der Bürger zur Freiheit" im Auto von dem Bürgerwillen zur Freiheit im Staate trennt: der Bürger darf die „Freiheit" des Autorummels genießen, sofern er darauf verzichtet, seine gesellschaftliche Freiheit wahrzunehmen. Die großen Kinder dürfen „frei" spielen, damit die ernsthaften Dinge umso ungestörter von den Herrschenden erledigt werden können. Der Freiheitsersatz erlaubt umso leichter, echte Freiheit zu beschneiden. Seines eigentlichen Inhalts entkleidet, wurde das Vehikel zum Fetisch, das Fortbewegungsmittel zum Freiheitssymbol, die Maschine zum Götzen.

Durch diese, von gesellschaftlichen Interessen bedingte Verwandlung wurde ein Mittel, das dem Menschen zu helfen vermochte, indem es ihn schlicht fortbewegte, zum Werkzeug neuer Erniedrigung. Gerade durch seine ideologische Potenzierung als Freiheitsträger wird es zum Instrument von Unterdrückung. Nur die Zurückführung auf seinen primären Zweck, seine Entheiligung, könnte das Auto davon befreien, wie heute eine gesellschaftliche Gefahr zu sein. Im selben Maße würden sich statt des Freiheitsersatzes Perspektiven echter Freiheitsgestaltung, gesellschaftlicher Mitbestimmung, kultureller Aktivität ergeben, die heute vermittels des Wagen-Kultes weitgehend verdrängt werden. Nicht das am wenigsten Erstaunliche ist, daß der Kult mit dem Material-Götzen im Namen eines Gesellschaftssystems betrieben wird, das nicht müde wird, entgegen dem östlichen Materialismus auf seine spirituellen, christlichen Vorsätze hinzuweisen. Welch ein Verschleiß an Begriffen da geleistet wird! Kann man wirklich in einem Atemzug der Religion der Entsagung und dem „Großen Mercedes" mit eingebauter Bar huldigen? Anscheinend, denn diese Widersprüche bilden das Niveau, auf dem unsere Gesellschaft — wie lange noch? — sich bewegt. Als die Loblieder auf den Triumph der Auto-Freiheit ertönten, waren sie bereits durch ein unübertreffliches Chaos ad absurdum geführt, das alle Straßen zur Frankfurter Ausstellung verriegelte. Die Motor-Fans mußten beklommen — welche Schmach! — 5 km zu Fuß zurücklegen. Das war jedoch nur ein drastischer Hinweis auf ohnehin bestehende Verhältnisse. Der Aufbruch der „Nation auf Rädern" vollzog sich chaotisch, der Straßenbau hielt nicht mit, die Städte drohen dem Ansturm zu erliegen. Die Lobpreisung der Freien Marktwirtschaft wirkt daher besonders fragwürdig: In der Millionenzahl von Autos die Überlegenheit des Kapitalismus zu sehen, ist so unsinnig, wie die Weltraumfahrt als sozialistisch zu werten. Erhard selber setzte Zweifel an seine Grundsätze, indem er — der unablässig Planung verwirft — langfristige Vorschau für den Ausbau des Verkehrsnetzes forderte. Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage des gesellschaftlichen Kurses überhaupt: Dürfen die Interessen der Autoindustrie und ihrer Kundschaft Vorrang haben vor den Erfordernissen der Bildungsinstitutionen, Wohnungen, Krankenhäuser usw.? Darauf haben die Rezepte der Freien Marktwirtschaft, bei uns ebenso wenig wie in den USA, bisher keine befriedigende Antwort gegeben. Vom Himmel interessenbedingten Geflunkers müssen wir auf den Boden der Sachlichkeit hinuntersteigen und den Zweck-Rednern zum Trotz betonen: Die Auto-Freiheit ist nicht die Freiheit. Sie könnte sogar, wenn man nicht sehr auf der Hut ist, ihr Gegenteil sein.

Jan Werk

Eine Leserzuschrift

In dem in Nr. 8 der „Blätter" erschienenen Beitrag von Dr. Rudolf Hilf „Zur Frage der deutsch-tschechischen Beziehungen" findet sich ein Absatz, der nicht unwidersprо-

chen bleiben darf. Der Verfasser gibt — wie er schreibt — „die Erzählung eines sudetendeutschen Journalisten" über die Deportation der Prager Juden wieder, die er sich anscheinend zueigen macht, da er mit keinem Wort von ihr Abstand nimmt. Nun, in dieser „Erzählung" wimmelt es leider, unter äußerer Anstandsbekundung, von Verharmlosungen, die — wir wissen es nur allzu gut — häufig genug einen ersten Schritt zweifelhafter Rechtfertigung darstellen. Da heißt es, der Zeuge Dr. Hilfs wollte sich „das ansehen", d. h. die Deportierung, wie man ein Spektakel ansieht. Und welche Reaktion hat er? „Eigentlich eine traurige Sache." Wieso „eigentlich"? Ergab sich die Trauer des Ereignisses nicht von selbst? Sein Gesprächspartner war damit nicht einverstanden und meinte: „Das ist etwas viel Schlimmeres! Ein eindringlicher Anschauungsunterricht für ein gelehriges Volk wie die Tschechen, wie man sich einer mißliebigen Minderheit entledigen kann." Nach dieser Aussage — von der, wie gesagt, Dr. Hilf mit keinem Wort sich distanziert — war das wirklich Schlimme nicht die Deportation der Juden, sondern das Beispiel für eine künftige Behandlung der Deutschen, „wenn die Geschichte schief geht", wie es in dem Bericht heißt. Woraus man entnehmen darf, daß „wenn die Geschichte nicht schief" ginge, es eben doch nicht so schlimm wäre. Das ganze hätte mit der Judendeportation sein Bewenden gehabt — „eigentlich eine traurige Sache" —, doch hätte das den Appetit nicht allzu vieler großdeutscher Enthusiasten gestört. Die Beschönigung hat jedoch dabei nicht ihr Bewenden, sagte doch der Gewährsmann Dr. Hilfs: „Vielleicht werden wir froh sein, wenn alles noch so gut zugeht wie da." Der wackere Sudetendeutsche war also gar nicht so unzufrieden: Es ging anscheinend recht menschlich zu, die Organisation klappte vorzüglich. Selbst wenn man annimmt, der Beobachter der „eigentlich traurigen Sache" hätte damals nicht gewußt, daß die Deportierten für die Ermordung bestimmt waren, so weiß man es zumindest heute. Es geht nicht an, im Jahre 1963 von der Juden-Deportation zu schreiben, als sei eigentlich alles noch ganz gut zugegangen, um zu dem Schluß zu kommen, das „Schlimmere" sei erst später geschehen mit der Ausweisung der Deutschen. So schwer diese für die Betroffenen auch war, es muß immer wiederholt werden: Von den für Auschwitz-Maidanek bestimmten Zügen trennt sie eine Unendlichkeit, die keine selbstgerechte Verstocktheit aus der Welt zu schaffen vermag. Das Unwissen um den Massenmord, das man dem Gewährsmann Dr. Hilfs noch zugutehalten kann, ist wahrlich heute noch nicht einmal ein in entferntem Sinn zu benutzendes Argument. Muß man hinzufügen, daß mit solchen Darstellungen auch den Sudetendeutschen letzten Endes ein schlechter Dienst erwiesen wird? Der Geist der Verharmlosung ist in der Bundesrepublik längst kein Lapsus mehr, sondern ein Politikum größten Ausmaßes. Daher muß auch seinen leisesten Bekundungen entgegengetreten werden.

Heinz Abosch

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte ...

Der Höcherl an der Wand ... meinte, daß das mit der Leitung nicht an der Leitung läge. Mich interessiert nicht so sehr, wer mir den fremden Mann ins Ohr setzt. Mich interessiert, daß man sich für meine Worte interessiert. Endlich legt die Regierung Wert darauf, in Erfahrung zu bringen, was man denkt. Man kann sich das Wahlkreuz sparen und braucht nur noch zu telefonieren.

Die Leute vom Verfassungsschutz haben ja nur mitgehört, um mitzuhören, ob auch keiner mithört. Aber es waren ja keine deutschen Ohren, sondern US-Ohren. Und die dürfen ja, weil wir so souverän sind ... kriechend um die Bespitzelung unserer Mitdemokraten zu betteln.

Daß die, welche sich „Verfassungsschützer" nennen, unsere Verfassung zum Witzbuch degradieren, läßt jene, welche fest zur Verfassung stehen, fassungslos werden.

Und ... Nichts mehr: „und", solange den Bürgern der Achsenbruch ihres Wagens katastrophaler zu sein scheint als ein Verfassungsbruch. Man zahle jedem Wähler zwölf Mark fünfzig aus, und man hat sich damit die Zustimmung zum Notstandsgesetz erkauft. Die Bürger nehmen in unserem Lande ihre Verfassung so für bare Münze wie ihre eigene Steuererklärung.

„Niemand darf wegen ... seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden"? Da grinsen selbst regierungstreue Starrköpfe. „Eine Zensur findet nicht statt"? „Hihi"! kichern todernst Fernsehleute und Filmkontrolleure. „Parteien müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben." „Ganzjähriger Aprilscherz!"

Man kann das Grundgesetz schon für zwei Mark kaufen. Ich fürchte, daß es schon viel billiger geworden ist! Wo sind die zahlreichen „Krauts", „Boches" und „Michel", die ihre Spitznamen ad absurdum führen? Wievieler Kapitulationen bedarf es eigentlich noch, bis aus einem kapitalen Untertan ein das Kapital geringer schätzender Staatsbürger wird?

Das Grundgesetz sollte man nicht auf ein Podest stellen, sondern in die Hosentasche stecken, nicht bei Verfassungsfeiern beweihräuchern, sondern alltags benutzen, man sollte nicht daran riechen, sondern reinbeißen!

Jede Verteidigung unseres oft fragwürdigen Begriffes „Freiheit" nach außen ist blasphemisch, wenn jene eifernden „Verteidiger" nicht zuerst die Basis dieser Freiheit, also das Grundgesetz, gegen seine beamteten Pseudobeschützer abschirmen. In Frankfurt waren es „wieder einmal einige junge Leute", wie einige Zeitungen sich diffamierend zu diffamieren glaubten, die ein reines Gewissen als sanftes Ruhekissen vorzogen und sich als Sitzkissen eine Zeitung unterschoben, um im Zentrum der Stadt gegen Verfassungsschützerwillkür sitzstreikend zu protestieren.

Hei, da knallte aber der Gummiknüppel, denn jene friedlichen Demonstranten hatten versäumt, den Willen zum Äußern ihrer Meinung rechtzeitig bei der Polizei anzumelden. Guter Protest soll Weile haben! Rabiat sauste der Gummiknüppel des Versammlungsgesetzparagraphenhüters auch auf eine junge sechzehnjährige Bürgerin nieder. Als gar unbeteiligte Passanten es wagten, ihrer Empörung über die behördlichen Schläger Luft zu machen, sah man zur Rechten wie zur Linken einen Bürger niedersinken. Schließlich scheint es in unserem Lande immer noch seriöser zu sein, legal ein KZ zu errichten als unangemeldet zu demonstrieren.

Deshalb blieb der öffentliche Protest in Maßen, als ein Polizist bei dieser Demonstrationsvertilgungsaktion eine Pistole zückte und rief: „Ich zähle bis drei ..." Ob jener bezüglich der Bürgerrechte und -Pflichten bis drei zählen kann?

Nicht nur nach dem Kalender geschah dies an einem Freitag, den 13., auch für unsere embryonale Demokratie war es ein Freitag, der 13.

Wir sind geübt, die Scheine zu zählen, wir sollten uns üben, die Grundgesetzartikel nicht nur zum Schein zu zählen. Mit dem, was wir zählen, entscheiden wir, zu was man uns zählt.

Das Abrüstungsthema in der internationalen Diskussion

Eine Übersicht nach Dokumenten der Vereinten Nationen

Im Vorwort zu seinem neuesten Jahresbericht hat UN-Generalsekretär U Thant die Verwirklichung der Abrüstung als das nach wie vor dringendste Problem unserer Zeit bezeichnet. U Thant hat an gleicher Stelle den gegenwärtigen Stand der Bemühungen um die Verminderung und schließliche Zerstörung der Rüstungen einer optimistischen Analyse unterzogen. Nach seiner Ansicht sind „substantielle Fortschritte" auf dem Gebiet der Abrüstung nur nach Erfüllung bestimmter Vorbedingungen denkbar. Zu den notwendigen Bedingungen und „ersten Schritten" zählt der Generalsekretär auch die beiden „nach vielen Jahren beharrlicher, aber fruchtlos gebliebener Anstrengungen" in den letzten Monaten unterzeichneten Abkommen: den Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche vom 5. August 1963 (Text in „Blätter" Heft 8/1963, S. 647 f) und die Vereinbarung über die Einrichtung einer direkten Fernschreibleitung zwischen Moskau und Washington vom 20. Juni 1963. Zur Tätigkeit der Genfer Abrüstungskonferenz heißt es in dem Bericht:

> „Die Verhandlung über Abrüstungsmaßnahmen in Jahren, in denen nur das Mißtrauen gegenüber den Absichten der beiden Gruppierungen regierte, war eine außerordentlich schwierige und manchmal auch entmutigende Aufgabe. Die Nützlichkeit und die Opportunität der Arbeiten der Abrüstungskommission der achtzehn Staaten wurde jedoch weitgehend bewiesen. Es wird aber der ganzen Kraft und Weisheit aller Mitglieder dieser internationalen Körperschaft bedürfen, damit der Schwung, den die vor kurzem geschlossenen Abkommen auslösten, erhalten werden kann, bis das Ziel der totalen Sicherheit und der Ausrottung der Kriegsfurcht erreicht ist."

Die Entscheidungen über die „nächsten Schritte" dürften zur Zeit in New York vorbereitet werden. Dort behandelt die UN-Vollversammlung eine umfangreiche Tagesordnung, auf der sich vier Punkte direkt mit der Abrüstung beschäftigen. Indien hat eine Diskussion über das vollständige Verbot atomarer Tests beantragt, Brasilien fordert im Namen mehrerer Staaten die „Denuklearisierung" Lateinamerikas. Zwei weitere Traktanden legt der Generalsekretär dem Weltforum vor. Wichtige Abschnitte der einzelnen Schriftstücke enthält die folgende Dokumentation.

Den Außenministern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion, die am Rande der Vollversammlung ihre „Sondierungsgespräche" fortführen, liegt ebenfalls ein umfangreicher Katalog von „Sofortmaßnahmen" vor. (Vergl. die folgende Tabelle) Er reicht vom Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt bis zu einer von Präsident Kennedy angeregten gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Mondexpedition. Eine west-östliche Vereinbarung über das Verbot der Beförderung von Kernwaffen in den Weltraum steht kurz vor dem Abschluß.

H. W. G.

Vorschläge zur Verringerung der Kriegsgefahr und zur Sicherung gegen einen Überraschungsangriff

Vorschläge der Vereinigten Staaten	Vorschläge der Sowjetunion
Nichtangriffsvereinbarungen zwischen Ost und West *)	
	— Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes.
Entsendung von Militärmissionen	
— Austausch von Militärmissionen zwischen den Hauptquartieren einzelner Staaten oder Staatengruppen (in erster Linie zwischen den USA und der UdSSR) mit folgenden Aufgaben: (a) Entgegennahme von Informationen und Ansichten über militärische Fragen der anderen Seite; (b) Beobachtung besonderer militärischer Aktionen auf Einladung der gastgebenden Seite; (c) Konsultation über militärische Fragen von gemeinsamem Interesse; (d) Mitwirkung bei der Aufklärung „zweideutiger und eine Seite beunruhigender Tatsachen".	— Austausch von Militärmissionen zwischen Staaten oder Staatengruppen; — Gegenseitige Entsendung militärischer Repräsentanten zu den in beiden Teilen Deutschlands stationierten Truppen der ehemaligen Besatzungsmächte.
Verbindungen zwischen den Regierungschefs	
— Herstellung schnell und zuverlässig funktionierender Nachrichtenverbindungen zwischen den Regierungschefs bestimmter Länder und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen.	— Herstellung zuverlässiger Nachrichtenverbindungen zwischen den Regierungschefs und dem UN-Generalsekretär.

(Am 20. Juni 1963 unterzeichneten Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine Vereinbarung über die Einrichtung einer direkten Fernschreibleitung für den Austausch von Botschaften zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Regierungschef. Der Tag und Nacht in Betrieb gehaltene „heiße Draht" ist seit dem 31. August 1963 installiert.)

Ankündigung militärischer Bewegungen und Manöver	
— Vorherige Mitteilung größerer militärischer Bewegungen der Streitkräfte (unter Angabe der benutzten Gebiete) an alle Vertragspartner und eine Internationale Abrüstungsbehörde;	— Verbot gemeinsamer Manöver der Streitkräfte von zwei oder mehr Staaten;
— Vorzeitige Ankündigung des Starts von Langstreckenraketen und ballistischen Flugkörpern.	— Vorherige Ankündigung größerer militärischer Bewegungen und Manöver innerhalb der nationalen Grenzen.

*) Die Vereinigten Staaten haben bisher keinen Vorschlag für eine Nichtangriffsvereinbarung vorgelegt, jedoch hat Präsident Kennedy auf eine entsprechende Frage des Chefredakteurs der Moskauer „Iswestija", Alexej Adschubej, am 25. November 1961 geantwortet: „Ich glaube es wäre nützlich, wenn die NATO und der Warschauer Pakt die Verpflichtung eingehen würden, miteinander in Frieden zu leben." (Archiv der Gegenwart, Jahrg. 1961, S. 9509.)

Vorschläge der Vereinigten Staaten	Vorschläge der Sowjetunion
Einrichtung stationärer Beobachtungsposten	
— Stationierung von Beobachtern an vereinbarten Orten einschließlich großer Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, Fernverkehrsstraßen, Flußübergängen und Luftstützpunkten zur Berichterstattung über Truppenkonzentrationen und militärische Bewegungen. Die Posten sollten Bewegungsfreiheit „innerhalb eines bestimmten Umkreises" haben und Verkehrszentren „in ihrer Nachbarschaft" aufsuchen können.	— Einrichtung von Bodenbeobachtungsstationen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in bestimmten Gebieten der Sowjetunion und anderer Länder, auf Flugplätzen, an Eisenbahnknotenpunkten, an Fernverkehrsstraßen und in großen Häfen.
Zusätzliche Maßnahmen	
— Verbot der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum und enge sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit bei der Erforschung fremder Planeten; — Verzicht auf die weitere Herstellung spaltbaren Materials und Bereitstellung von 60 000 kg Uranium 235 durch die USA und 40 000 kg durch die UdSSR für nichtmilitärische Zwecke; — Bildung einer Internationalen Kommission für die Verringerung der Kriegsgefahr.	— Verbot der Stationierung von Kernwaffen im Weltraum; — Errichtung atomwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt; — Rücknahme der Kernwaffen und Kernwaffenträger vom fremden Territorien und Stützpunkten; — Begrenzung der Rüstungsbudgets auf dem gegenwärtigen Stand.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung

Aus der Begründung des UN-Generalsekretärs für Punkt 27 der Tagesordnung: Die Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung / Die Konferenz des 18-Mächte-Abrüstungsausschusses.

Die 18-Mächte-Konferenz, die sich aus fünf Mitgliedern der NATO, fünf Mitgliedern des Warschauer Paktes und acht blockfreien Staaten zusammensetzt, tagt in Genf seit März 1962. Die Teilnehmer sind: Brasilien, Bulgarien, Burma, Kanada, die Tschechoslowakei, Äthiopien, Frankreich, Indien, Italien, Mexiko, Nigeria, Polen, Rumänien, Schweden, die UdSSR, die Vereinigte Arabische Republik, Großbritannien und die USA. (Frankreich hat an keiner der Sitzungen teilgenommen.)

Auf der Grundlage des Berichts dieser Konferenz führte der Erste Politische Ausschuß im Jahre 1962 seine Diskussionen. Ihm lag ein revidierter sowjetischer Entwurf eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle und ein ergänzter amerikanischer Umriß der grundlegenden Bestimmungen eines Vertrages zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung in einer friedlichen Welt vor. Der revidierte Vertragsentwurf der UdSSR enthielt neue Vorschläge, die statt der im Originalentwurf vorgesehenen Vernichtung aller Kernwaffenbeförderungsmittel schon während der ersten Stufe (eines Abrüstungsvertrages) als Ausnahme vorsah, eine vereinbarte und begrenzte Anzahl von interkontinentalen Flugkörpern, Raketen- und Flugzeugabwehrraketen im Besitz der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf den eigenen Territorien bis zum Ende der zweiten Stufe zu belassen. Der revidierte Text sah außerdem die Verlängerung des für die Abrüstung zu bestimmenden Zeitraumes von vier auf fünf Jahre vor und setzte die für die erste Stufe geltende Höchststärke der Streitkräfte von USA und UdSSR von 1,7 auf 1,9 Millionen Mann herauf. Die Ergänzungen der Vereinigten Staaten betreffen Änderungen für den Übergang von einer Stufe zur anderen und Bestimmungen zur Beschränkung der Produktion von Waffen und des

Verbots der Herstellung neuer Waffentypen ... Die USA befürworten eine prozentuale Herabsetzung aller wichtigen Waffen, die in der ersten Stufe bei 30 % liegen sollte ...

Einige Mitglieder der Generalversammlung stellten fest, daß die beiden Pläne auf voneinander abhängigen ausschließlich strategischen Doktrinen begründet seien, und meinten, der endgültige Plan müsse von einer Modifizierung der Gemeinsamkeiten ausgehen. Überdies betonten sie, ein Abkommen über die Beendigung der Kernwaffenversuche habe Vorrang vor der vollständigen Abrüstung. Aufmerksamkeit wurde auf die Wichtigkeit von Maßnahmen zur Herstellung gegenseitigen Vertrauens gelegt, wie die Verhinderung nuklearer Waffen, die regionale Abrüstung und kernwaffenfreie Zonen, die Verminderung der Risiken eines Krieges durch Zufall, Mißverständnisse und fehlende Nachrichtenverbindungen, das Verbot der Benutzung des Weltraums für militärische Zwecke, den Abschluß von Nichtangriffspakten und die Einstellung der Produktion bestimmter Waffentypen.

Am 21. November 1962 beschloß die Generalversammlung die Resolution 1767 mit 84 gegen 0 Stimmen bei einer Enthaltung (Frankreich), in der nochmals die Notwendigkeit des baldigen Abschlusses eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung betont und zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und zur vordringlichen Berücksichtigung gleichzeitig zu treffender Maßnahmen aufgerufen wird ...

Konvention gegen den militärischen Einsatz von Kernwaffen

Begründung des Generalsekretärs zu Punkt 28 der Tagesordnung: Die Frage der Einberufung einer Konferenz zur Unterzeichnung einer Konvention über das Verbot der Benutzung nuklearer und thermonuklearer Waffen.

Am 24. November 1961 beauftragte die Generalversammlung den Generalsekretär, an die Regierungen heranzutreten, um deren Meinungen bezüglich der Einberufung einer besonderen Konferenz zur Unterzeichnung einer Konvention über das Verbot der Benutzung von Atomwaffen für militärische Zwecke zu erfahren (Resolution 1653). Der Generalsekretär befragte die Regierungen am 2. Januar 1962 und übermittelte am 30. August 1962 einen Bericht mit den Äußerungen von 58 Regierungen. Ergänzungen wurden am 20. September und 13. Dezember 1962 mit den Antworten von vier weiteren Regierungen herausgegeben.

Nach Prüfung der Antworten durch den Ersten Politischen Ausschuß beschloß die Vollversammlung am 14. Dezember 1962 die Resolution 1801, die dem Generalsekretär den Auftrag erteilte, mit den Regierungen der Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit weiter in Kontakt zu bleiben und der Generalversammlung auf ihrer 18. Sitzung zu berichten.

Von den 62 Antworten äußern sich 31 zustimmend zu der vorgesehenen Konferenz, 26 sind negativer Ansicht oder hegen Zweifel an der Nützlichkeit eines solchen Schrittes zum gegenwärtigen Zeitpunkt. In drei Antworten wird vorgezogen, zunächst das Ergebnis der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz abzuwarten, zwei Antworten lassen sich in keine der drei genannten Gruppen einordnen.

Lateinamerika als kernwaffenfreie Zone

Begründung für den von Brasilien beantragten Punkt 76 der Tagesordnung: Die Denuklearisierung Lateinamerikas.

Die Frage kernwaffenfreier Zonen hat die Generalversammlung bei verschiedenen Gelegenheiten und besonders im Jahre 1961 beschäftigt, als mit der Annahme einer Resolution alle Staaten aufgefordert wurden, „den afrikanischen Kontinent als kernwaffenfreie Zone anzusehen und zu respektieren" (Resolution 1652 vom 24. November 1961).

Während der Abrüstungsdebatte des Ersten Politischen Ausschusses im Jahre 1962 brachten Bolivien, Brasilien, Chile und Ecuador einen Resolutionsentwurf ein (Text in „Blätter", Heft 2/1963, S. 162 f.), mit dem alle Staaten angehalten werden sollten, auf Vereinbarungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern hinzuwirken mit dem Ziel, Lateinamerika die Anerkennung als kernwaffenfreie Zone zu verschaffen. Der Vier-Mächte-Vorschlag empfahl den lateinamerikanischen Staaten den Abschluß von Vereinbarungen, in denen sie sich verpflichten sollten, Atomwaffen oder deren Beförderungsmittel weder herzustellen, anzunehmen, zu lagern noch zu erproben, solche Waffen und Träger sogleich

von ihren Territorien zu entfernen und Vorkehrungen zu treffen, um die Einhaltung dieser Übereinkommen zu sichern.

Obwohl der Ausschuß den Entwurf behandelte, wurde ein Beschluß bis zur 18. Sitzung der Vollversammlung aufgeschoben. In der Debatte, die während und unmittelbar nach der Karibischen Krise von 1962 stattfand, erklärte Kuba am 16. November 1962, der Vorschlag für ein kernwaffenfreies Lateinamerika sei „sehr akzeptabel", es solle aber Vorsorge getroffen werden, um eine Garantie der Atommächte zu erhalten, ihre Waffen niemals gegen Lateinamerika einzusetzen. Außerdem müßten Puerto Rico und die Panamakanal-Zone in jedes Abkommen einbezogen und alle ausländischen Stützpunkte, einschließlich Guantanamos, aus Lateinamerika entfernt werden. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion äußerten verschiedene Ansichten über die kubanischen Anregungen. Die USA bezeichneten sie als „wertlos", und die UdSSR legte dar, es handele sich hierbei um Fragen, die die lateinamerikanischen Staaten untereinander diskutieren sollten. Im Hinblick auf den Vier-Mächte-Vorschlag kündigte die UdSSR ihre Unterstützung bei der Errichtung einer kernwaffenfreien Zone an, während die Vereinigten Staaten erklärten, obgleich sie den Vorschlag mit Sympathie betrachteten, seien sie nach der kubanischen Erklärung dafür, die Entscheidung aufzuschieben. Daraufhin erklärten die Antragsteller, die kubanischen, sowjetischen und amerikanischen Ausführungen erforderten weitere Konsultationen, und da man einen konstruktiven und keinen übereilten Beschluß wünsche, sollte die Abstimmung bis 1963 vertagt werden.

Am 29. April 1963 bekundeten die Präsidenten Boliviens, Brasiliens, Chiles, Ecuadors und Mexikos in einer Deklaration (Text in „Blätter", Heft 6/1963, S. 484) ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung eines multilateralen Abkommens, das ihre Länder verpflichten würde, keine Kernwaffen bzw. deren Träger herzustellen, zu erwerben, zu lagern oder zu erproben und sich gemeinsam um die baldmögliche Anerkennung Lateinamerikas als kernwaffenfreie Zone zu bemühen.

Kennedy vor den Vereinten Nationen

Die Rede des amerikanischen Präsidenten Kennedy vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. 9. 1963 hat nach UPI folgenden Wortlaut:

„Herr Präsident, Herr Generalsekretär, Delegierte der Vereinten Nationen, meine Damen und Herren: Wir treffen hier erneut in unserem Bemühen um den Frieden zusammen. Vor 24 Monaten, als ich zuletzt die Ehre hatte, vor diesem Gremium zu sprechen, lag der Schatten der Furcht düster über der Welt. Die Freiheit Westberlins war in unmittelbarer Gefahr. Ein Abkommen über ein neutrales Laos schien weit entfernt. Das Mandat der UN im Kongo wurde angegriffen. Die finanzielle Zukunft der Weltorganisation war in Frage gestellt. Dag Hammarskjöld war tot, zur Besetzung seines Postens wurde die Troika-Doktrin aufgestellt, und die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre waren soeben von der Sowjetunion wieder aufgenommen worden.

Dies waren Tage der Angst für die Menschheit — und manche fragten sich laut, ob diese Weltorganisation weiter fortbestehen könnte. Aber die 16. und die 17. Generalversammlung erreichten nicht nur, daß die Weltorganisation weiter bestand, sondern auch, daß Fortschritte erzielt wurden. Die Vereinten Nationen zeigten sich ihrer Verantwortung gewachsen und trugen dazu bei, die Spannungen zu verringern und die düstere Zukunft abzuwenden.

Heute haben sich die Wolken etwas gelichtet, so daß neue Hoffnungsstrahlen durch-

brechen können. Der Druck auf Westberlin scheint vorübergehend nachgelassen zu haben. Die politische Einheit im Kongo ist weitgehend wiederhergestellt. In Laos besteht zumindest eine neutrale Koalition — auch wenn sie noch Schwierigkeiten hat. Die Integrität des UN-Sekretariats wurde erneut gefestigt. Die Vereinten Nationen haben ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen Entwicklung in Angriff genommen, und schließlich wurde zum erstenmal nach 17 Jahre langen Bemühungen ein spezifischer Schritt unternommen, um das atomare Wettrüsten zu begrenzen.

Ich meine damit den Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, der zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten abgeschlossen und inzwischen bereits von fast hundert Staaten unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag wurde von der Bevölkerung der gesamten Welt, die dankbar ist, von der Furcht vor radioaktiven Niederschlägen befreit zu sein, aus tiefstem Herzen begrüßt, und ich bin fest davon überzeugt, daß er am kommenden Dienstagvormittag um 11 Uhr 30 die überwältigende Unterstützung des amerikanischen Senats finden wird.

Die Welt ist dem Dunkel noch nicht entronnen. Die langen Schatten der Auseinandersetzungen und Krisen halten uns noch immer umfangen. Doch kommen wir heute in einer Atmosphäre wachsender Hoffnung in einem verhältnismäßig ruhigen Augenblick zusammen. Daß ich hier zugegen bin, ist nicht ein Zeichen der Krise, sondern der Zuversicht. Ich bin nicht hier, um über eine neue Friedensbedrohung oder über neue Kriegsanzeichen zu berichten. Ich bin vielmehr gekommen, um die Vereinten Nationen zu grüßen und Ihnen die Unterstützung des amerikanischen Volkes bei Ihren täglichen Beratungen zu demonstrieren.

Der Wert der Arbeit, die von dieser Körperschaft geleistet wird, hängt nicht vom Vorhandensein von Notstandssituationen ab, und der Weg zum Frieden kann auch nicht nur aus dramatischen Siegen bestehen. Der Friede ist ein täglicher, wochen- und monatelanger Prozeß der allmählichen Meinungsänderung, der langsamen Aushöhlung alter Widerstände, des stillen Aufbaus neuer Strukturen; so undramatisch solche Friedensbemühungen auch sind, sie müssen doch ständig fortgesetzt werden.

Heute mögen wir eine Pause im Kalten Krieg erreicht haben, aber das ist noch kein dauerhafter Frieden. Ein Versuchsstoppvertrag ist ein Meilenstein, aber damit ist noch kein goldenes Zeitalter angebrochen. Wir sind keineswegs aus unseren Verpflichtungen entlassen, sondern haben nur eine Chance erhalten. Und wenn wir diesen Moment und Schwung nicht voll zu nutzen verstehen, sondern unsere neugewonnenen Hoffnungen und Einsichten in neue Mauern und Waffen der Feindschaft umwandeln lassen — wenn diese Pause des Kalten Krieges lediglich zu seiner Erneuerung statt zu seiner Beendigung führt —, dann wird die Nachwelt zu Recht in vorwurfsvoller Anklage mit Fingern auf uns alle zeigen. Wenn wir aber diese Pause zu einer Periode fruchtbarer Zusammenarbeit auszudehnen vermögen, wenn beide Seiten jetzt neues Vertrauen und echte Erfahrung im konkreten Zusammenwirken für den Frieden gewinnen, wenn wir jetzt imstande sind, die Kontrolle der tödlichen Waffen ebenso kühn und weitblickend zu betreiben wie vorher ihre Herstellung, dann kann dieser erste kleine Schritt sicherlich zum Beginn einer langen und fruchtbringenden Reise werden.

Die Aufgabe, den Frieden zu schaffen, ist den Führern aller Nationen, der großen wie der kleinen, gestellt, denn die Großmächte besitzen kein Monopol auf Konflikte und Ambitionen. Der Kalte Krieg ist nicht die einzige Ausdrucksform der Spannungen in der ganzen Welt, und das nukleare Wettrüsten ist nicht der einzige Rüstungswettlauf. Auch kleine Kriege sind gefährlich in einer nuklear bewaffneten Welt. Die mühselige Arbeit für den Frieden ist eine Aufgabe für alle Nationen, und bei dieser Anstrengung kann sich keiner von uns abseits halten. Diesem Ziel darf sich niemand versagen.

Die Verminderung der weltweiten Spannungen darf nicht als Vorwand für die engstirnige Verfolgung selbstsüchtiger Interessen benutzt werden. Wenn die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten trotz all ihren globalen Interessengegensätzen und ideologisch bedingten Auseinandersetzungen mit immer noch gegeneinander gerichteten Kernwaffen imstande sind, ein Gebiet der gemeinsamen Interessen und des Einvernehmens zu finden, dann sollten dies andere Nationen sicherlich auch können — Nationen, die von regionalen Konflikten, Rassenkämpfen oder von den Todeszuckungen des alten Kolonialismus in

Atem gehalten werden. Chronische Streitigkeiten, die den notwendigen Aufgaben der Nationen wertvolle Kräfte entziehen oder die Energien beider Seiten verschleißen, sind für niemanden von Nutzen; das Erkennungsmerkmal des Verantwortungsbewußtseins ist in der modernen Welt die Bereitschaft, nach friedlichen Lösungen zu suchen.

Für einen Versuch ist es niemals zu früh, für eine Aussprache ist es niemals zu spät, und es ist höchste Zeit, daß viele Dispute, die auf der Tagesordnung dieser Generalversammlung stehen, aus Streitgegenständen zu Verhandlungsgegenständen gemacht werden.

Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten als eine der großen Atommächte eine besondere Verantwortung tragen. Es handelt sich faktisch um eine dreifache Verantwortung: eine Verantwortung gegenüber unseren eigenen Mitbürgern, eine Verantwortung gegenüber Menschen in aller Welt, die von unseren Entscheidungen betroffen werden, und eine Verantwortung gegenüber der kommenden Generation der Menschheit. Wir glauben, daß auch die Sowjetunion diese besondere, dreifache Verantwortung trägt und daß diese Verantwortung unsere beiden Länder verpflichtet, das Hauptaugenmerk weniger auf unsere Differenzen und mehr auf die Mittel zu ihrer friedlichen Beilegung zu richten. Viel zu lange schon haben wir beide unsere Militärhaushalte immer weiter erhöht und unsere Kernwaffenvorräte und unsere Fähigkeit zur Zerstörung allen Lebens auf diesem Planeten — allen menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens — immer weiter vermehrt, ohne damit eine entsprechende Erhöhung unserer Sicherheit zu erreichen.

Unsere Konflikte sind sicherlich realer Natur. Unsere Idealvorstellungen von der Welt sind verschieden. Wir würden niemandem einen Dienst erweisen, wenn wir es versäumten, unsere Meinungsverschiedenheiten klar herauszustellen. Eine der zentralen Meinungsverschiedenheiten erwächst aus dem Glauben des amerikanischen Volkes an das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker. Wir glauben, daß es den Menschen in Deutschland und Berlin freigestellt sein muß, ihre Hauptstadt und ihr Land wieder zu vereinigen. Wir glauben, daß es den Menschen in Kuba freigestellt sein muß, die Früchte der Revolution einzubringen, die so betrügerisch von innen verraten und von außen ausgebeutet wurde.

Um es kurz zu sagen, wir glauben, daß es den Menschen in der ganzen Welt — in Osteuropa ebenso wie in Westeuropa, in Südafrika ebenso wie in Nordafrika, in den alten Staaten ebenso wie in den jungen — freigestellt werden muß, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen, ohne Diskriminierung oder Diktat und ohne Zwang oder Subversion.

Dies sind grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Sowjetunion, und sie lassen sich nicht verheimlichen. Solange sie weiterbestehen, setzen sie einer Übereinkunft Grenzen und verbieten ein Nachlassen der Wachsamkeit. Unsere Verteidigungsvorkehrungen rund um den Erdball werden zum Schutze der Freiheit aufrechterhalten werden, und unsere Entschlossenheit, diese Freiheit zu wahren, wird jeder Drohung oder Herausforderung gewachsen sein.

Ich möchte aber den führenden Männern der Sowjetunion und ihrem Volke zurufen, daß wir, wenn unsere beiden Länder ihre Sicherheit restlos gewährleistet sehen wollen, einer weit besseren Waffe bedürfen als der Wasserstoffbombe, einer besseren Waffe als Raketen oder Atom-U-Boote. Jene bessere Waffe ist eine friedliche Zusammenarbeit.

Wir haben uns in den letzten Jahren auf einen Vertrag über die beschränkte Einstellung der Kernwaffenversuche geeinigt, auf eine Nachrichtenverbindung zwischen unseren Hauptstädten für den Dringlichkeitsfall, auf eine Grundsatzerklärung bezüglich der Abrüstung, auf eine Erweiterung des Kulturaustausches, auf eine Zusammenarbeit im Weltraum, auf die friedliche Erforschung der Antarktis und auf eine Entschärfung der Kubakrise des vergangenen Jahres.

Darum glaube ich, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Verbündeten weitere Abkommen erreichen können — Abkommen, die unserem gemeinsamen Interesse entspringen, die gegenseitige Vernichtung zu verhindern.

Über die Reihenfolge weiterer Schritte kann es keinerlei Zweifel geben. Wir müssen weiterhin nach einem Übereinkommen über Maßnahmen zur Verhinderung eines Krieges durch Zufall und Fehleinschätzung trachten. Wir müssen weiterhin ein Übereinkommen über Maßnahmen zur Sicherung gegen einen Überraschungsangriff anstreben, wozu die

Errichtung von Beobachtungsposten an Schlüsselpunkten gehört. Wir müssen uns weiterhin um ein Abkommen über die Einschränkung des nuklearen Wettrüstens durch eine Kontrolle der Herstellung von Kernwaffen, eine Umwandlung spaltbaren Materials für friedliche Zwecke sowie ein Verbot unterirdischer Versuche mit angemessenen Inspektionen und Einhaltungsgarantien bemühen. Wir müssen uns weiterhin um ein Übereinkommen über einen freieren Informations- und Personenaustausch von Ost nach West und von West nach Ost bemühen.

Wir müssen, ermutigt durch die gestrige positive Antwort des sowjetischen Außenministers auf diesen Vorschlag, weiterhin eine Übereinkunft über ein Abkommen suchen, durch das Massenvernichtungswaffen aus dem Weltraum verbannt werden. Sehen wir zu, daß wir unsere Delegierten wieder an den Verhandlungstisch bringen, damit sie ein durchführbares Abkommen in dieser Richtung ausarbeiten.

Lassen Sie uns auf diese und andere Weise den steilen und schwierigen Pfad zu einer umfassenden Abrüstung beschreiten, das gegenseitige Vertrauen durch gegenseitige Verifizierung festigen und die Institutionen des Friedens schaffen, während wir gleichzeitig unsere Kriegsmaschinen demontieren. Wir dürfen nicht deswegen, weil etwa nicht in allen Punkten eine Übereinkunft erzielt werden kann, eine Übereinkunft dort hinausschieben, wo ein Übereinkommen möglich ist. Und wir dürfen Vorschläge nicht einfach nur aus propagandistischen Gründen unterbreiten.

Schließlich gibt es auf einem Gebiet, auf dem die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine führende Stellung einnehmen — dem Gebiet der Raumfahrt — Ansatzpunkte genug für eine neue Zusammenarbeit, für weitere gemeinsame Anstrengungen bei der Ausarbeitung eines Weltraumrechts und der Erforschung des Weltraumes. Zu diesen Möglichkeiten gehört auch eine gemeinsame Expedition zum Mond. Der Weltraum bietet keine Souveränitätsprobleme. In einer Resolution dieser Versammlung haben die Mitglieder der Vereinten Nationen auf jegliche territorialen Rechtsansprüche im Weltraum oder an Himmelskörpern verzichtet und erklärt, daß das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen gültig sein sollen. Warum sollte daher der erste Flug des Menschen zum Mond die Angelegenheit eines nationalen Wettstreits sein? Warum sollten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bei der Vorbereitung solcher Expeditionen auf immense Doppelarbeit auf dem Gebiet der Forschung, der Konstruktion und der Ausgaben einlassen? Wir sollten lieber prüfen, ob die Wissenschafter und Astronauten unserer beiden Länder — ja der ganzen Welt — bei der Eroberung des Weltraumes nicht zusammenarbeiten können, um eines Tages in diesem Jahrzehnt einen Vertreter nicht einer einzigen Nation, sondern die Vertreter der gesamten Menschheit zum Mond zu schicken.

All diese und andere neue Schritte in dieser Richtung auf eine friedliche Zusammenarbeit sind möglich. Die meisten davon setzen unsererseits eine umfassende Konsultation mit unseren Verbündeten voraus, denn deren eigene Interessen werden davon genau so berührt wie die unsrigen, und wir werden niemals ein Abkommen auf ihre Kosten abschließen. Die meisten solcher Abkommen werden lange und sorgfältige Verhandlungen erfordern. Und die meisten von ihnen werden eine neue Einstellung zum Kalten Krieg bedingen — nicht den Wunsch, seinen Gegner zu „beerdigen", sondern das Anliegen, sich mit ihm in einer großen Anzahl friedlicher Arenen, in Ideen, in der Produktion und im Dienste an der gesamten Menschheit zu messen.

Der Wettstreit wird weitergehen — der Wettstreit zwischen Menschen, denen eine monolithische Welt vorschwebt, und denen, die an die Mannigfaltigkeit glauben. Aber es sollte ein Wettstreit um die Führung und nicht um die Vernichtung, ein Wettstreit der Leistung und nicht der Einschüchterung sein. Im Namen der Vereinigten Staaten von Amerika begrüße ich einen solchen Wettstreit; denn wir glauben, daß die Wahrheit stärker ist als der Irrtum und die Freiheit dauerhafter als der Zwang. Und im Wettstreit um ein besseres Leben wird die gesamte Welt der Sieger sein.

Das Bemühen um die Verbesserung des Loses der Menschen aber ist nicht die Aufgabe einiger Weniger. Es ist die Aufgabe aller Völker, ob sie nun für sich allein, in Gruppen oder im Rahmen der Vereinten Nationen handeln. Pest und Seuchen, Naturkatastrophen und der Hunger sind Feinde eines jeden Volkes. Land und Meer und Luftraum — sie gehen heute alle Völker an. Wissenschaft, Technik und Bildung können Verbündete eines jeden Volkes sein.

Nie zuvor besaß der Mensch in so hohem Maße die Fähigkeit, seine Umwelt zu ordnen, Hunger und Durst zu beenden, Armut und Krankheit zu besiegen, das Analphabetentum zu beseitigen und das große menschliche Leid zu bannen. Es steht in unserer Macht, diese Generation zur tüchtigsten der Menschheitsgeschichte zu machen — oder zu ihrer letzten.

Die Vereinigten Staaten haben seit Kriegsende Hilfe im Werte von mehr als 100 Milliarden Dollar an Länder geleistet, die eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen suchten. Und vor zwei Jahren, auf die Woche genau, gründeten wir das Friedenskorps, um allen interessierten Ländern zu helfen, den Bedarf an entsprechend geschultem und begeisterungsfähigem Personal zu decken. Andere hochindustrialisierte Länder, deren Volkswirtschaft vor noch nicht allzu langer Zeit erst mit unserer Unterstützung wiederaufgebaut worden ist, erkennen nun ihrerseits ihre Verantwortung gegenüber den weniger entwikkelten Völkern.

Die Bereitstellung von Entwicklungshilfe durch die einzelnen Länder muß fortgesetzt werden. Aber auch die Vereinten Nationen müssen eine größere Rolle in den Bemühungen spielen, allen Menschen die Früchte der Wissenschaft und Industrie unserer Zeit zukommen zu lassen. Eine Konferenz der Vereinten Nationen zu diesen Fragen, die vor Monaten in Genf stattgefunden hat, eröffnete den Entwicklungsländern neue Ausblicke. Im kommenden Jahr wird eine UN-Konferenz über Handelsfragen die Notwendigkeit prüfen, diesen Ländern neue Märkte zu eröffnen. Und über vier Fünftel der Organisation der Vereinten Nationen sind heute dabei, die Waffen der Wissenschaft und der Technik für das Entwicklungsjahrzehnt der Vereinten Nationen zu mobilisieren.

Es kann aber noch mehr, noch weit mehr geschehen. Es könnten beispielsweise eine Weltzentrale für medizinische Nachrichten unter den Auspizien der Weltgesundheitsorganisation vor Epidemien und den nachteiligen Folgen bestimmter Drogen warnen und die Ergebnisse neuer Versuche und Entdeckungen verbreiten; regionale Forschungszentren unser gemeinsames medizinisches Wissen erweitern und zusätzlich Wissenschaftler und Ärzte für die jungen Staaten heranbilden; ein weltumspannendes System von Satelliten die Verbreitung von Nachrichtne und Wettermeldungen in allen Teilen der Erde ermöglichen; ein weltweites Naturschutzprogramm die Wald- und Wildbestände erhalten helfen, die gegenwärtig von der Gefahr der Ausrottung bedroht sind, die Gewinnung von Nahrungsmitteln aus den Weltmeeren steigern und die Verseuchung der Luft und des Wassers durch industrielle und nukleare Abfallstoffe verhindern; und schließlich ein weltweites Programm zur Ertragssteigerung der Landwirtschaft und Verbesserung der Nahrungsmittelverteilung — ähnlich wie das „Lebensmittel für den Frieden"-Programm meines Landes — jedem Kind die Nahrung geben, die es braucht.

Der Mensch lebt jedoch nicht vom Brot allein — und die Mitglieder dieser Organisation sind durch die Charta verpflichtet, die Menschenrechte zu fördern und zu achten. Diese Rechte aber werden nicht geachtet, wenn ein budhistischer Mönch aus seiner Pagode vertrieben oder eine Synagoge geschlossen wird, wenn einer protestantischen Kirche die Errichtung einer Mission verwehrt oder ein Kardinal gezwungen wird, sich zu verbergen, oder aber wenn in einer überfüllten Kirche während des Gottesdienstes Bomben explodieren.

Die Vereinigten Staaten sind gegen jede Diskriminierung aus rassischen und religiösen Gründen, wo immer sie auftreten mag, ob in unserem eigenen Lande oder sonstwo auf der Welt. Wir bemühen uns, in unserem eigenen Lande das Unrecht in Recht zu verwandeln.

Die amerikanische Regierung hat durch Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen, durch moralische und rechtliche Verpflichtungen eine entschlossene Anstrengung gemacht, um unsere Nation von der viel zu lange schon bestehenden Diskriminierung auf den Gebieten der Erziehung, des Wohnungswesens, des Verkehrs, der Arbeitsbeschaffung, der öffentlichen Dienste sowie der Erholung zu befreien. Daher zögern wir nicht — weder hier noch vor irgendeinem anderen Forum —, alles rassische und religiöse Unrecht, werde es von Freund oder Feind begangen, zu verdammen.

Ich weiß, daß einige von Ihnen Diskriminierungen in diesem Lande erfahren haben. Ich bitte Sie jedoch, mir zu glauben, daß dies nicht dem Wunsch der meisten Amerikaner entspricht, daß wir Ihren Kummer und Ihre Empörung teilen und daß wir gewillt sind,

derartigen Praktiken nicht nur für die Besucher unseres Landes, sondern genauso für seine Bürger ein Ende zu bereiten.

Ich hoffe, daß nicht nur unsere Nation, sondern auch alle anderen Staaten mit verschiedenen Rassen diesen Normen der Fairneß und der Gerechtigkeit entsprechen werden. Wir sind unverrückbar gegen die Apardheid und alle Formen der menschlichen Unterdrückung. Wir vertreten die Rechte der Schwarzen in Afrika, aber nicht, um die Weißen aus Afrika herauszutreiben.

Neue Anstrengungen sind notwendig, wenn die jetzt 15 Jahre alte Menschenrechtsdeklaration der UN-Vollversammlung ihre volle Bedeutung erlangen soll. Es sollten neue Mittel zur Förderung der Freiheit der Rede und des Ideenaustausches gefunden werden — durch bessere Reisemöglichkeiten und Nachrichtenverbindungen und durch einen vermehrten Austausch von Besuchergruppen, Büchern und Radiosendungen. Denn jetzt, da die Welt das Wettrüsten ablehnt, muß der Wettstreit der Ideen blühen — und dieser Wettstreit muß so umfassend und fair wie möglich sein.

Die amerikanische Delegation ist bereit, UN-Initiativen zur Verfolgung aller Ziele anzuregen, die ich erwähnt habe. Denn dies hier ist eine Organisation für den Frieden — und der Friede kann nicht ohne Fortschritt kommen.

Die Vereinten Nationen können stolz sein auf die Verdienste, die sie bei der Bewahrung des Friedens erworben haben, obwohl ihnen immer noch gewaltige Aufgaben zu bewältigen bleiben. Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß wir auf das Geschick unseres ausgezeichneten Generalsekretärs und auf den tapferen Einsatz jener zählen dürfen, die sich in den Dienst der Sache des Friedens im Kongo und im Mittleren Osten, in Korea und Kaschmir, in West-Neuguinea und Malaysia gestellt haben — aber was die Vereinten Nationen in der Vergangenheit vollbrachten, ist weniger wichtig als ihre künftige Aufgabe. Wir können ihren friedensbewahrenden Apparat nicht als selbstverständliche Einrichtung betrachten. Dieser Apparat bedarf einer soliden Finanzierung, und diese ist nicht gegeben, wenn man zuläßt, daß einige Mitglieder die Organisation dadurch an der Erfüllung ihrer Pflichten hindern, daß sie ihren eigenen Verpflichtungen nicht nachkommen.

Es ist zum Beispiel sehr wichtig, nicht die außerordentlichen Erfoge der Vereinten Nationen im Kongo in Frage zu stellen. Dieses Land, das erst vor drei Jahren um die Hilfe der Weltorganisation nachsuchte, hat jetzt darum gebeten, daß die Vereinten Nationen noch etwas länger dort bleiben. Meines Erachtens sollte die Generalversammlung alle notwendigen Schritte zur Konsolidierung der bereits erzielten Erfolge unternehmen und das junge Land in seinem Kampf um den Fortschritt schützen. Lassen Sie uns vollenden, was wir begonnen haben, denn ‚wer seine Hand an den Pflug legt und sieht zurück', so sagt uns die Heilige Schrift, ‚ist geschickt zum Reich Gottes'.

Die Vereinten Nationen könnten als starre, unbewegliche Organisation nicht Bestand haben. Ihre Aufgaben und Verpflichtungen wachsen genauso wie ihre Größe. Ihre Charta muß genauso wie ihre Verfahren geändert werden. Die Verfasser der Charta hatten nicht im Sinn, dieser ein für allemal eine starre Form zu geben. Die Waffen- und Kriegstechnik hat uns alle — in weitaus stärkerem Maße als vor achtzehn Jahren — in einer Welt und zu einer Menschheitsrasse mit einem gemeinsamen Geschick vereint.

In einer derartigen Welt gibt uns eine absolute Souveränität nicht mehr die Gewähr für eine absolute Sicherheit. Die Werkzeuge des Friedens müssen die neuen Geräte des Krieges aufholen und sie schließlich überholen.

Vor zwei Jahren habe ich vor diesem Gremium erklärt, daß die Vereinigten Staaten einen begrenzten Atomstoppvertrag vorgeschlagen hätten und bereit seien, einen solchen zu unterzeichnen. Heute ist dieser Vertrag bereits unterzeichnet. Er wird den Krieg nicht beseitigen. Er wird die grundlegenden Konflikte nicht aus der Welt schaffen. Er wird nicht die Freiheit für alle gewährleisten. Aber er kann als Hebel wirken. Archimedes soll, als er das Prinzip der Hebelwirkung erläuterte, zu seinen Freunden gesagt haben: Gebt mir einen Standpunkt, und ich hebe die Welt aus den Angeln'."

Der Teststop-Vertrag und die nächsten Schritte — Von der Koexistenz zur Zusammenarbeit

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates billigte am 31. August 1963 in Rochester (USA) verschiedene Berichte und Entschließungen, darunter eine Stellungnahme seines Exekutivkomitees zum Moskauer Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Erklärung trägt den Titel „Der Teststop-Vertrag und die nächsten Schritte" und hat folgenden Wortlaut:

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates begrüßt den Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser als eine erste konstruktive Vereinbarung in dem gegenwärtigen nuklearen Dilemma. Der Vertrag ist ein erster Schritt. Er beendet weder die Produktion noch reduziert er bestehende Vorräte nuklearer Waffen, aber er könnte das atomare Wettrüsten verlangsamen und die Einflüsse radioaktiver Niederschläge auf die Gesundheit dieser und künftiger Generationen vermindern. Er verhindert nicht automatisch die Ausbreitung von Atomwaffen auf Nationen, die diese bisher nicht besitzen, er untersagt aber anderen Nationen die Mitwirkung an Versuchen in den jetzt geächteten Bereichen. Der Vertrag beendet die Gefahr eines Atomkrieges nicht und verbietet auch nicht den Gebrauch nuklearer Waffen, aber er öffnet den Weg zu weiteren Vereinbarungen und vermindert damit die Gefahr eines Krieges.

Aus diesem Grunde müssen die Nationen jede Gelegenheit ergreifen, um die Gunst des Augenblicks zu nutzen und die Möglichkeiten einer Fortentwicklung der Koexistenz zu einer beginnenden Zusammenarbeit herauszufinden. Allgemeine und vollständige Abrüstung ist das erklärte Ziel. Auf welchem Wege immer dieses Ziel erreicht werden soll, die nächstfolgenden Schritte zur Begründung des Weltfriedens verdienen ernsthafte Überlegung und jede Anstrengung zu ihrer Verwirklichung. Es ist unbedingt erforderlich, daß die öffentliche Meinung voll und wirksam die Regierungen unterstützt, die Fortschritte in dieser Richtung gemacht haben. Der Vertrag sollte nicht nur durch förmliche Unterschrift, sondern auch mit dem Willen aller Völker ratifiziert werden.

Der wahre Wert des Vertrages hängt von seiner Beachtung durch alle Staaten der Welt ab. Die Zustimmung auf Grund nationaler Überlegungen oder doktrinärer Ideologien zu verweigern, ist im atomaren Zeitalter unverantwortlich. Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, die Frankreich und China gestatten, sich dem Vertrag anzuschließen.

Der Teststop-Vertrag unterstreicht die Tendenz zur Konzentration der entscheidenden militärischen Macht in nur wenigen Händen. Das erfordert, die Beteiligung an internationalen Entscheidungen neu zu ordnen und Erwägungen darüber anzustellen, wie die Verantwortlichkeit für die nukleare Verteidigung innerhalb einer Allianz verteilt werden kann. In keinem Falle kann die Lösung in einer eigenen Nuklearverteidigung jeder Nation liegen.

Der Teststop-Vertrag muß nicht nur nach seinem Wortlaut, sondern auch nach dem Geist seiner Bestimmungen interpretiert und angewandt werden. Die ernste Verpflichtung aller Partner besteht darin, von außerordentlichen Umständen abgesehen, keinen Fall eines Vertragsrücktritts herbeizuführen. Die Zusammenarbeit bei der Erkundung von Methoden zur Feststellung unterirdischer Tests sollte tatkräftige Unterstützung finden, so daß auch in diesem Bereich die Versuche mit Nuklearwaffen eingestellt werden können. Testexplosionen für friedliche einschließlich wissenschaftliche Zwecke sollten nur auf der Grundlage einer internationalen Vereinbarung und Kontrolle erfolgen.

Das Eindringen in den Weltraum eröffnet ein neues Feld von großer militärischer Bedeutung, und wenn die Menschheit sich hier nicht den gleichen Gefahren gegenübersehen will, die sie jetzt zu bannen sucht, so ist eine Zusammenarbeit der Partner des vorliegenden Vertrages dringend nötig. Überdies sollten sie unvoreingenommen weitere gemeinsame Schritte prüfen, wie den Einsatz gegenseitiger Inspektionsgruppen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe und die Errichtung kernwaffenfreier Zonen. Ein Nichtangriffspakt wäre ein gutes Zeichen neuer Beziehungen. Seine politischen Auswirkungen sollten gründlich erwogen werden. Falls die gegenwärtigen Vorschläge nicht annehmbar erscheinen, sollte sorgfältig nach vernünftigen Alternativen gesucht werden, die dem gleichen Zweck dienen.

Um einen dauerhaften Frieden zu begründen, zu dem der Teststop-Vertrag den Weg ebnen möge, muß eine zuverlässige Lösung für die großen politischen Probleme und Konflikte gefunden werden, die die Weltgemeinschaft noch immer entzweien und die Ursachen von Unsicherheit und Unruhe sind. Alle Maßnahmen zur Herabsetzung der Rüstungen sollten deshalb von der ernsthaften Suche nach einer Regelung des deutschen Problems als Ganzes, wie auch anderer noch offener Fragen begleitet sein.

Die letzten Entwicklungen, die zum Abschluß des Teststop-Abkommens geführt haben, isolieren unvermeidlich China mehr denn je vom übrigen Teil der Welt. Diese Selbstisolierung kann, wie die jüngsten Ereignisse zeigten, für die Nachbarn Chinas die Quelle neuer Gefahren sein. Es sollte deshalb jede Gelegenheit benutzt werden, die Wege für den Kontakt mit China offen zu halten, um das Land an die Gemeinschaft der Völker heranzuführen, so daß es die Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ihrer Institutionen anerkennt.

Neue Friedenshoffnungen haben sich in diesen Tagen in den Herzen der Menschen geregt. Es ist oberste Aufgabe der Kirchen, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden. Sie haben die Pflicht, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die hier dargelegten Überlegungen zu lenken, die die Gefühle von Millionen unserer Mitmenschen in konkreter Form wiedergeben. Die Kirchen können die Nationen anhalten, etwaige Risiken in Kauf zu nehmen, um jede sich mit dem Teststop-Vertrag bietende Chance zu nutzen, vorsichtig und wachsam auf jede feindselige Bedrohung zu achten und gleichzeitig empfänglich zu sein für die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Geiste guten Willens.

Das Präsidium des Weltkirchenrates richtete — ebenfalls am 31. August 1963 — einen Brief an die Regierungschefs Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Das Schreiben ist von Präsident Franklin Clark Fry, Vizepräsident Ernest A. Payne und Generalsekretär Visser't Hooft unterzeichnet und lautet:

Das Zentralkomitee des Weltkirchenrates, das mit Vertretern der Kirchen aus aller Welt gegenwärtig seine Zusammenkunft abhält, hat die möglichen Fortschritte im Hinblick auf Frieden und Ordnung geprüft. Wir waren uns dabei der Hoffnungen bewußt, die die kürzliche Unterzeichnung des Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser geweckt hat. Das Zentralkomitee hat uns einstimmig ersucht, Sie von seiner tiefen Dankbarkeit für diesen ersten Schritt aus dem nuklearen Dilemma zu unterrichten. Indem wir dies tun, glauben wir, die Empfindungen von Millionen Christen in den Kirchen aller Kontinente wiederzugeben.

Die Vertreter der Kirchenkommission für Internationale Angelegenheiten haben am gleichen Tag, an dem der Vertrag zustande kam, eine Erklärung herausgegeben, deren Kopie wir beifügen. Das Exekutivkomitee der Kommission bereitete ferner eine detaillierte Erklärung „Der Teststop-Vertrag und die nächsten Schritte" vor, die vom Zentralkomitee gebilligt wurde und die wir nun zu Ihrer Information übersenden.

Wenn wir Ihnen diese Botschaft der Wertschätzung übermitteln, erübrigt es sich, zu betonen, daß vieles zu tun verbleibt, bevor eine solche Weltordnung errichtet ist, für die unsere Kirchen arbeiten und beten. Wir vertrauen weiterhin darauf, daß es Ihnen und allen Staatsmännern, auf deren Schultern die Verantwortung lastet, gelingen möge, in dieser neuen Atmosphäre nach einer Zeit der Koexistenz eine Zeit der Zusammenarbeit zum Nutzen der Menschheit einzuleiten.

Erklärung des Ökumenischen Rates zur Rassenfrage

Auf seiner jüngsten Tagung in Rochester hat der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen die folgende „Erklärung über rassische und ethnische Spannungen" angenommen:

Wenn uns christliche Erkenntnis geschenkt wird, so sehen wir in aller Rassenverachtung eine unaussprechliche Beleidigung Gottes, die nicht länger zu dulden ist, also daß die Steine selbst schreien. In solchen Stunden verstehen wir auf einmal tiefer den Sinn des Evangeliums und die Pflicht der Kirchen und des Christen."

Mit diesen Worten hat die Zweite Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amerika 1954 ihre Überzeugung zu einer Zeit ausgesprochen, da der Kampf gegen

Diskriminierungen wegen rassischer und ethnischer Unterschiede sich bereits über die ganze Welt erstreckte. Bei unserem jetzigen Treffen erreicht dieser Kampf seinen Höhepunkt. Ganze Völker haben sich entschlossen, die Segregation nicht länger zu erdulden, welche ihnen die Menschenwürde raubt und der Menschheit selbst ihre Würde nimmt, solange sie irgendwo auf der Erde dabei verharrt.

In den Vereinigten Staaten, wo wir uns gerade treffen, in Südafrika und in anderen Kontinenten und Ländern steigert sich dieser Kampf zur Leidenschaft. Männer, Frauen und Kinder, Christen und Nichtchristen ohne Unterschied achten nicht mehr ihrer persönlichen Sicherheit, wandern ins Gefängnis, riskieren ihr Leben, leiden die Qualen des Verlassenseins, erdulden die Verwirrung im Familienleben, beweisen Todesmut inmitten menschlicher Furcht und denken doch nicht an Vergeltung, das brutale Mittel ihrer Unterdrücker. Das alles unterstützen wir von Herzensgrund und beten, daß sie darin gestärkt und ihr Ziel bald erreicht werden möge. Wir danken Gott, daß er viele Christen dazu berufen hat, bei diesem Kampf für rassische Gleichberechtigung die Führung zu übernehmen. Wir bitten alle Christen undK irchen, sich ihnen anzuschließen und ihnen zu helfen.

Es erfüllt uns mit tiefer Scham, daß viele Christen noch zögern und untätig zusehen und sich nicht an diesem Kampf beteiligen — oder sogar auf der falschen Seite stehen. Voll Überzeugung wiederholen wir deswegen den Satz der Vollversammlung von 1954, daß „jede Diskriminierung aus Gründen der Rasse, Farbe oder ethnischen Herkunft im Gegensatz zum Evangelium steht und daß sie unvereinbar ist mit der christlichen Lehre vom Menschen und mit dem Wesen der Kirche Christi". Wenn und wo immer einer von uns Christen dieses verneint, sei es durch Tun oder Lassen, dann verleugnen wir Christus und die Gemeinschaft, die seinen Namen trägt.

Wir fordern jede Kirche an allen Orten auf, ihre eigene Einstellung und Handlungsweise zu untersuchen und sicherzustellen, daß ihre Gemeinschaft alle Glaubenden ohne Diskriminierung und mit ganzer Liebe umschließt, und jeden Schritt zu unternehmen, um all die, welche ein schwaches Zeugnis geben, für ein offenes Reden und ein mutiges Handeln auszurüsten. Die Rassenspannungen fordern von allen Kirchen, zu allererst einmal mit den Rassenschranken innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft aufzuräumen. Nur so kann ihr Anspruch, für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Bruderschaft einzutreten, auch glaubhaft wirken. Nur so können sie für Unterdrückte und Unterdrücker beten und lieben, wie die Liebe Christi sie zu tun zwingt. Nur so können sie in diesen Tagen das Evangelium wahrhaftig verkünden.

II

Die Bewegung für volle Menschen- und Bürgerrechte für die Neger in den Vereinigten Staaten ist zu einer Flut geworden, die sich nicht mehr zurückdrängen läßt. Außerdem ist sie längst keine interne Angelegenheit mehr, sondern hat vielmehr einen wesentlichen Teil an den weltweiten Rassenspannungen. Sie ist daher ein wichtiges Anliegen für die Christen in aller Welt. Der Zentralausschuß erweist seine Achtung all denen in den Vereinigten Staaten — Negern, Weißen und anderen —, die aus diesen Gründen zu leiden hatten. Er begrüßt die Arbeit all der Gemeinden, einzelner und christlicher Organisationen, die sich dafür einsetzten, um diesen Schandfleck aus dem Leben der Nation zu tilgen. Er bedauert, daß es immer noch weiße Bürger gibt, die verzweifelt versuchen, an den alten Formen der Rassentrennung in Kirche und Schule, in Wohnung und Beruf sowie im öffentlichen Dienstgewerbe festzuhalten. Im hundertsten Jahr nach der Verkündigung der Gleichberechtigung und in der Woche noch nie dagewesener Demonstration für Bürgerrechte in Washington ruft der Zentralausschuß die Kirchen der Vereinigten Staaten auf, sich mehr zu bemühen, inihrem Vaterland alle Formen von Rassendiskriminierung aus allen Lebensgebieten auszuschließen. Es bleibt den Kirchen noch viel zu tun, um Theorie und Praxis in der Rassenfrage in Einklang zu bringen. Es ist für sie an der Zeit, sich darum zu bemühen, Verständnis für die internationalen Auswirkungen der Krise zu wecken; jede Spur der Diskriminierung aus dem nationalen Leben zu tilgen; ihre Anstrengungen zu verdoppeln, echtes Verständnis zwischen den Negern und anderen Bürgern zu schaffen zur Erfüllung des Amtes der Versöhnung.

Die Forderung nach rassischer und ethnischer Gleichberechtigung wird an vielen Orten laut und wird nicht eher verstummmen, als bis sie überall völlig in die Tat umgesetzt ist.

Es wird uns klar, daß der Hinweis auf die Lage in Südafrika und den Vereinigten Staaten unser aller Gewissen herausfordert, in unseren eigenen Ländern, Städten und Kirchen alles nur Mögliche für rassische Gerechtigkeit und christliche Bruderschaft zu tun. Die geforderte Lösung verlangt einen radikalen Wandel der althergebrachten Vorstellungen und Handlungsweisen. Überall, wo Angst vor solch einem Wandel besteht, müssen wir uns klar machen, daß wir dort, wo Gott ist, und er ist gewiß in dieser Frage am Werk, keine Angst zu haben brauchen. Eine weitere schwerwiegende Folge des Kampfes für die Gleichheit der Rassen ist dies, daß er Schranken für die offene Kommunikation zwischen Individuen, Rassen, Regierungen, Organisationen und sogar Kirchen aufrichtet. Aber Offenheit und Verständigungen auf alle diesen Gebieten sind für die Erreichung dieses Zieles unerläßlich. Die Verheißung des Heiligen Geistes ist die Garantie dafür, daß diese Dinge möglich sind.

Das Telegramm an Prof. Erhard

Anläßlich der Affäre „Bundesamt für Verfassungsschutz" hat ein größerer Kreis namhafter Professoren, Schriftsteller, bildender Künstler, Politiker, Publizisten usw. in einem Telegramm an den designierten Bundeskanzler, Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Ludwig Erhard, um die Nichtberücksichtigung des derzeitigen Bundesinnenministers Höcherl bei der Kabinettsumbildung Mitte Oktober gebeten. Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut des Telegramms und die Namen der Unterzeichner. D. Red.

In der zuversichtlichen Hoffnung auf eine konsequente Rückkehr der von Ihnen zu bildenden neuen Bundesregierung zu den Normen der demokratischen Rechtsstaatlichkeit bitten die Unterzeichneten Sie dringend, auf den derzeitigen Bundesinnenminister im Hinblick auf dessen neuerliche untragbare Äußerungen im Zusammenhang mit der Affäre des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Mitglied Ihrer Regierung zur höheren Ehre unseres Grundgesetzes unbedingt zu verzichten.

Die Unterzeichner:

(Stand vom 2. Oktober 1963)

Professoren

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg — Prof. Dr.-Ing. Kurt Apel, Berlin — Prof. Dr. Dr. Helmut Arndt, Berlin — Prof. Hermann von Beckerath, München — Prof. Dr. Friedrich Beißner, Tübingen — Prof. Dr. Eduard Brenner, Staatssekretär a. D., Oberaudorf — Prof. Dr. Georg Burckhart, Unterwössen — Prof. D. Hermann Diem, Tübingen — Prof. Dr.-Ing. Richard Döcker, Stuttgart — Prof. Dr. Heinrich Düker, Marburg — Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Berlin — Prof. Dr. v. Frankenberg, Han.-Kleefeld — Prof. Dr. Karl Freudenberg, Heidelberg — Prof. Ludwig von Friedeburg, Berlin — Prof. Dr. Christian Friese, Berlin — Prof. em. Dr. Kurt Gaede, Hannover — Prof. Dr. F. Geißler, Berlin — Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Berlin — Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin — Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart — Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg — Prof. Dr. J. Haas, Bonn — Prof. Joachim Hämmerling, Wilhelmshaven — Prof. Dr. H. Haffner, Mainz — Prof. Dr. German Hafner, Mainz — Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, Göttingen — Prof. Dr. med. Immo von Hattingberg, Bad Rothenfelde — Prof. Dr. H. Hausmann, Tübingen — Prof. Helmut Heinemann, Lüneburg — Prof. Dr.-Ing. Peter-Konrad Hermann, Berlin — Prof. D. Dr. Johannes Hessen, Köln — Prof. Dr. Lothar Hock, Krofdorf — Prof. Dr. med. Georg Hohmann, Mü.-Bergen — Prof. Dr. habil. Curt Hagen, Hamburg — Prof. Dr. med. Walther Jakoby, Tübingen — Prof. Dr. Arthur Kaufmann, Saarbrücken — Prof. Dr. Johannes Klein, Marburg — Prof. Dr. Erich Köhler, Heidelberg — Prof. D. Walter Kreck, Bonn — Prof. Kurt Landsberg, Berlin — Prof. Dr. Hermann Lautensack, Stuttgart — Prof. Dr. Siegfried Landshut, Hamburg — Prof. Dr. med. Emil Lehnartz, Münster — Prof. Dr. Hans Linhart, Nürnberg — Prof. Dr. Bogislav von Lindheim, Heidelberg — Prof. Dr. Dr. h. c. Loebel, Münster — Prof. D. W. v. Loevenich, Erlangen — Prof. Dr.-Ing. A. Mehmel, Darmstadt — Prof. Dr. Alexander Mitscherlich, Heidelberg — Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München — Prof. D. Gerhard von Rad, Heidelberg — Prof. Dr. K. Rode, Aachen — Prof. Dr. Karl Ludwig Schneider, Hamburg — Prof. Dr. Schomburg, Hannover — Prof. Dr. Burkhart Schomburg, Osnabrück — Prof. Dr. L. L. Schücking, Farchant — Prof. Dr. Alexander Graf von Stauffenberg, Mün-

chen — Prof. Dr. Max Stefl, München — Prof. Dr. D. Stoevesant, Hamburg — Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin — Prof. Dr. Eckart Vogt, Marburg — Prof. Dr. Peter Wapnewski, Heidelberg — Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin — Prof. Dr. Aloys Wenzl, München — Prof. Dr. Ernst Wolf, Göttingen — Prof. Dr. Konrat Ziegler, Göttingen.

Politiker, Pfarrer, Schriftsteller, Künstler und Publizisten

Dr. Peter Adler — Ilse Aichinger — Herbert Asmodi — Wolfgang Baranowsky — Ludwig Bäte — Horst Bingel — Wilhelm Bökenkrüger, Staatsminister a. D. — Dr. Achim von Borries — Dr. Hans Wilkin von Borries — Pastor Dr. K. Georg Burckhart — Willy Cramer — Günter Eich — Pfarrer i. R. Rudolf Daur — Dr. Karlheinz Deschner — Prof. Dr. Otto Dix — Dr. Feick, Stadtkämmerer, Staatssekretär a. D. — Dr. Otto Flake — Alix Du Frênes — Pastor Wilhelm Carlipp — Friedrich Gerlach — Albrecht Goes — Pastor Dr. theol. G. Greiffenhagen — Dr. F. Greve — Frau M. Greve — Dr. Georg Groeninger — Probst D. Heinrich Grüber — Dr. Hugo Hartung — Prof. Karl Hartung — Claus Hubalek — Dr. Erich Kästner — Prof. F. Klemm — Dr. Arno Klönne — Wolfgang Koeppen — Oberkirchenrat D. D. Heinz Kloppenburg — Dr. Karl Emerich Krämer — Ernst Kreuder — Peter Martin Lampel — Prof. Richard Laugs — Prof. Kurt Lehmann — Dr. Philumene Lehner — Prof. Willy Menz — Horst Mönnich — Kirchenpräsident D. Martin Niemöller — Hans Erich Nossack — Dr. Harry Pross — Karl Rauch — Josef Reding — Viktor Renner, Minister a. D. — Dr. Heinrich Ringleb — Rudolf Rolfs — Richard Salis — H. M. Soik — Oda Schaefer-Lange — Horst Lange — Ernst Schnabel — Hans Scholz — Georg Schwarz — Gösta von Uexküll — Fritz Vilmar — Johannes Weidenheim — Herbert Wendt — Ingeborg Wendt — Erich Wernig — Rudolf Otto Wiener — Präses D. G. Wilm — Heinz Oskar Wuttig — Gerhard Zwerenz.

Ferner:

Prof. Dr. L. Alsdorf, Hamburg — Prof. Dr. Bamberger, Heidelberg — Prof. Adolf Beiss, Braunschweig — Prof. Dr. Carsten Colpe, Göttingen — Prof. Dr. Otto Stammer, Berlin — Prof. Dr. G. Melchers, Tübingen.

(Nachtrag v. 4. Oktober)

Zum Fall „Bundesamt für Verfassungsschutz"

Zwei Prozent der Verfassungsschützer, unter ihnen der Sicherheitsbeauftragte des Bundesamtes, ein SS-Obersturmbannführer außer Diensten (was dem Rang eines Oberstleutnants entspricht), entstammen den berüchtigten Organisationen von Heinrich Himmler. Herr Höcherl findet, dieser Anteil sei gering, obwohl es sich mit diesen zwei Prozent so verhält wie mit der Sahne in der Milch: Sie schwimmt, wie wenig es auch sein mag, immer obenauf. Der Sachverhalt fordert dringend eine Untersuchung. Doch schon jetzt schleichen sich Zweifel ein, ob sie auch wirklich alles ans Licht bringen werde. Wo man auch hinblickt, überall tauchen die schwarzen Gestalten der SS auf: im Bundeskriminalamt (Saevecke), im Bundesamt für Verfassungsschutz. Und demokratische Minister sprechen von unersetzlichen Mitarbeitern. Ungehindert können sie ihr Spielchen treiben, mit uns, mit der Verfassung. Und wenn es im Telefon des Kanzlers knackt, dann muß sich der alte Herr eben verhört haben. Er hat gute Ohren der scheidende Kanzler. Aber leider nicht immer gute Minister.

Stuttgarter Zeitung v. 7. 9. 63.

Man macht es sich jedoch zu leicht, wenn die jüngsten Vorfälle in dem Kölner Amt und die Reaktion des Ministers auf die Proteste der Öffentlichkeit zu einem Fall Höcherl oder bayrischen Spezifikum verkleinert werden. Höcherls Äußerung tönt ja nur für Leute mit kurzem Gedächtnis aus heiterem Himmel. Wer im Poesiealbum der Bundesregierung nachblättert, findet dort herrliche Zitate eines ausgeprägten Rechtsempfindens, lange bevor Höcherl Innen- oder auch nur Bundesminister wurde. Die Fälle Strack, Halbohm, Kilb, Freies Fernsehen und zuletzt die Affäre Strauß sind leider für eine Demokratie schon zu viele Beispiele eines recht generösen Umgens mit dem Recht. Die Verwechslung von Macht und Autorität hat einen Stil gezeigt, in dem manchmal auch Macht und Recht verwechselt werden. Daß der Verfassungsminister schon vor einem Jahr vor

dem Bundestag politisch ungestraft eingestehen konnte, daß man sich etwas außerhalb der Legalität bewegt habe, und daß er diese Formulierung jetzt im Grunde nur variiert, zeugt nicht etwa von Naivität sondern von einem keineswegs erst über Nacht wachsenden Zeitgeist ...

Die zweite Ursache, die solche Entwicklung erst ermöglichte, ist ein blinder Antikommunismus. Er ist zu einer Art Ersatz für Staatsraison geworden, in deren Namen vieles geschehen kann. Antikommunist zu sein, bedeutet demokratische Legitimation, läßt ehemals hohe SS-Leute im Staatsdienst reüssieren. Wer will schließlich bestreiten, daß die Nationalsozialisten handfeste Bekämpfer der Kommunisten waren, wenn sie sich auch geistig und in den Methoden gar nicht so sehr von diesen unterschieden?

Dafür bemühte man sich, den als Kommunisten zu verdächtigen, der sich an den manchmal etwas eigenartigen Auffassungen von Demokratie in diesem Staate stieß. Blinder statt positiver Antikommunismus führte zu gefährlichen Gleichungen.

Eine zweite mögliche innenpolitische Konsequenz dieser jüngsten Vorfälle ist das Schicksal der Notstandsgesetzgebung.

Die Notstandsgesetze legen sehr viel Vollmacht, also unkontrollierte Macht, in die Hände der Staatsorgane. Voraussetzung dafür kann ur die Sicherung gegen den Mißbrauch dieser Macht sein. Diese wiederum kann nicht nur institutionell erreicht werden, sondern ist weitgehend auch eine Frage des Vertrauens in die demokratische Integrität dieser Organe und ihrer Vorgesetzten. Höcherls Schuld ist es, dieses Vertrauen erschüttert zu haben.

Kölner Stadt-Anzeiger v. 10. 9. 63.

Man hat es in der Bundesrepublik vielfach nicht verstanden, warum die Gewerkschaften gegen eine Notstandsgesetzgebung sind. Vielleicht versteht man es jetzt besser. Es geschieht zuviel „außerhalb der Legalität". Was könnte erst geschehen, wenn das Grundgesetz durch die Notstandsartikel aufgeweicht wird, die das Haus Höcherl als Entwurf zur Verfassungsänderung präsentiert hat? Wir hatten bisher nicht viel Glück mit unseren Innenministern. Höcherl, so scheint's, ist der ungeeignetste. Erhard sollte fürs neue Kabinett nach einem Mann Ausschau halten, der es mit der Verfassung ernster nimmt.

Welt der Arbeit v. 13. 9. 63.

Innenminister Junker versicherte in einem vom Bezirksverband Augsburg der Jungen Union veranstalteten kommunalpolitischen Seminar am Wochenende in Augsburg: „Der bayerische Verfassungsschutz hört keine Telephongespräche ab, wie das von einer ungeschickten Postassistentin in Augsburg gemacht worden sein soll." Die Augsburger Vorgänge seien im übrigen „aufgebauscht" worden. Von der Empörung der Bevölkerung über die Praktiken von Verfassungsschützern und die Augsburger Telephonaffäre hält Junker nichts. Man solle „endlich davon absehen, Dinge, die sich dazu nicht eignen, in der ganzen Bevölkerung zu diskutieren". Man solle dies vielmehr denen überlassen, „die dafür leider die Verantwortung zu tragen haben". Beim Verfassungsschutz würden nach den Worten Junkers nur Nachrichten gesammelt. „Wenn das verboten sei, dann stelle ich meinen Posten zur Verfügung und dann sollen die Herren der FDP und der Herr Minister Bucher die Ordnung mit den Methoden aufrechterhalten, die sie für gut ansehen."

Süddeutsche Zeitung v. 23. 9. 63.

In der Tat hätte Höcherl allen Grund, die Bedenken ernst zu nehmen. Schließlich steht nicht nur seine demokratische Reputation auf dem Spiel, er muß auch riskieren, der Irreführung des Bundestages beschuldigt zu werden, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Angaben der „Zeit" stimmen (woran anscheinend niemand zweifelt). Denn am 9. November 1962 hat er, als die „Spiegel"-Affäre ihre Wellen schlug und auch die Frage der geheimen Telephonüberwachung in diesem Zusammenhang aufgeworfen wurde, eine Auskunft erteilt, die sich mit den neuen Informationen schlechterdings nicht auf einen Nenner bringen läßt, also augenscheinlich unwahr war. Als der Sozialdemokrat Schäfer ihn fragte, ob Vorsorge dafür getroffen sei, daß die Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses „in vollem Umfang gewahrt" sei, „soweit die deutsche Zuständigkeit dafür gegeben ist", antwortete der Innenminister: „Ich kann die Frage mit ja beantworten". Wenn aber die alliierten Geheimdienste nicht nur im eigenen Namen, sondern im

Auftrag einer Bundesbehörde Ferngespräche abhören und Briefe öffnen, dann ist offenbar diese Vorsorge im Bereich der „Deutschen Zuständigkeit" nicht getroffen, und der verantwortliche Minister hat den Bundestag schlicht an der Nase herumgeführt.

Nachdem Strauß gehen mußte, weil er das Parlament angelogen hatte, ist nicht recht einzusehen, wieso Höcherl sein Ministerium behalten sollte, wenn er sich tatsächlich desselben Verstoßes schuldig gemacht hätte ...

Man hat bei der Partei, die die Mehrheit der bayerischen Abgeordneten hinter sich weiß, offenbar largere Vorstellungen von dem, was bei einem demokratischen Politiker im Umgang mit der Verfassung möglich sei und was nicht, als anderswo.

Erhard allerdings sieht sich nun vor die Frage gestellt, ob er sich gleich bei Beginn seiner Kanzlerschaft mit einem Mann belasten will, der das Grundgesetz anscheinend nicht als verbindliche Richtschnur des Handelns, sondern mit heiterer Frivolität als einen Fetzen Papier ansieht, den man beim Umgang mit (wirklichen oder angeblichen) „Staatsfeinden ruhig beiseitestellen kann.

Die Tat v. 10. 9. 63.

Den Einwand, daß die Anwesenheit Ehemaliger gerade zur Hebung des Ansehens beitrage, läßt Höcherl nicht gelten. „Ich werde nicht im Jahre 1963 die Entnazifizierung wiederholen", sagte er. Die Vergangenheit dieser Leute ist wieder und wieder überprüft worden. Es haben sich keine stichhaltigen Beschuldigungen gegen sie gefunden. Es gab für solche Entscheidungen sicherlich nirgendwo einen strengeren Mann als den damaligen Staatssekretär Ritter von Lex, der diese Fälle bearbeitete. Wenn er an diesen Leuten nichts auszusetzen fand, finde ich auch nichts. Im übrigen haben sie in zehnjähriger Arbeit bewiesen, daß sie auf dem Boden des Rechtsstaates stehen. Dann sollten wir ihnen für ihre Vergangenheit auch das Recht auf einen politischen Irrtum zugestehen."

Welt am Sonntag v. 22. 9. 63.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen:

D. D. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat in Dortmund, geb. 1903 in Elsfleth/Wesermarsch, studierte an den Universitäten Marburg, Göttingen, Münster und Bonn Theologie, war seit 1932 Pfarrer, seit 1934 Vorsitzender des Pfarrernotbundes und der Bekennenden Kirche in Oldenburg sowie Mitglied des Reichsbruderrates, wurde 1937 abgesetzt und erhielt von der Obrigkeit des Dritten Reiches Rede- und Amtierungsverbot. 1947—50 deutscher Sekretär beim Flüchtlings-Kommissariat des Weltrates der Kirchen, heute Vorsitzender des Deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbundes und der Zentralstelle für Schutz und Recht der Kriegsdienstverweigerer, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung und Herausgeber der Zeitschriften „Junge Kirche" und „Protestantische Monatshefte".

Soeben erschienen:

Harold Rasch

Die Bundesrepublik und Osteuropa

Grundfragen einer künftigen deutschen Ostpolitik

144 Seiten broschiert DM 7.80

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG KÖLN

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Was kommt nach de Gaulle?

Dr. Eugen Koller:
Der Konfessionalismus im bayerischen Schulwesen

Dr. jur. Ilse Staff:
Bewältigung der Vergangenheit

In den letzten Heften u. a.:

James P. Warburg, New York:
Abschied von der Nachkriegsepoche (7 u. 8/63)

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR (8/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Zur Kriegsschuldfrage 1939 (9/63)